

Das Parlament

Berlin, 30. Dezember 2023

www.das-parlament.de

74. Jahrgang | Nr. 1-3 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Berlin ist auf Bewährung

Stephan Bröchler Nach der Wahlblamage von 2021 ist der Berliner Wahlleiter am 11. Februar 2024 nun gefordert. Er soll den reibungslosen Ablauf der Wiederholungswahl garantieren. Es seien damals „gravierende Fehler gemacht worden“, sagte Bröchler, der das Amt erst nach der Pannenwahl übernommen hatte. „Wir werden dafür sorgen, dass solche Pannen nicht mehr passieren.“

Mit dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts ist nun auch der Umfang klar. Einer kompletten Wiederholung der Bundestagswahl, wie sie vom Landesverfassungsgericht für die Berliner Abgeordnetenhauswahl festgelegt worden war, erteilten die Karlsruher Richter eine Absage. Damit sind wohl auch größere Folgen für die Sitzverteilung im Bundestag vom Tisch. scr

ZAHL DER WOCHE

455

von 2.256 Wahlbezirken in Berlin sind von der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts betroffen. In ihnen – und den dazugehörigen Briefwahlbezirken – muss die Bundestagswahl 2021 wiederholt werden.

ZITAT DER WOCHE

»Eine große Herausforderung und Kraftanstrengung«

Kai Wegner (CDU), Regierender Bürgermeister von Berlin, hält die Hauptstadt für gut vorbereitet auf die Wiederholungswahl.

IN DIESER WOCHE

- THEMA**
Kapitalismus in Zahlen Gut für die Menschen, schlecht für die Umwelt **Seite 3**
- Planwirtschaft?** Die USA setzt auf staatliche Investitionen **Seite 4**
- Viele Verlierer** Kapitalismus in Afrika am Beispiel von Kenia und Südafrika **Seite 6**
- Wettbewerbrecht** Die Leitplanken der sozialen Marktwirtschaft **Seite 7**
- Rezensiert** Aktuelle Bücher zu Kapitalismus und Marktwirtschaft **Seite 11**

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG
64546 Mörfelden-Walldorf



Ein Modell unter Druck

KAPITALISMUS Die westliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung steht zunehmend in Frage

Amerika, das Land der Antikapitalisten. Wie bitte? Sind die Vereinigten Staaten nicht die Nation von Ronald Reagan, dem Helden der Republikanischen Partei, der als US-Präsident in den 1980er Jahren wie kaum ein Politiker im 20. Jahrhundert erfolgreich für freie Märkte und globalen Freihandel kämpfte, der Zuwanderung für einen Gewinn hielt und der erheblichen Anteil am Triumph des kapitalistischen Westens über die kommunistische Sowjetunion hatte?

Unter „Reaganomics“ sank der Spitzensteuersatz in den USA zwischen 1980 und 1985 von 46,7 auf 39,2 Prozent. Im Wahlkampf 1980 formulierte Reagan erstmals die Idee für eine nordamerikanische Freihandelszone. Nach seiner Amtszeit 1992 wurde die North American Free-Trade Area (NAFTA) Realität. Als Präsident legte er Grundlagen für multilaterale Handelsabkommen wie die Gründung der Welthandelsorganisation WTO.

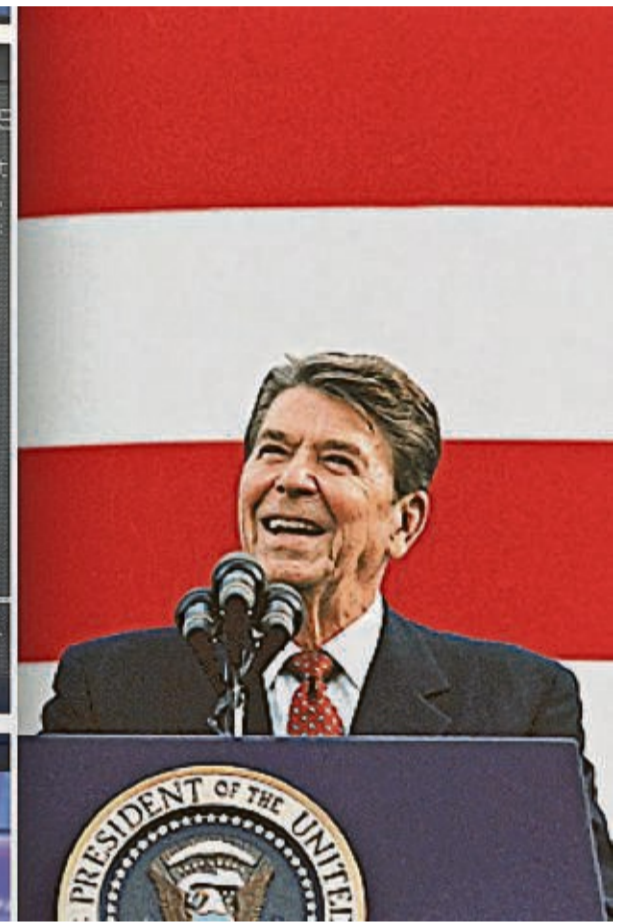
30 Jahre später saß ein Präsident der republikanischen Partei im Weißen Haus, der mit Amtsübernahme im Jahr 2017 begann, die WTO handlungsunfähig zu machen, indem er sämtliche Neuernennungen des Appellate Body, der Rechtsmittelinstanz der Institution, blockierte. Donald Trump führte Zölle ein auf Produkte der größten amerikanischen Handelspartner, drohte gar mit dem Rückzug der USA aus der WTO. Zugleich wollte er die USA aber von Zuwanderung abschotten, ernannte Richter für den obersten Gerichtshof, die Urteile im Sinne konsequenter Gegner von Abtreibung fällten. Verbindet sich hier klassisch wirtschaftspolitisch linke Politik mit gesellschaftspolitisch höchst konservativer? Dass ein Vertreter einer solchen politischen Richtung die US-Präsidentenwahl 2024 für sich entscheidet, ist ein durchaus realistisches Szenario. In Europa koppelte sich Großbritannien bereits 2020 unter einer konservativen Regierung vom großen Freihandelsprojekt des europäischen Binnenmarkts ab, der 1992 in Kraft trat und mit dem Vertrag von Maastricht ab 1993 abgesichert und fortentwickelt werden sollte. „Die wütendste Kritik am globalen Kapitalismus kommt zunehmend von der populistischen Rechten“, schrieb der „Economist“ im August 2023. Das zeigt: Die freiheitliche kapitalistische Welt gerät immer stärker unter Druck. Sie wird längst nicht mehr nur von links kritisiert, sondern steckt in die Zange von Linken und Rechten. Obwohl das kapitalistische System großen Teilen der Menschheit einen historisch einmaligen Entwicklungsschub verliehen hat, muss es seit jeder Kritik ertragen, und wird nun zunehmend attackiert.

Kapitalismuskritische Bücher schaffen es in Deutschland regelmäßig in die Bestsellerlisten. Insbesondere der Klimawandel lässt sich demnach nur verhindern, wenn der Staat die Geschicke der Wirtschaft zentral lenkt, anstatt das dezentrale Spiel von Angebot und Nachfrage.

Demokratie und Wohlstand Dabei gestehen auch Kritiker zu, dass der Kapitalismus immer größeren Teilen der Menschheit gewaltige Erfolge gebracht hat. Demokratie und Wohlstand, ein längeres Leben, mehr Gleichberechtigung und Bildung sind untrennbar mit jener Wirtschaftsordnung verbunden, die sich in frühen Formen mit dem Beginn der Neuzeit ab dem 15. und 16. Jahrhundert entwickelt hat. Kaufmannsfamilien wie die Medici oder die Fugger gelangten zu Reichtum und politischem Einfluss, obwohl sie nicht zum Adel gehörten. Der alte Feudalismus büßte an Bedeutung ein. Mit der Industrialisierung erobern kapitalistische Organisationsweisen im 19. Jahrhundert weite Teile der Wirtschaft. Zwischen 1820 und 1913 steigt das reale Brut-



Donald Trump versetzte Freihandelsinstitutionen Schläge, die einst Ronald Reagan mitinitiierte.



© picture-alliance/ZUMAPRESS.com/Don Montague/dpa/ljrg Halisch/Consolidated White House

tosozialprodukt pro Kopf in Deutschland um den Faktor 3,6. Zwischen 1851 und 1911 verdoppelt sich die Produktivität des Faktors Arbeit in der Industrie. Trotzdem kommen Arbeiterfamilien im 19. Jahrhundert vielfach kaum über das Existenzminimum hinaus. Der Zulauf zur Arbeiterbewegung, der Erfolg der Schriften des Antikapitalisten Karl Marx und die Forderung nach Revolution zeugen davon.

Der Theoretiker Karl Marx veröffentlicht 1848 das „Manifest der Kommunistischen Partei“ und 1867 mit dem ersten Band von „Das Kapital“ eine fundamentale Kapitalismuskritik. Marx hält eine kommunistische Revolution für nötig. Aus seiner Sicht können die Arbeiter nur so an den Erfolgen des Kapitalismus teilhaben. Das Ende des Privateigentums ist sein Ziel. Allen sollte alles gehören.

Im 20. Jahrhundert berufen sich in der Sowjetunion, in Osteuropa, in Ostasien und der Karibik kommunistische Regime auf die Ideen des Marxismus. Meist geht ihre Politik einher mit Unfreiheit und brutaler Unterdrückung. Dieser Teil der Welt hinkt dem Lebensstandard der Bevölkerung in den als kapitalistisch bezeichneten Ländern weit hinterher. Gleichwohl sehen sich auch im Westen sozialistische Parteien in der Tradition von Karl Marx, verteidigen aber, wie die Sozialdemokratische Partei in

Deutschland, unter teils gewaltigen Opfern zugleich die Ideen von liberaler Demokratie und Parlamentarismus.

Privateigentum und Vertragsfreiheit führen in westlichen Ländern zu Wohlstand. Als „kommerzielle Gesellschaft“ bezeichnet der Ökonom Joseph A. Schumpeter in seinem Werk „Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie“ aus dem Jahr 1947 diese Marktwirtschaften und grenzt sie konzeptionell von der „sozialistischen Gesellschaft“ ab. Die kommerzielle Gesellschaft alleine macht für Schumpeter aber noch keine kapitalistische Gesellschaft aus. Kapitalismus ist für ihn eine Unterform der Marktwirtschaft, ein Spezialfall der kommerziellen Gesellschaft.

Kapitalismus definiert Schumpeter durch das zusätzliche „Phänomen der Kreditschöpfung“: Unternehmen finanzieren sich über Bankkredite. Dabei wird Geld „geschöpft“. Die Unternehmen finanzieren sich also „durch Geld (Noten oder Depositen), das für diesen Zweck fabriziert wird“. Insbesondere in Deutschland hatten Banken einen erheblichen Anteil daran, dass es im 19. Jahrhundert zum Prozess der Industrialisierung kam. Daten und empirische Untersuchungen zeigen das insbesondere für die Jahre 1851 bis 1882.

Der Kapitalismus sei „von Natur aus eine Form oder Methode der ökonomischen

Veränderung“, der „unaufhörlich die alte Struktur zerstört und unaufhörlich eine neue schafft“, schreibt Schumpeter. Der Prozess dieser „schöpferischen Zerstörung“ sei folglich das für den Kapitalismus wesentliche Faktum.

Nachhaltiger Kapitalismus? Die Frage lautet heute, ob sich der Kapitalismus auch zu einer nachhaltigen Wirtschaftsform wandeln kann, insbesondere mit Blick auf die Emission von Treibhausgasen und die sich abzeichnende Erderwärmung mit all ihren negativen Folgen. Die moderne Umweltökonomik sieht im Kapitalismus solange kein Problem, wie Preise nicht nur private Kosten, sondern auch gesellschaftliche spiegeln. Das impliziert Verbrauchssteuern auf umweltschädliche Produkte wie die CO₂-Bepreisung in Deutschland und vor allem das europaweite Handelssystem für den CO₂-Ausstoß, das ab 2027 auch für die Sektoren Wohnen und Verkehr gelten soll. Die Idee: Umweltschädliche Produkte werden teurer, so dass die Verbraucher auf Alternativen ausweichen und ihr Konsumverhalten verändern. Bestenfalls vereinbaren die Staaten solche Preise für den Ausstoß klimaschädlicher Gase auf globaler Ebene.

Aber kann eine klimaneutrale Wirtschaft noch wachsen? Können die wachstums hungrigen bevölkerungsreichen Länder der Erde Indien und China sich Klimaneutralität leisten? Die Volksrepublik will bis 2060, der Subkontinent bis 2070 klimaneutral werden. Ist Klimaneutralität möglich, ohne dass das freiheitliche kapitalistische System weiteren Schaden nimmt? Oder wird das Zeitalter von Freihandel und Marktwirtschaft enden? Für Milton Friedman, den einflussreichen Ökonomen zu Zeiten Ronald Reagans, gehörten „Kapitalismus und Freiheit“ zusammen. In seinem Bestseller-Buch mit diesem Titel schrieb er, „Wirtschaftliche Freiheit ist ein unverzichtbares Mittel zur Erreichung der politischen Freiheit.“ Die Frage steht folglich im Raum: Was bleibt von der Freiheit, wenn der Zangengriff um den Kapitalismus fester wird?

Stephan Balling

Die Idee: Umweltschädliche Produkte werden teurer, so dass die Verbraucher auf Alternativen ausweichen und ihr Konsumverhalten verändern. Bestenfalls vereinbaren die Staaten solche Preise für den Ausstoß klimaschädlicher Gase auf globaler Ebene. Aber kann eine klimaneutrale Wirtschaft noch wachsen? Können die wachstums hungrigen bevölkerungsreichen Länder der Erde Indien und China sich Klimaneutralität leisten? Die Volksrepublik will bis 2060, der Subkontinent bis 2070 klimaneutral werden. Ist Klimaneutralität möglich, ohne dass das freiheitliche kapitalistische System weiteren Schaden nimmt? Oder wird das Zeitalter von Freihandel und Marktwirtschaft enden? Für Milton Friedman, den einflussreichen Ökonomen zu Zeiten Ronald Reagans, gehörten „Kapitalismus und Freiheit“ zusammen. In seinem Bestseller-Buch mit diesem Titel schrieb er, „Wirtschaftliche Freiheit ist ein unverzichtbares Mittel zur Erreichung der politischen Freiheit.“ Die Frage steht folglich im Raum: Was bleibt von der Freiheit, wenn der Zangengriff um den Kapitalismus fester wird?

Stephan Balling



Der EG-Gipfel 1985 wies den Weg zum EU-Binnenmarkt

© picture-alliance/dpa/Heinrich Sanden

EDITORIAL Probleme eingepreist

VON CHRISTIAN ZENTNER

Auch seine ärgsten Kritiker müssen feststellen, dass der Kapitalismus der Menschheit viel Gutes gebracht hat. Wobei sie dabei anmerken dürften, dass dies nur für den Teil gelte, der dafür nicht ausgebeutet werde. Es ist ein Fakt, dass es die kapitalistischen Gesellschaftssysteme waren, die in den vergangenen 200 Jahren kontinuierlich an Wohlstand, Lebensqualität und Gesundheit gewonnen haben. Aber jedenfalls zum Teil ging diese geschichtlich unvergleichliche Entwicklung auf Kosten anderer Länder und der Umwelt.

Für beide Aspekte ist in den vergangenen Jahrzehnten das Bewusstsein kontinuierlich gestiegen, und die Politik reagiert hierauf. Dekarbonisierung, Ressourcenschonung beispielsweise durch Recycling oder zuletzt das Lieferkettengesetz sind Versuche, die negativen Begleiterscheinungen zu reduzieren. Umsonst ist auch das im Kapitalismus nicht, die Kosten werden im Preis einkalkuliert. Nicht mehrheitsfähig ist bislang eine andere Option: der Verzicht. Durch das Wachstum der Wirtschaft kann die breite Bevölkerung von Jahrzehnt zu Jahrzehnt mehr konsumieren. Sie macht dies gerne; von der Politik verordnete Zurückhaltung hat es daher bei Wahlen regelmäßig schwer.

Umso mehr beschäftigten sich zuletzt sowohl die Talkshows im Fernsehen als auch der Buchmarkt kritisch mit dem Kapitalismus. Selbst die Kritik am Kapitalismus lässt sich offenbar verkaufen. Vor allem sein Drang nach immer mehr Wachstum wird als Grundfehler gegebelt. Dabei sei selbst eine schrumpfende Wirtschaft dem Kapitalismus egal, hält der Wirtschaftswissenschaftler Rüdiger Bachmann im Interview auf Seite 10 dagegen. Der Kapitalismus als System benötige kein Wachstum. Die Politik benötige es, um Verteilungskonflikte zu befrieden, das gehe nicht so einfach, wenn eine Volkswirtschaft schrumpfe.

Das führt zu einem weiteren Zusammenhang, der Kapitalismus ist heute eng mit Demokratie verknüpft. Dabei macht das Grundgesetz kaum Vorgaben für das Wirtschaftssystem. Zwar schützt es in Artikel 14 das Eigentum und übrigens auch das Erbrecht, beides ließe sich nicht abschaffen. Nur einen Artikel später lässt das Grundgesetz aber die Vergesellschaftung von Grund und Boden, Naturschätzen und sogar Produktionsmitteln zu. Allerdings auch das nur gegen Entschädigung in Geld.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



GASTKOMMENTARE

HATTE DER „CLUB OF ROME“ RECHT?

Club of Weitsicht



Joachim Wille, »Frankfurter Rundschau«

Natürlich hat der Club of Rome Recht gehabt. Es gibt in einer endlichen Welt „Grenzen des Wachstums“, solange das Wachstum nicht vom Verbrauch von Ressourcen entkoppelt ist...

PRO

Vorerst widerlegt



Birgit Marschall, »Rheinische Post«

Es ist 51 Jahre her, da machten „Die Grenzen des Wachstums“ Karriere. Die Verdienste dieses Bestsellers sind unbestritten. Die Autoren machten der Menschheit erstmals klar, dass das kapitalistische Wirtschaften die natürlichen Lebensgrundlagen zerstört...

CONTRA

Herr Dullien, die einen fordern „Greengrowth“, die anderen „Degrowth“, wieder andere meinen, grüner Sozialismus sei der richtige Weg. Welchen Weg halten Sie für richtig?

Unumstritten ist: Wir müssen weniger Ressourcen verbrauchen als heute. Es ist aus meiner Sicht aber nicht zwingend, dass es damit kein Wirtschaftswachstum mehr geben wird. Und es ist auch nicht zielführend, Ressourceneinsparungen durch ein forciertes Schrumpfen der Wirtschaft herbeizuführen...

Gibt es während der Phase der Dekarbonisierung noch genug Wachstum?

In weiten Teilen der Welt leben nach wie vor sehr viele Menschen in absoluter und in relativer Armut. Es ist kaum vorstellbar, wie diese Armut allein durch Umverteilung und ohne Wirtschaftswachstum zu überwinden ist...

Ökonomen setzen auf Wachstum, Gewerkschafter auf Umverteilung, was halten Sie als Gewerkschaftsökonom für wichtiger?

Ich glaube, da besteht nicht wirklich ein Widerspruch. Gewerkschaften verstehen meiner Einschätzung nach sehr gut, dass ein wachsender Kuchen, der gerecht verteilt wird, mehr bringt als Umverteilung einer unveränderten Wirtschaftsleistung...

Welche Möglichkeiten gibt es für ein „grünes Wachstum“, das den Wohlstand erhält, und wie viel Verzicht bringt das mit sich?

Viele Produkte und Dienstleistungen müssen umweltfreundlicher werden. Das fängt beim Heizen an. Ein Haus mit guter Isolierung und mit einer Wärmepumpe ist nicht nur wesentlich ökologischer, sondern auf lange Sicht auch kostengünstiger als eines mit Einfachfenstern und Ölheizung...

Zum Beispiel?

Einwegplastik lässt sich oft ersetzen, und wir verlieren nichts an Wohlstand. Bestimmte Konsummuster, wie zum Einkauf oder zum Kurzurlaub ins Ausland zu fliegen, sind überhaupt nicht nachhaltig...

Lässt sich Wachstum politisch überhaupt steuern?

Natürlich. Die Politik kann mit ihren Gesetzen und Vorschriften Wachstum dämpfen, ankurbeln oder verändern. Wir haben Mehrheiten für Klimaschutz. Die Bundesregierung hat mittlerweile zahlreiche Klimaschutzmaßnahmen verabschiedet...

»Kein Systemwechsel«

SEBASTIAN DULLIEN Der Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung über Wachstumsfragen



© picture-alliance/SZ Photo/JensSchicke

schutz eingefordert. Das Umdenken bei vielen Bürgern hat längst eingesetzt. Allerdings muss der Transformationsprozess durch Eingreifen der Politik flankiert werden.

Wie müsste das Eingreifen konkret aussehen?

Es braucht eine Kombination von Beschränkungen und preislichen Maßnahmen für Umweltverbrauch sowie Unterstützung für jene, die sich die notwendigen Investitionen, um weiter Wohlstand zu

haben, nicht allein leisten können. Damit kann die Dekarbonisierung vorankommen, und die notwendige Unterstützung der Bevölkerung bleibt erhalten.

Wie würde ein Wirtschaftssystem aussehen, das auf weniger Wachstum setzt?

Zu versuchen, jetzt ein neues, fundamentales anderes Wirtschaftssystem zu etablieren, scheint mir der falsche Weg. Versuche mit nicht-marktwirtschaftlichen Systemen haben keine gut funktionierende Alternative hervorgebracht. Der real existierende So-

zialismus Ende der 1940er bis Ende der 1980er Jahre etwa war für die Umwelt alles andere als vorteilhaft. Und: Wir haben keine Zeit für Experimente mit grundsätzlich anderen Wirtschaftssystemen. Es gibt keinen Grund anzunehmen, dass wir in der sozialen Marktwirtschaft die Dekarbonisierung nicht hinbekommen würden...

Seit Jahren wird daran gearbeitet, dass auch Faktoren wie Umwelt und soziale Gerechtigkeit gemessen werden müssten und nicht nur die BIP-Entwicklung berücksichtigt wird. Das Wirtschaftsministerium stellt bei der Präsentation des Jahreswirtschaftsberichtes nun auch Indikatoren zur gesellschaftlichen Entwicklung vor...

Es ist sehr wichtig, dass alternative Maßzahlen entwickelt werden, um zu zeigen, dass das BIP kein abschließendes Maß für unseren Wohlstand ist. Allerdings gibt es noch keine gute Antwort darauf, wie so ein Index aussehen und was er beinhalten sollte. Zum einen wird versucht, einen ganzheitlichen alternativen Index zu schaffen...

Führt ein neuer Indikator tatsächlich zu mehr sozialer Gerechtigkeit und mehr ökologischer Nachhaltigkeit?

Das Messen allein löst die Probleme nicht, aber Dinge, die nicht gemessen werden, werden oftmals komplett vernachlässigt.

Nutzt die Bundesregierung die richtigen Maßnahmen, um das angestrebte Ziel einer „sozial-ökologischen Marktwirtschaft“ zu erreichen?

Viele der Dinge, die seit dem Amtsantritt der Bundesregierung vor zwei Jahren passiert sind, gehen durchaus in die Richtung einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft. Der Mindestlohn wurde erhöht, es gab Verbesserungen beim Bürgergeld, da bemüht sich die Regierung um die soziale Absicherung. Und zugleich sind zahlreiche Maßnahmen für die Dekarbonisierung auf den Weg gebracht worden...

Das Gespräch führte Nina Jęglinski

Sebastian Dullien ist wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) bei der Hans-Böckler-Stiftung und Professor für Volkswirtschaftslehre an der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin.

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Der Dompteur: Kay Gottschalk

Draußen vor seinem Büro, auf einem Tisch im Flur des Abgeordnetenhauses in der Wilhelmstraße, liegt ein Buch. Für die Wartezeit, von jemandem abgelegt. Auf Seite 394 steht: „Je größer die wirtschaftliche Freiheit, desto größer ist das Bedürfnis nach klaren gemeinschaftlichen Spielregeln und einer effizienten Behörde, um sie durchzusetzen.“ Ein Satz aus den Memoiren des früheren EU-Kommissars Karel van Miert, der Kay Gottschalk gefällt. „Kann ich unterschreiben“, sagt er und rührt seinen Kaffee um. „Einen Raubtierkapitalismus möchte eigentlich niemand. Ich bin ein Freund der Marktwirtschaft, aber sie braucht Leitplanken und Grenzpfähle.“ Er mache Politik, sagt er, damit es allen gut gehe. Das klingt recht sozialdemokratisch. Und Gottschalk, 58, bekennt sich sogleich als Anhänger von Helmut Schmidt, erzählt, wie er als Saalordner am 17. Februar 1983 in Hamburg ein Autogramm von ihm erhielt – und sich auf dessen Rückseite eines von Björn Engholm geben ließ.



»Einen Raubtierkapitalismus möchte eigentlich niemand. Ich bin ein Freund der Marktwirtschaft, aber sie braucht Leitplanken.«

Nur liegt das sozialdemokratische Engagement als Parteimitglied hinter ihm. Gottschalk ist Bundestagsabgeordneter der AfD, finanzpolitischer Sprecher der Fraktion. „Die sozialdemokratische Prägung ist mir geblieben“, sagt er, „es muss fair zugehen.“ Gottschalk legt beim Reden leicht nach vorn gebeugt die linke Hand unters Kinn, der rechte Arm ruht auf dem Schoß. „Kapitalismus, das war in den USA bis zu den vorigen Dreißigern das Ausnutzen von Menschen und Freiheiten. Da wurde eine Grenze überschritten, welche die Gesellschaft verteidigen

wicklungsprozess hin“, antwortet Gottschalk. „Früher war sie eine klassische Arbeiterpartei, eine des gerechten Ausgleichs.“ Mit ihrer Klientel sei sie nicht mitgewachsen, „die SPD ist eine Lehrerpartei geworden“. Woran macht er das fest? „Zum Beispiel wurde die Pendlerpauschale seit 2004 nicht mehr erhöht, und in den Nullerjahren beendigte die SPD den sozialen Wohnungsbau.“ Außerdem hätten die Sozialdemokraten zu sehr auf

die Friedensdividende und zu wenig auf Verteidigungsbereitschaft gesetzt. „Hab‘ aber noch immer gute Kontakte zu ein paar Genossen.“ Es fällt auf, dass Gottschalk mehr über die SPD als über die AfD erzählt. Bei letzterer gibt es auch ein paar Klippen, etwa all jene Politiker dort, die viel rechter zu verorten sind als er selbst, die auf eine Äußerung von ihm wie „Ich bin kein Gegner einer bunten Stadt, in der sich alle an die Spielregeln unseres Grundgesetzes halten“ mit Hautausschlag reagieren würden. Er sei anders groß geworden, in Hamburg, entgegnet er. Vom Schreibtisch grüßt ein Wimpel des HSV. „Das Wort ‚Flüchtlinge‘ will ich heute nur einmal in den Mund nehmen.“ Gottschalks Vater war als Angestellter bei der Lufthansa und beim Flughafen Gewerkschaftsmitglied, die Mutter Chemielaborantin. Der Junior hatte es früh mit Zahlen, schippte für fünf D-Mark den Schnee der Nachbarn, sammelte sein Taschengeld in einem blauen Miniaturtresor aus Plastik. Mit 18 begann er, mit Aktien zu spekulieren, und zwar so erfolgreich, dass er sich mit 21 eine eigene Wohnung kaufte. Nach dem Studium heiratete Kay Gottschalk bei mehreren Versicherungskonzernen an, arbeitete als leitender Angestellter. 2013 gehörte er zu den Gründungsmitgliedern der AfD, der Finanzexperte eckte indes mit den damaligen Sprechern Bernd Lucke und Jörg Meuthen an, welche die Grenzen der Marktwirtschaft verschieben wollten. 2017 dann der Einzug in den Bundestag. Was noch kommen wird? „Ach“, sagt Gottschalk, „auf jeden Fall auch ein Leben nach der Politik.“

Jan Rübel

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Mit der ständigen Beilage Aus Politik und Zeitgeschichte ISSN 0479-611 x (verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

Anschrift der Redaktion (außer Beilage) Platz der Republik 1, 11011 Berlin Telefon (0 30) 227-3 05 15 Telefax (0 30) 227-3 65 24 Internet: http://www.das-parlament.de E-Mail: redaktion.das-parlament@bundestag.de

Chefredakteur Christian Zentner (cz) v.i.S.d.P.

Stellvertretender Chefredakteur Alexander Heinrich (ah) Redaktion Dr. Stephan Balling (bal) Lisa Brißler (lbr) Carolin Hasse (cha) (Volontärin) Claudia Heine (che) Nina Jęglinski (nkj) Claus Peter Kosfeld (pk) Johanna Metz (joh) Elena Müller (emu) Sören Christian Reimer (scr) (cv) Sandra Schmid (sas) Michael Schmidt (ms) Helmut Stoltenberg (sto) Alexander Weinlin (aw)

Fotos Stephan Roters

Redaktionsschluss 29. Dezember 2023

Druck und Layout Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG Kurhessenstraße 4–6 64546 Mörfelden-Walldorf

Leserservice/Abonnement Fazit Communication GmbH c/o Cover Service GmbH & Co. KG Postfach 1363 82034 Detschhofen Telefon (0 89) 8 58 53-8 32 Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 32 E-Mail: fazit-com@cover-service.de

Anzeigenverkauf, Anzeigenverwaltung, Disposition Fazit Communication GmbH c/o Cover Service GmbH & Co. KG Postfach 1363 82034 Detschhofen Telefon (0 89) 8 58 53-8 36 Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 36 E-Mail: fazit-com-anzeigen@cover-service.de

Abonnement Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten) Alle Preise inkl. 7% MwSt. Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums. Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion. Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.

„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e. V. (IVW)

Für die Herstellung der Wochenzeitung „Das Parlament“ wird Recycling-Papier verwendet.



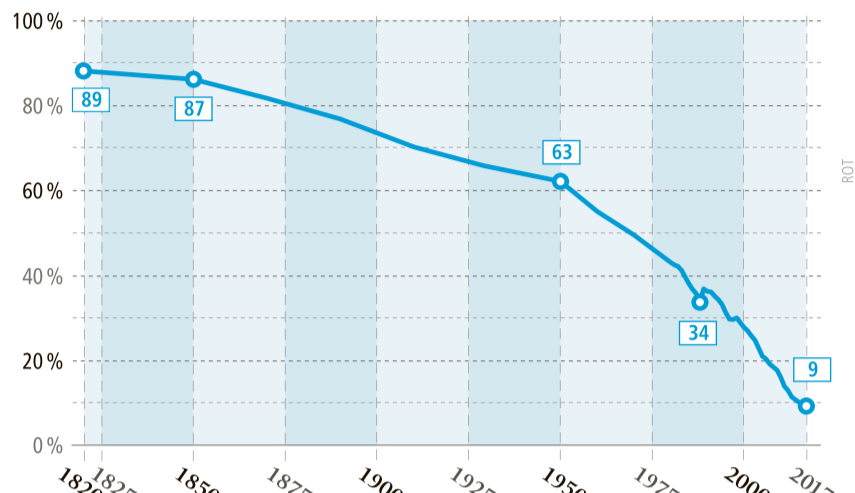
Wir vermeiden CO2 durch den Versand mit der Deutschen Post

Wohlstand und Umweltlasten

ENTWICKLUNG Marktwirtschaft und Industrialisierung brachten der Menschheit große Wohlstandsgewinne

Menschen in extremer Armut weltweit

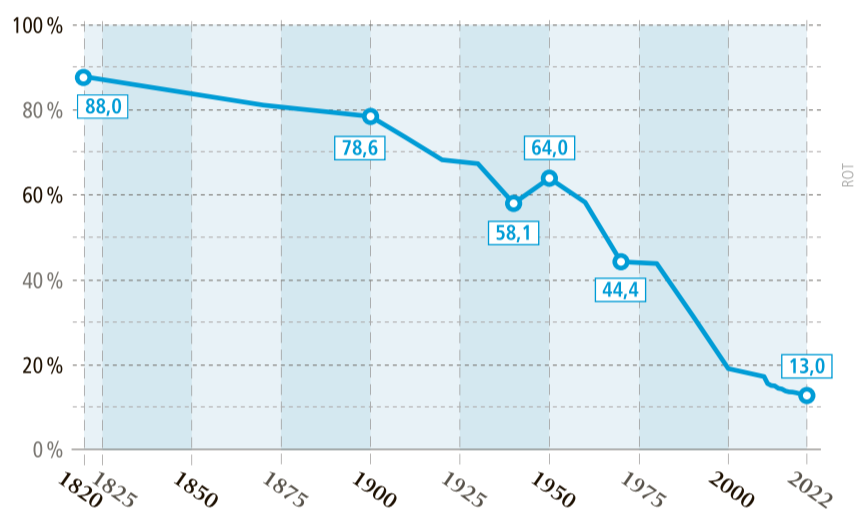
Anteil armer Menschen an der Gesamtbevölkerung in Prozent



Quelle: Our World in Data.org, Ravallion, Weltbank (2020), Roser and Hasell (2021) Grafikquelle: Our World in Data.org/poverty (editiert, CC BY)

Analphabeten weltweit

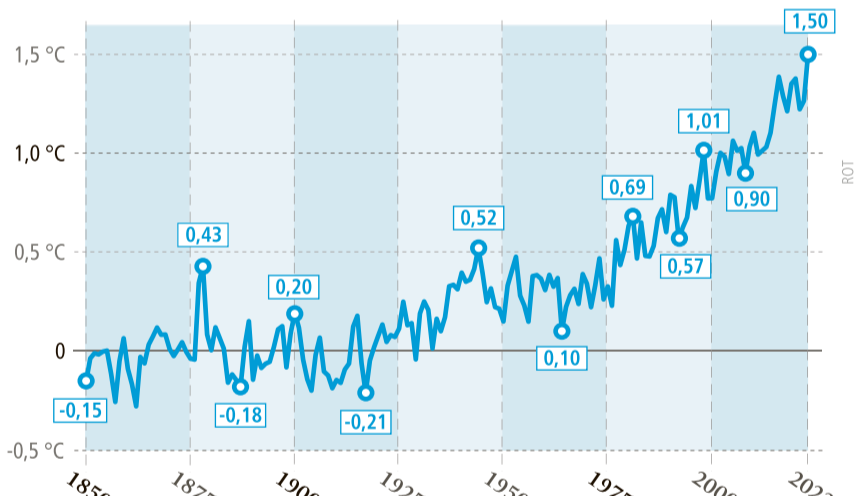
Anteil über 15-Jähriger, die weder lesen noch schreiben können, in Prozent



Quelle: Our World in Data (Zanden, J. et al. (2014) via OECD und UNESCO World Bank) Grafikquelle: OurWorldinData.org/literacy (editiert, CC BY)

Globale Durchschnittstemperaturen

Abweichungen vom Durchschnitt der Jahre 1850 bis 1900 in Grad Celsius



Quelle: In Anlehnung an Rohde, R. A. and Hausfather, Z.: The Berkeley Earth Land/Ocean Temperature Record, Earth Syst. Sci. Data, 12, 3469-3479, mit Hilfe von Umweltbundesamt

Hat der Kapitalismus die Welt besser oder schlechter gemacht? Es kommt drauf an, und zwar vor allem darauf, was man unter Kapitalismus versteht. Eine eindeutige, abschließende Definition gibt es nicht. Es könnte hilfreich sein, die Frage zu stellen, ob die Welt mit dem Aufkommen von Kapitalgesellschaften besser wurde, mit der Bildung marktwirtschaftlicher Institutionen und industrieller Prozesse. Diese drei Bausteine lassen sich vielleicht als wesentliche Bausteine des Kapitalismus bezeichnen. Dass Kapitalgesellschaften die Welt besser gemacht haben, ist fraglich. Die Vereinigte Ostindische Kompanie (VOC) der Niederlande entwickelte sich im 17. Jahrhundert zur ersten florierenden Aktiengesellschaft des globalisierten Welthandelssystems. „Wir können den Handel nicht treiben, ohne Krieg zu führen“, befand 1614 VOC-Generalgouverneur Jan Pieterszoon Coen. Der europäische Expansionismus trieb auf anderen Kontinenten grausamste Blüten, bis hin zum Völkermord. Handel, Profit und Krieg gehörten also zur Geburtsstunde des Kapitalismus, wenn man so will. Nur wenige profitierten davon, die meisten blieben arm, selbst in Europa all diejenigen, die das Pech hatten, nicht zur winzigen Oberschicht zu gehören.

Anfangs nur wenige Reiche Der Kolonialismus machte Europäer reich, aber nicht Europa. Immerhin: Mit dem Kapitalismus gelang dem Bürgertum gesellschaftlicher Aufstieg in Sphären, die zuvor nur König oder Adel vorbehalten waren. Für breite Schichten änderte sich jedoch erst etwas, als der Kapitalismus marktwirtschaftlich wurde, als die Industrialisierung sich durchsetzte, mit Beginn des 19. Jahrhunderts. Sicher, dieses Jahrhundert ist auch geprägt vom europäischen Imperialismus, der über weite Teile der Welt noch mehr Verwüstung brachte als die 300 Jahre zwischen der Landung Christoph Kolumbus auf der karibischen Insel „San Salvador“ 1492 und dem ausgehenden 18. Jahrhundert. Aber das 19. Jahrhundert brachte eben auch die Industrialisierung, und mit ihr einen gewaltigen Produktivitätsschub. „Seit Jahrtausenden ist das Leben der Menschen nicht so stark verändert worden wie durch sie“, ist in Christoph Buchheims „Einführung in die Wirtschaftsgeschichte“ zu lesen. Das jährliche Wachstum der Wirtschaft pro Kopf verfünffachte sich im 19. Jahrhundert von 0,3 Prozent auf 1,5 Prozent. Vorreiter war Großbritannien, wo dieser Prozess bereits ab dem Jahr 1750 einsetzte. Als Folge liberaler marktwirtschaftlicher Reformen in der Landwirtschaft stieg die Produktivität. Nicht mehr die Dorfgemeinschaft bestimmte, wer was anbauen durfte, sondern eine neue, wachsende

Schicht von Großgrundbesitzern. Auch die sogenannten Allmende wurden privatisiert. Gegen Ende des 18. Jahrhunderts war die Landwirtschaft in Großbritannien doppelt so ertragreich wie die Frankreichs. „Einen wesentlichen Anreiz für diese Ertragssteigerung stellte die Tatsache dar, dass die Landwirtschaft in Großbritannien schon ziemlich früh weitgehend marktorientiert betrieben wurde“, erklärt Buchheim. Die Landwirtschaft konnte also eine wachsende Zahl von Menschen ernähren, die wiederum außerhalb der Landwirtschaft Beschäftigung in gewerblichen Berufen fand. Das steigerte die Humankapitalbasis, führte zu Urbanisierung und setzte wiederum neue Wachstumsimpulse.

Ab 1800 wächst der Wohlstand Trotz der Armutskrise, die sich in den Schriften von Karl Marx und Charles Dickens spiegelt, verbesserten sich seit dieser industriellen Revolution die Lebensbedingungen für das Gros der Menschen rapide. Die Armut geht seitdem zurück, bis vor wenigen Jahren sogar als absolute Zahl. Jedenfalls sinkt der Anteil der armen Menschen weltweit, wenngleich die Nachhaltigkeits- und Armutsziele der Vereinten Nationen noch nicht erreicht sind. Das wachsende Bruttoinlandsprodukt (BIP) geht einher mit einer drastisch gesunkenen Kindersterblichkeit, zugleich können immer mehr Menschen lesen und schreiben.

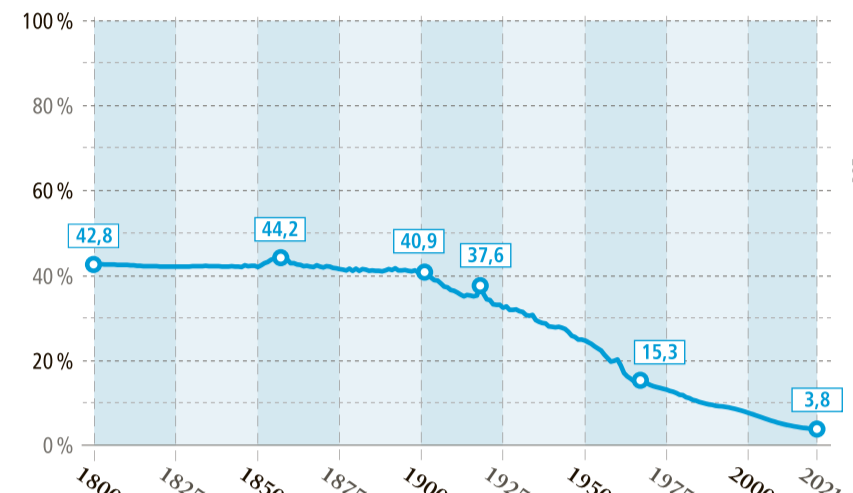
Inwiefern diese Verbesserungen dem Begriff des Kapitalismus zuzuordnen sind, darüber lässt sich streiten. Sie sind jedoch Erfolge von Marktwirtschaft und industrieller Revolution. Sicher, auch Marktwirtschaft und Industrialisierung haben Schattenseiten. Die Menschen verbrennen immer mehr fossile Energieträger wie Kohle, Erdöl und Erdgas. Das so freigesetzte Kohlendioxid lässt die Temperatur auf der Erde steigen. Die Folgen dieses menschlich bedingten Klimawandels für die Spezies des Homo Sapiens sind kaum absehbar. Auch andere Arten leiden. Das globale Artensterben, der Verlust an Biodiversität, bedrohen letztlich auch die Menschheit selbst.

Und schließlich ist es trotz des immensen Wirtschaftswachstums und großer politischer Bemühungen noch nicht gelungen, die Armut auf der Welt wirklich zu besiegen. Der afrikanische Kontinent hinkt gemessen am BIP dem Niveau des Rests der Welt hinterher. Dazu kommt: In den reichen Staaten täuschen die Werte über die Wirtschaftsleistung pro Kopf darüber hinweg, dass es auch dort Armut gibt. Industrialisierung und Marktwirtschaft haben weiten Teilen der Bevölkerung großen materiellen Wohlstand gebracht, aber Abstiegsängste, Perspektivlosigkeit und sogar Obdachlosigkeit sind auch im 21. Jahrhundert, mehr als 200 Jahre nach der industriellen Revolution, noch vorhanden. **Stephan Balling**

Das wachsende BIP geht unter anderem einher mit geringerer Kindersterblichkeit.

Kindersterblichkeit weltweit

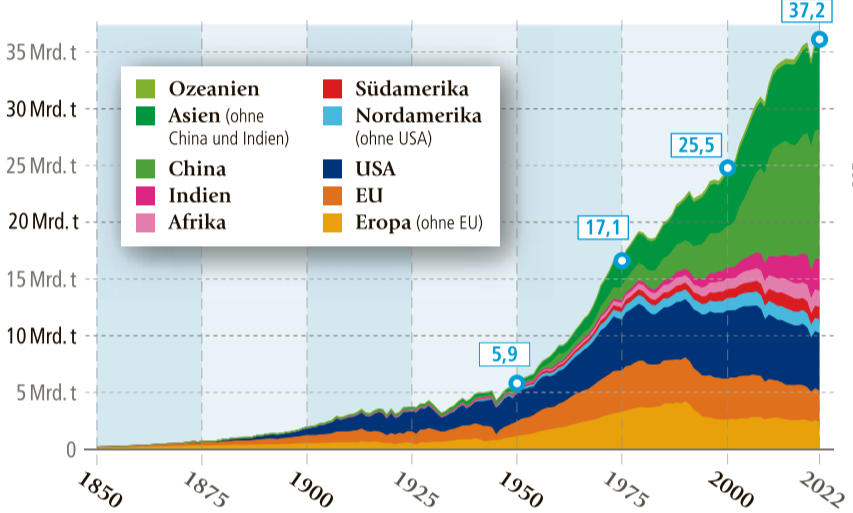
Anteil Neugeborener, die innerhalb der ersten fünf Lebensjahre sterben, in Prozent



Quelle: OurWorldinData.org, UN IGME (2023), Gapminder based on UN (2020) Grafikquelle: OurWorldinData.org/child-mortality (editiert, CC BY)

CO2-Emissionen weltweit

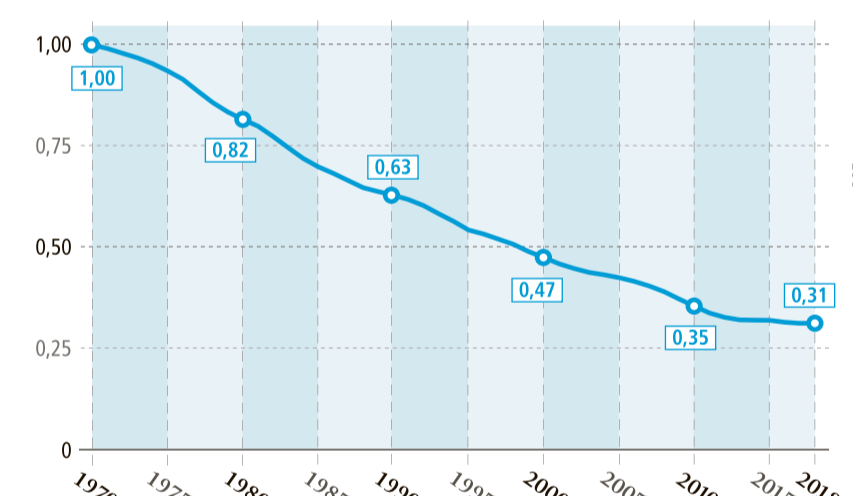
Gesamtentwicklung und Entwicklung nach Weltregionen in Milliarden Tonnen



Quelle: Our World in Data, Global Carbon Budget (2023) Grafikquelle: OurWorldinData.org/co2-and-greenhouse-gas-emissions (editiert, CC BY)

Living Planet Index - Globale Biodiversität

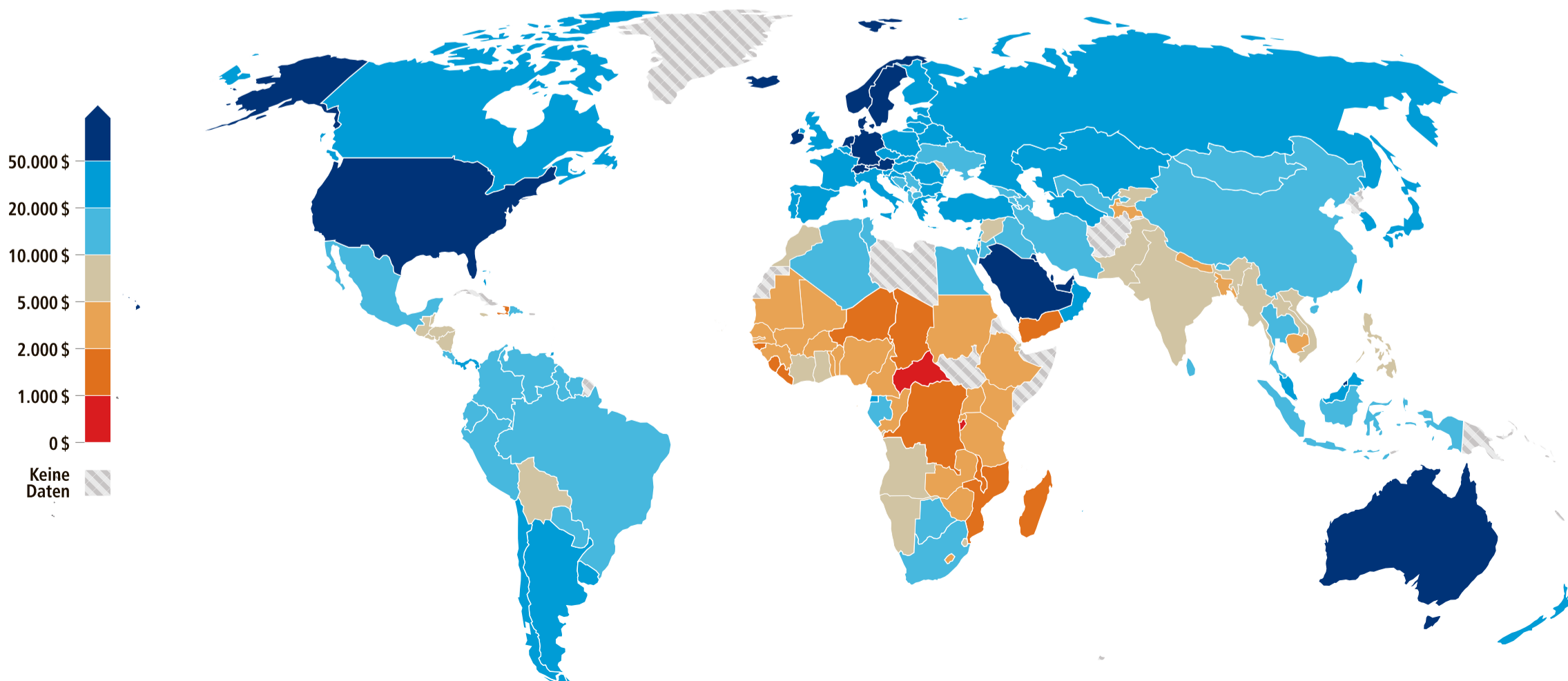
Indexwert im Jahr 1970 = 1



Quelle: livingplanetindex.org

Globale Wirtschaftsleistung im Jahr 2019

Kaufkraftbereinigtes Bruttoinlandsprodukt pro Kopf nach Ländern in Dollar



Quelle: OurWorldinData, Feenstra et al. (2015), Penn World Table (2021) Grafikquelle: OurWorldinData.org/economic-growth (editiert, CC BY)

Plötzlich Planwirtschaft?

USA Bidens milliardenschwere Abkehr vom Neoliberalismus

Wegen Joe Biden hat dieses Unternehmen und diese Stadt wieder Hoffnung.“ Sätze wie den von Tony Salerno, Produktmanager bei der in Pueblo im US-Bundesstaat Colorado ansässigen Firma CS Wind, kriegt der US-amerikanische Präsident kurz vor Beginn des Wahljahres selten zu hören. Und das, obwohl das Wirtschaftswachstum zuletzt deutlich über fünf Prozent betragen, die Inflation sich seit ihrem Neun-Prozent-Hoch im Sommer 2022 mehr als halbiert hat, obwohl die Löhne im Schnitt deutlich stiegen und die Arbeitslosigkeit auf 3,7 Prozent gesunken ist. Die geringe Zufriedenheit mit der wirtschaftlichen Lage, seit der Demokrat im Januar 2021 ins Weiße Haus einzog, ist Bidens wundester Punkt mit Blick auf seine Ambitionen zur Wiederwahl. Dabei ist der aus Südkorea stammende weltgrößte Hersteller von riesigen Türmen für Windkraftturbinen kein rühmlicher Einzelfall. CS Wind krebste bis 2021 coronabedingt am unteren Ende der Wirtschaftlichkeit herum, auch weil diese Art der Gewinnung erneuerbarer Energie in den USA bis dahin nur eine untergeordnete Rolle spielte. „Wir haben uns wirklich Sorgen um unsere Existenz gemacht“, sagt Tony Salerno.

»Made in America« Dann kam Biden mit einem Dreischlag staatlich beeinflusster Planwirtschaft, wie man sie im Mutterland des Ellenbogen-Kapitalismus nicht erwartet hätte. Vier Tage im Amt, erließ seine Regierung die „Made in America“-Verordnung. Ein Dokument – das kurz gesagt – verfügt, bei staatlichen Beschaffungsaufträgen nur noch Firmen den Zuschlag zu erteilen, deren Produkte innerhalb der USA hergestellt werden. Das Ziel: die Sicherung von Arbeitsplätzen im Mittelstand – dem von Biden vielbeschworbenen Rückgrat Amerikas. Mit dieser Re-Nationalisierung der Ökono-

sternstoff und andere grüne Technologien nicht nur zu fördern. Ziel ist es, US-Firmen in den genannten Sparten binnen eines Jahrzehnts Weltmarktführer werden zu lassen und Billiglohn-Produzenten in Asien den Rang ablaufen.

Gewaltige Subventionen Dafür sind bis Anfang der 2030er Jahre nominell rund 370 Milliarden Dollar, umgerechnet 345 Milliarden Euro, vorgesehen. Geld, das der

fast 7,5 Prozent der Wirtschaftsleistung. Bis in demokratische Kreise hinein zieht sich darum die Kritik an Biden, künftige Generationen für seine Klimaschutzprojekte finanziell unverantwortlich hoch zu belasten. James Jones etwa, ehemaliger General und Berater von Präsident Barack Obama, nennt die Strategie „rücksichtslos und gefährlich“.

Wie brisant das staatlich gelenkte Experiment ist, das Auto-Land Amerika auf nachhaltig und öko zu trimmen, zeigt der aktuelle Präsidentschaftswahlkampf. Während Biden der Automobilindustrie im Mittleren Westen goldene Zeiten prophezeit, greift sein mutmaßlicher Widersacher Donald Trump zu apokalyptischen Bildern. Die Demokraten wollten die „Autoindustrie ermorden“, behauptete der Republikaner kürzlich in einer Werkschleife bei Detroit. Sollte, wie Biden es anpeilt, bis 2030 der Anteil von E-Autos beim Neuwagenverkauf von heute acht Prozent auf 50 Prozent steigen, würden Zehntausende Arbeiter überflüssig, so Trumps Warnung, denn E-Autos könnten mit weniger Aufwand zusammengesetzt werden als Verbrenner.

Kritik an Protektionismus Bidens Klimapolitik hält Trump für die Kopfgeldsucher der „linken Umweltritten aus der Hölle“. Im Fall seiner Wiederwahl verspricht er die staatliche Förderung von Elektro-Autos auf null zu fahren und die Produktion von fossilen Brennstoffen wie Öl und Gas radikal zu erhöhen. Bei den Autogewerkschaften hat das bereits für Unruhe gesorgt. Man weiß nicht, wem man vertrauen soll.

Zu den lautesten Kritikern des Amerika-zentrierten Protektionismus gehört der frühere demokratische Finanzminister unter Bill Clinton, Larry Summers. Dass Biden und die Demokraten der Überzeugung seien, sie könnten die vor 30 Jahren in weiten Teilen gen Fernost abgewanderte Fertigungsindustrie durch staatliche Hilfen wieder zurückschubventionieren, hält der Wirtschaftswissenschaftler für einen Trugschluss.

FREIHANDEL

Grundsatz des Liberalismus, wonach der Wohlstand aller Länder am größten ist, wenn es keine staatlichen Beschränkungen des internationalen Handels gibt. Der Austausch von Gütern und Dienstleistungen ist frei von Zöllen, mengenmäßigen Beschränkungen, Mindestpreisen oder technischen Normen. Um solche in der Realität häufig vorkommenden Handelshemmnisse abzubauen, schließen Staaten Freihandelsabkommen oder bilden zum Beispiel Freihandelszonen. Die Idee des Freihandels geht auf den britischen Ökonomen David Ricardo zurück. Seine Außenhandelslehre beruht auf dem Prinzip des komparativen Vorteils und besagt, dass Außenhandel für ein Land selbst dann vorteilhaft ist, wenn alle Waren günstiger im Inland produziert werden könnten.

Staat nicht physisch vergibt, sondern durch Steuergutschriften von bis zu 30 Prozent erlässt. Unternehmen, die in die Entwicklung und Herstellung der nötigen „tools“, wie Maschinen, Vor- und Endprodukte, in den USA investieren, können später jahrelang Gewinne steuerfrei verbuchen. Weil die Höhe der Gutschriften nicht gedeckelt ist, könnten die Staatshilfen in den kommenden zehn Jahren de facto auf über eine Billion Dollar klettern, errechneten Wall-Street-Analysten bereits. Allein die staatliche Anschubförderung für die Halbleiterindustrie beträgt alles in allem knapp 280 Milliarden Dollar – fast das Dreifache des deutschen Sondervermögens für die Bundeswehr. Bisher liegen rund 500 Anträge von Firmen vor, die darüber hinaus auch noch Steuerermäßigungen von 25 Prozent bei entsprechenden Investitionen mit einkalkulieren dürfen. Wie die Unternehmen um die Unterstützung aus Washington kämpfen, zeigt sich aktuell am eindrucklichsten im US-Bundesstaat Arizona.

Rund um die Metropole Phoenix sind die Branchenriesen Intel und TSMC dabei, für 60 Milliarden Dollar mehrere Produktionsstätten hochzuziehen. Intel-Vorstandschef Pat Gelsinger lobte Bidens Initiative als „das bedeutendste industriepolitische Gesetz seit dem Zweiten Weltkrieg“.

Rekord-Staatsverschuldung Die Kehrseite aller Anstrengungen ist die bereits in der Amtszeit von Bidens Vorgänger Donald Trump enorm gestiegene Staatsverschuldung. Allein in den vergangenen zwölf Monaten wuchs sie trotz Daueraufschwung um zwei Billionen Dollar – das entspricht



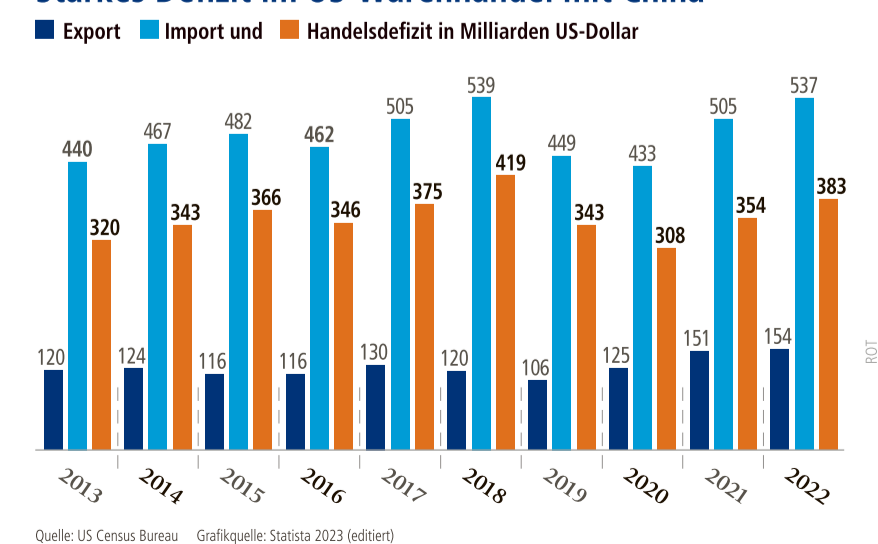
Investitionen in Windkraft: Präsident Biden im November beim Besuch des Anlagenbauers CS Wind. © picture-alliance/dpa

mie und der damit verbundenen Abkehr von neoliberalen Grundsätzen schlug der Präsident ordnungspolitisch einen Weg ein, der mit interventionistisch noch vorsichtig umschrieben ist. Im Sommer 2022 legte der Kongress in Washington dann mit knapp demokratischen Mehrheiten drei historische Konjunkturpakete auf, die aus Sicht der Verfechter freier Märkte Amerikas kaum gezügelten Kapitalismus substanziiell verändert haben, weil sie aus Protektionismus und gewaltigen Subventionsprogrammen bestehen. Ihr Volumen: weit über zwei Billionen Dollar. Die Infrastrukturpakete zur Ertüchtigung von Straßen, Brücken, Häfen und Schienen, der „Chips and Science Act“, der die Produktion von Halbleitern ankurbeln soll, sowie der zur Förderung grüner Technologien gedachte „Inflation Reduction Act“ (IRA) sind laut US-Wirtschaftswissenschaftlern nach Art und Umfang die größten staatlichen Strukturwandelmaßnahmen nach dem Zweiten Weltkrieg.

Konter gegen China Leitmotiv aller Maßnahmen ist das, was Biden bereits bei seinem Amtsantritt beschworen hatte: der Kampf der Systeme. Demokratie gegen Autokratie, Freiheit gegen Unfreiheit. Vereinfacht: Amerika gegen China.

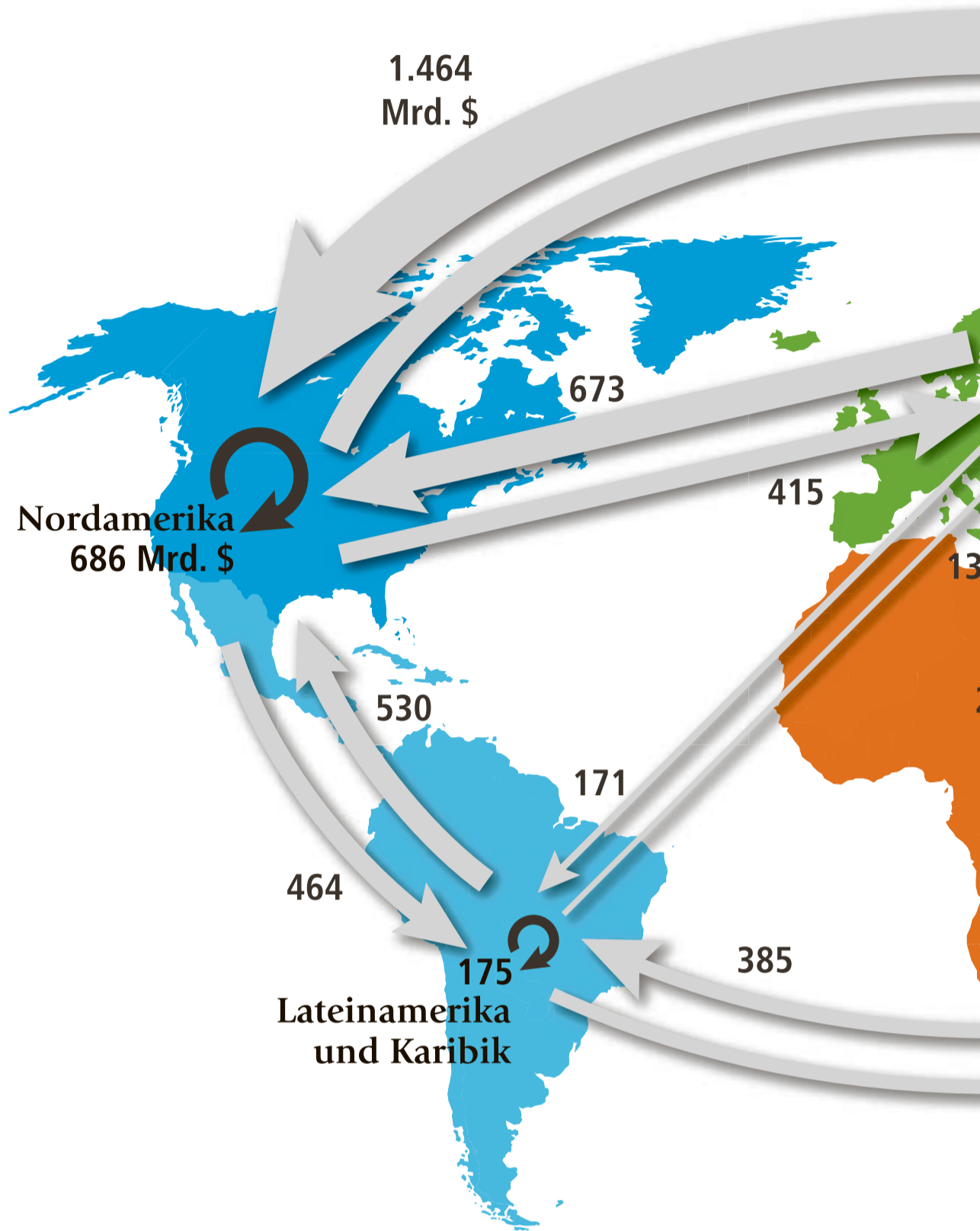
Durch den IRA sahen sich CS Wind in Pueblo, so wie Hunderte anderer Unternehmen in den USA, plötzlich befähigt, zu expandieren statt abzuwickeln. Mit dem Programm dreht die Regierung an vielen Schrauben gleichzeitig, um E-Mobilität, Solarenergie, Windkraft, neue Batterien, Was-

Starkes Defizit im US-Warenhandel mit China



Globale Handels

Warenhandel 2021 in



Quelle: Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (Unctad) Stand Februar 2023 Grafikquelle: picture alliance/dpa-infografik/Globus 015940 (editiert)

»Begrenztes Ex

INTERVIEW Der Ökonom Branko Milanovic über Spielarten

Herr Milanovic, Sie differenzieren in Ihrem Buch „Kapitalismus global“ zwischen zwei Typen des Kapitalismus: dem westlich-amerikanischen und dem chinesischen. Worin unterscheiden sich die beiden Spielarten?

Der grundsätzliche Unterschied liegt in der Rolle des Staates. Das chinesische System ist autoritär. Sein Kapitalismus ist nicht liberal, sondern ein politisch gelenkter Kapitalismus. Die Autonomie des Staates ist viel größer als in demokratischen Systemen. Es gibt keine Rechtsstaatlichkeit, denn sie würde die Macht der staatlichen Verwaltung einschränken. Diese Rechtsunsicherheit schadet zwar der Wirtschaft, weil sie zu Korruption führt. Trotzdem hat China eine sehr leistungsfähige Form des Kapitalismus entwickelt.

Seit den achtziger Jahren beeindruckt China mit seinem beispiellosen Wirtschaftsaufschwung...

... ja, tatsächlich hat es noch nie zuvor in der Moderne ein Land geschafft, über fast 50 Jahre hinweg Wirtschaftsleistung und Lebensstandard zu steigern. Darauf basiert die Legitimität der chinesischen Führung. Anders als in liberalen Demokratien, in denen die Legitimität der Regierung im Kern auf freien und fairen Wahlen beruht, legitimiert sich die Führung in China über Ergebnisse. Solange sie bestimmte „Güter“ liefert, wird sie akzeptiert. Für ihr wirtschaftliches Wohlergehen verzichten die Bürger dagegen auf politische Freiheit.

Beim Ausbau der Infrastruktur agiert China deutlich schneller und effizienter als

liberale Demokratien, auch bei der Bekämpfung von Corona war die Volksrepublik zunächst erfolgreicher – ein Vorteil des politischen Kapitalismus?

In Autokratien ist die Staatsgewalt konzentriert. In Demokratien müssen Entscheidungen dagegen ausgehandelt werden. Rechtliche Hindernisse, die Infrastrukturprojekte wie den Bau von Bahnstrecken in demokratischen Ländern erheblich verzögern können, kann der chinesische Staat leichter aus dem Weg räumen. Auch Wahlen muss die politische Führung nicht fürchten. Unter solchen Bedingungen fällt es leichter, Ziele wie Effizienz und Wirtschaftswachstum zu verfolgen.

Wird China seine wirtschaftliche Entwicklung fortsetzen können? Als Vorzug des liberalen Kapitalismus gilt doch, dass Demokratie und Rechtsstaatlichkeit Innovationen begünstigen.

Es gab stets Stimmen, die China zur Innovation nicht fähig hielten, weil es westliche Technologien nur kopiere. Trotzdem: China hat in den letzten fünfzehn, zwanzig Jahren bewiesen, dass auch sehr autoritäre Systeme Innovationsführer sein können.

Immobilienkrise, Jugendarbeitslosigkeit, hohe Staatsverschuldung – der chinesische Kapitalismus scheint mit ähnlichen Problemen zu kämpfen wie der westliche Kapitalismus. Nähern sich die Modelle an?

Nein. Trotz ähnlicher Entwicklungen wird es auch in Zukunft unterschiedliche kapitalistische Systeme geben. Die Probleme, mit denen China konfrontiert ist, werden das Wachstum zwar bremsen, aber das chinesi-

sche Wirtschaftswunder nicht beenden.

Und wie gefährlich für Chinas Erfolg ist die verbreitete Korruption, die Sie als Wesenszug des politischen Kapitalismus bezeichnen?

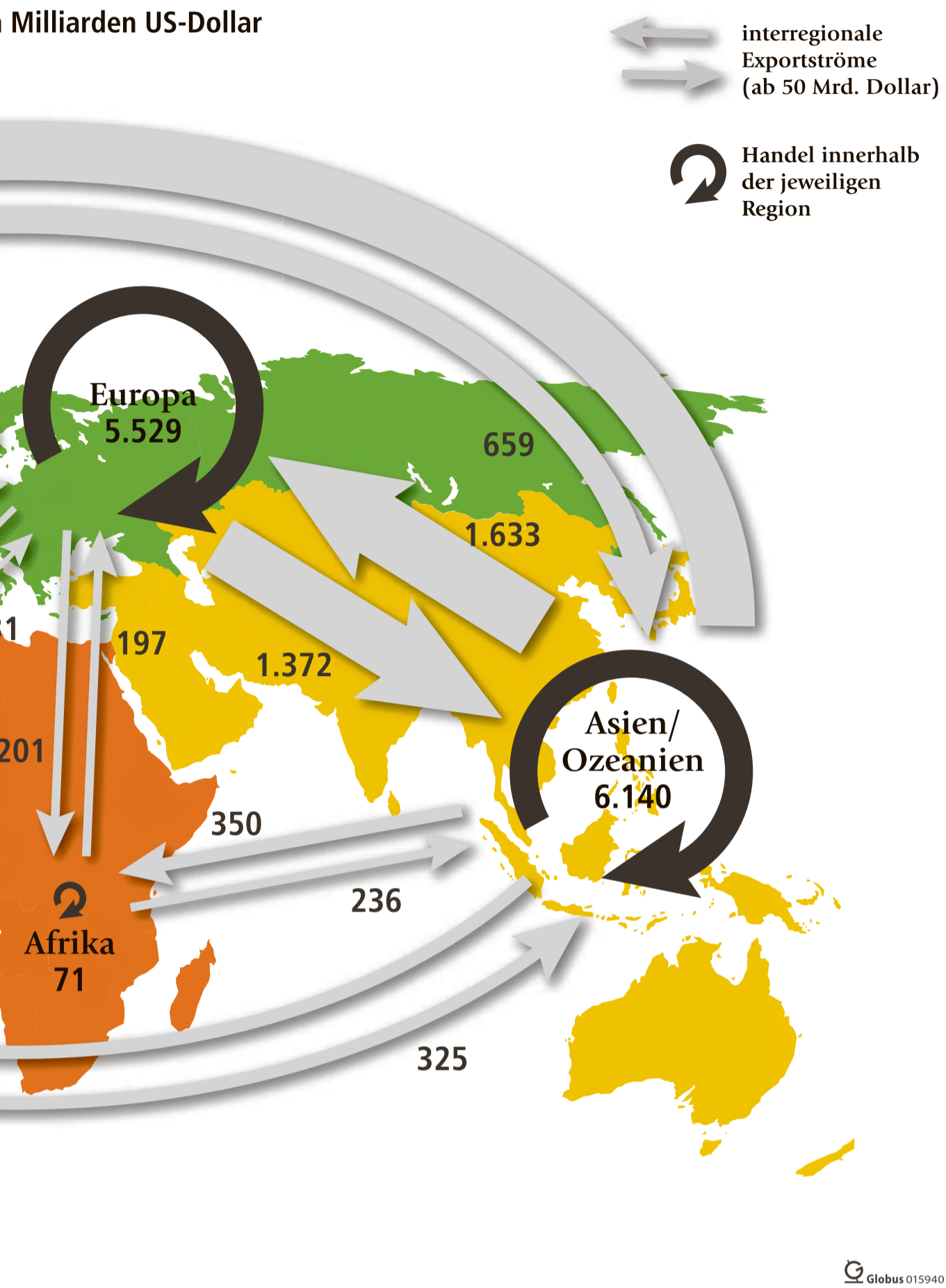
Korruption ist eine echte Gefahr. Regelmäßig ruft das Regime deshalb Anti-Korruptions-Kampagnen aus, wie zuletzt etwa im Gesundheitswesen, um sie im Griff zu behalten. Doch ganz wird die Korruption nie verschwinden, denn sie ist zwangsläufig in einem System, das auf Willkür basiert. Was es zusätzlich gefährlich für die kommunistische Partei macht: Korruption verstärkt die Ungleichheit. Diese ist ohnehin schon hoch, höher als in den USA, aber je mehr Neureiche mit ihrem Vermögen protzen, desto mehr droht die Legitimität der chinesischen Führung Schaden zu nehmen.

Wachsende Ungleichheit ist auch für Demokratien eine Bedrohung. In Ihrem Buch beschreiben Sie strukturelle Veränderungen des liberalen Kapitalismus, die die Konzentration von Reichtum begünstigen – wie zunehmende Homogamie.

Männer und Frauen haben heute immer öfter Lebenspartner, die dasselbe Bildungs- und Einkommensniveau haben wie sie selbst. Die Gründe dafür sind durchaus positiv: Erwerbsquote und Ausbildungsniveau von Frauen sind heute viel höher, das soziale Gefälle innerhalb der Beziehungen verschwindet. Die Kehrseite ist jedoch, dass sich Vermögen und Bildung in denselben Haushalten konzentrieren. Einen ähnlichen Effekt hat auch ein zweites systemisches Merkmal des heutigen

Handelsströme

Milliarden US-Dollar



Gefühl der Unsicherheit

CHINA Pragmatischer Wirtschaftskurs weicht Ideologie

Es gehört ungewöhnlich viel Mut dazu, wenn ein chinesischer Ökonom die Politik seiner Regierung öffentlich in Frage stellt. Doch der Frust, der sich bei Investoren-Veteran Fred Hu angestaut hatte, entlud sich zuletzt in deutlicher Kritik: „Die Menschen sind sich nicht sicher, ob die Führung sich noch den Reformen verpflichtet, von denen China so sehr profitiert hat“, sagte der Gründer der „Primavera Capital Group“ im November bei einem Forum in Singapur. Dieses Gefühl der Unsicherheit habe er seit Beginn der wirtschaftlichen Liberalisierung Ende der 70er Jahre niemals erlebt. Dabei gilt Chinas Staatskapitalismus zu recht als historische Erfolgsgeschichte. 800 Millionen Chinesen konnten in den vergangenen Jahrzehnten der Armut entfliehen, auch dank der pragmatischen Führung der kommunistischen Partei. Unter Parteichef Xi Jinping jedoch hat sich die Stimmung zuletzt deutlich gewandelt. „Noch nie habe ich erlebt, dass ideologische Entscheidungen wichtiger geworden sind als wirtschaftliche Entscheidungen“, sagte etwa Jörg Wuttke, langjähriger Präsident der europäischen Handelskammer, bereits 2022. Sein Nachfolger Jens Eskelund meint angesichts des zunehmend herausfordernden Geschäftsklimas sogar: „China muss sich entscheiden, welche Art von Beziehung es mit ausländischen Firmen haben möchte.“ Die Frage lässt sich darüber hinaus ganz grundsätzlich stellen: Welche Beziehung möchte Chinas Staatsführung unter Xi Jinping zur Marktwirtschaft haben?

praktisch unbeschadet überwinden. Seither hat erneut ein Umdenken eingesetzt: Es braucht also doch eine starke staatliche Hand, die korrigierend in den wirtschaftlichen Kreislauf eingreifen kann. Doch wie grundlegend Xi Jinping, der 2013 an die Macht kam, die chinesische Volkswirtschaft umgestalten würde, damit hätte niemand gerechnet. Barry Naughton von der University of California ist einer der wenigen Ökonomen, der gezielt dazu forscht, wie tiefgreifend Xi mit politischer Macht und flächendeckenden Regulierungen selbst die Anreizstruktur von Unternehmen umgestaltet hat. Dies gilt nicht nur für die bürokratischen Staatsbetriebe, die wieder an Bedeutung gewinnen, sondern auch für die Privatkonzerne: Sie sollen nicht nur nach Profiten streben, sondern sich stets auch den nationalen Interessen unterordnen. „Die Privatunternehmen fühlen eine starke Präsenz der Regierung, was sich negativ auf ihre Entscheidungsfindungen auswirkt. Das ist fundamental anders im Vergleich zum China, das wir noch vor zehn Jahren kannten“, sagt Naughton, der während seines Forschungsaufenthalts in Peking vor dem Korrespondentenclub spricht. Dass sein Vortrag unter dem diplomatischen Schutz der niederländischen Botschaft abgehalten werden muss, ist ebenfalls Teil der neuen Verhältnisse. Untermauert wird Naughtons These etwa von der Tech-Regulierungswelle, die die chinesische Regierung in den vergangenen drei Jahren durchgeführt hat: Scheinbar aus dem Nichts wurden sämtliche großen Internetfirmen, die zu den erfolgreichsten des Landes zählten, mit radikalen Gesetzesänderungen geschröpft. Es traf das Uber-Pendant „Didi“, den Gaming-Konzern „Tencent“ und die Lieferplattform

verstärkt hat, nahm die KP billigend in Kauf. Dabei ging es ihr nicht nur darum, die mächtigen Privatunternehmer des Landes – als potenzielle Bedrohung für die Parteiherrschaft – in die Schranken zu weisen, sondern auch schlicht um den Zukunfts-



Roboter am Piano: Chinas Führung setzt verstärkt auf Entdeckungen im Bereich KI und Robotik. © picture alliance/CFOTO

kurs des Landes: Xi Jinping hat in seinen Reden offen erklärt, dass er mit den Ressourcen der chinesischen Volkswirtschaft vor allem die weltbesten Flugzeuge, Computer-Chips und E-Batterien produzieren will. Harte Technologie eben, die das Leben der Chinesen in den Augen des Präsidenten wirklich verbessern. Hingegen stellen für ihn die E-Commerce-Plattformen, Chat-Apps und Computer-Spiele der Internetfirmen nur sekundäre Spielereien dar. Wer sich als Unternehmer nicht der Parteidoktrin beugt, dürfte sich unter Xi Jinping wieder deutlich unsicherer fühlen. Allein dieses Jahr mussten mindestens elf Privatunternehmen einräumen, dass sie ihren Vorstandsvorsitzenden nicht kontaktieren können, ja keinen blassen Schimmer über dessen Verbleib haben. Ob es sich dabei um Korruptionsermittlungen handelt? Politische Grabenkämpfe? Niemand kann dies seriös beantworten. Der einzige Grund, warum die Öffentlichkeit überhaupt von den Schicksalen der verschwundenen CEOs erfährt, ist trivial: Börsennotierte Unternehmen haben schließlich gegenüber ihren Investoren eine Meldepflicht.

STAATSKAPITALISMUS

Der Begriff bezeichnet eine Wirtschafts- und Gesellschaftsform, die Grundzüge des Kapitalismus, wie Lohnarbeit oder marktwirtschaftliche Preisbildung, mit Elementen des Sozialismus, wie etwa staatliche Wirtschaftssteuerung und staatliches Eigentum an Unternehmen, verbindet. Geprägt wurde der Ausdruck von dem russischen Politiker und marxistischen Theoretiker Lenin, Gründer der Sowjetunion. Um die Rolle des Staates in der Wirtschaft in Ländern wie China zu charakterisieren, sprechen Wissenschaftler von einem „staatlich durchdrungenen“ oder politischen Kapitalismus (siehe auch Interview unten).

„Meituan“. Doch vor allem stand das Internet-Imperium von Jack Ma, dem einst reichsten Chinesen, im Visier der Behörden: Der Unternehmenswert des Konzerns Alibaba ist mittlerweile um mehr als drei Viertel gesunken. Dass dies eine riesige Kündigungswelle ausgelöst und das Problem der Jugendarbeitslosigkeit deutlich

Exportpotenzial

des Kapitalismus und den Systemwettbewerb USA-China

Kapitalismus: Immer häufiger verfügen Menschen mit hohem Lohn auch über ein großes Vermögen und erzielen hohe Kapitaleinkünfte.

In den USA verfügt das einkommensstärkste eine Prozent der Haushalte über mehr Vermögen als alle Normalverdiener zusammen. Welche Folgen hat das?

Die USA steuern auf eine Plutokratie zu, in der sich eine Oberschicht verfestigt. Ungleichheit bedeutet ja nicht nur, dass ein kleiner Teil der Bevölkerung sehr viel Geld hat, sondern auch, dass eine reiche Elite durch politische Einflussnahme ihre Privilegien auf ihre Kinder und Kindeskiner ausdehnt. Viel besorgniserregender als die Konzentration von Vermögen ist daher die Konzentration von Parteispenden in den USA. Das Versprechen von Chancengleichheit und demokratischer Entscheidungsfindung wird damit hin-fällig. Das Fundament des politischen Systems ist bedroht.

US-Präsident Biden setzt verstärkt auf Sozialtransfers und knüpft staatliche Subventionen wie den Inflation Reduction Act an soziale Auflagen. Sehen Sie darin, wie manche Beobachter, den Versuch, Ungleichheit zu reduzieren und Populisten den Boden zu entziehen?

Biden scheint entschlossen, wirtschaftspolitische Maßnahmen mit sozialpolitischen Zielen zu verbinden. Die Gründe dafür sind allerdings nicht innenpolitischer Natur. Es ist der Wettbewerb mit China, der Biden veranlasst, amerikanische Arbeitsplätze zu schützen und den Export von US-Technologie



Der frühere Weltbank-Ökonom Milanovic lehrt an der City University of New York.

nach China zu unterbinden. Seine Sozialpolitik ist mit einer Art geopolitischer Vision verbunden.

China und die USA sehen sich als Rivalen. Das war nicht immer so...

Nein, normale Beziehungen zu den USA waren eine Voraussetzung für Chinas Exportwachstum und ausländische Investitionen. Chinas Öffnungspolitik ab Ende der siebziger Jahre wurde von den USA unterstützt, um das Land als Verbündeten gegen die Sowjetunion zu gewinnen. Seit die USA China als potenzielle Supermacht sehen, hat sich das Verhältnis geändert. Trump war es, der mit Strafzöllen auf chinesische Importe einen Handelsstreit vom Zaun gebrochen hat.

Der Systemwettbewerb beschränkt sich nicht mehr auf den Handelsstreit. Es ist ein

ideologischer Konflikt, in dem China versucht, sein Modell exportieren.

Die Pandemie hat den Konflikt in beispielloser Klarheit zutage gefördert. Die aggressiven Äußerungen chinesischer Diplomaten in sozialen Medien waren etwas Neues, ebenso die Infragestellung der Grundlagen des chinesischen Systems durch den Westen. Die Verbreitung der Werte des liberalen Kapitalismus ist eine fundamentale Herausforderung, die das Regime in Peking nicht ignorieren kann. China muss sein Modell exportieren und zeigen, dass es auch anderswo funktioniert, um den westlichen Einfluss zurückzudrängen.

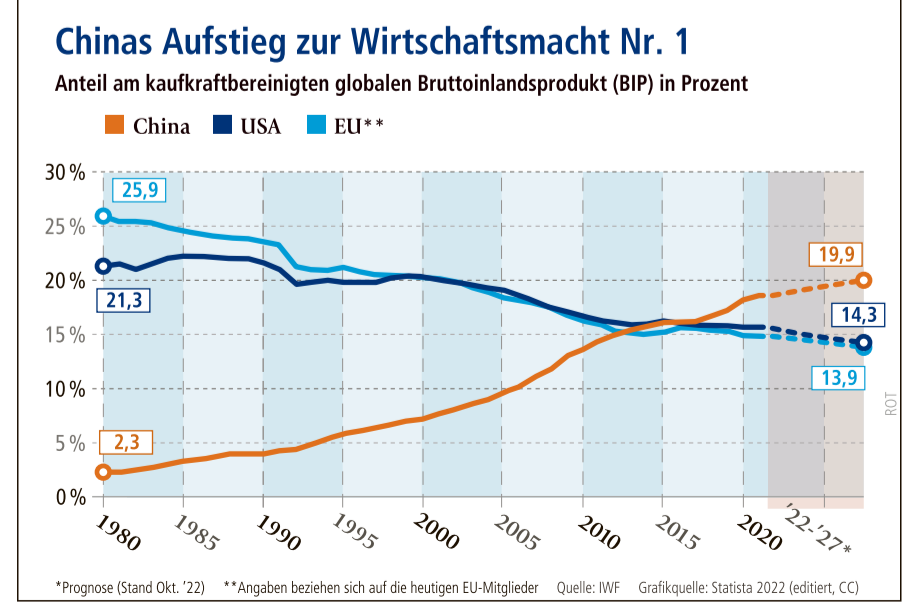
Dass China, etwa mit der Seidenstraßen-Initiative, heute eine aktivere außenpolitische Rolle spielt als früher, ist also eine Verteidigungsreaktion?

Das Geltungsbedürfnis Chinas ist eine Präventivmaßnahme, die eher einer potenziellen Schwäche als chinesischen Expansionsbestrebungen entspringt.

Und wie groß ist das Exportpotenzial des politischen Kapitalismus?

Der politische Kapitalismus mag attraktiv sein. Doch anders als das liberale Modell lässt er sich nicht so einfach implementieren. Das gilt gerade für den chinesischen Kapitalismus, der historisch bedingt auf einem regional dezentralisierten Autoritarismus fußt. Das Exportpotenzial ist deshalb begrenzt. Das System kann kopiert werden, ob auch wirtschaftlich erfolgreich, ist allerdings fraglich.

Das Gespräch führte Sandra Schmid. ||



Erprobte Gegenmaßnahmen gäbe es reichlich. EU-Handelskommissar Valdis Dombrovskis etwa hatte zuletzt während seines Peking-Besuchs die chinesische Regierung ganz offen dazu aufgerufen, dass sie ein Konjunkturpaket schnüren müsse, um den Konsum anzukurbeln. Warum dies nicht geschieht, darüber scheiden sich die Geister. Desmond Shum, ein ehemaliger Bautechniker in Peking, der sich – mittlerweile im britischen Exil – unlängst zu einem der schärfsten Kritiker der KP entwickelt hat, meint, dass die Regierung das Problem aus einem ganz simplen Grund nicht angehen möchte: „Dies bedeutet unweigerlich eine Umverteilung der Macht.“

Fabian Kretschmer || Der Autor ist freier China-Korrespondent und lebt in Peking.



In den Goldminen Kenias arbeiten junge Männer für einen Hungerlohn und teils unter extrem gefährlichen Bedingungen. Oft haben sie keine Alternative. Auch in anderen Ländern Afrikas werden Frauen und Männer in ihren Jobs ausgebeutet.

© picture-alliance/AA/ABACA

Viele Verlierer

AFRIKA Das Leben in afrikanischen Staaten ist oft von Ausbeutung geprägt. Beispiele aus Südafrika und Kenia

In etwa 20 Meter Tiefe zwängt sich John Serama durch eine leicht abschüssige Röhre im Erdreich. Hier unten ist es heiß und dunkel, nur Seramas Taschenlampe gibt etwas Licht. Der 30-jährige Kenianer ist auf dem Weg zu seinem Arbeitsplatz: dem Fels am Ende des Stollens. Serama arbeitet im Goldgürtel im Südwesten Kenias, in der Region Migori. Hier wird überall gebuddelt, geschürft und gewaschen – ohne dass jemand den Bergbau reguliert. Serama hat eine Alkoholfahne. Vor dem Abstieg in den Stollen habe er sich etwas Changaa genehmigt, gibt er auf Nachfrage zu: den illegal gebrannten, hochprozentigen Alkohol, der kaum etwas kostet, aber verboten ist, weil er schwere gesundheitliche Schäden hervorrufen kann.

AUSBEUTUNG

Wenn Arbeiter einen unzureichenden Lohn erhalten, spricht man von Ausbeutung. Auch wenn Arbeiter mehr und länger arbeiten müssen als vereinbart, ohne dass dafür Geld bezahlt wird, ist das Ausbeutung. In den Schriften von Karl Marx (1818-1883) spielt der Begriff eine zentrale Rolle. (bpb)

Serama erzählt, dass er jedes Mal etwas trinkt, bevor er in die Goldgrube steigt. „Aus Angst“, wie der Familienvater zugibt. Sie ist verständlich: In seinem ersten Jahr als Schürfer hat er bei Unfällen in Minen bereits fünf Menschen sterben sehen. Dass er selbst davonkam, ist reines Glück. „Beim ersten Unfall stürzte der Stollen ein“, erzählt er im Licht seiner Taschenlampe. „Wir waren mit zehn Leuten unten. Zwei waren auf der Stelle tot, einer starb auf dem Weg ins Krankenhaus.“ Bei einem weiteren Unfall habe es ein Problem mit der Verkabelung der Wasserpumpe gegeben, die sie unter Tage nutzen. „Das Wasser wurde elektrisch geladen, zwei Menschen waren sofort tot.“

In beiden Fällen gab es kein Unternehmen, das wegen der Unglücke hätte belangt werden konnte, denn John Serama sowie seine Kolleginnen und Kollegen arbeiten im so genannten Klein-Bergbau auf eigene Rechnung. Sie haben keinen Arbeitsvertrag und die meisten auch keine Krankenversicherung. Von Lohnfortzahlung im Fall einer Verletzung oder Krankheit ganz zu schweigen, es gibt ja keinen Arbeitgeber. Wer in solchen „handwerklichen“ Minen in die Tiefe klettert, tut das ohne jede soziale oder rechtliche Absicherung.

Schattenwirtschaft Auf dem afrikanischen Kontinent arbeitet die Mehrheit der Menschen im so genannten „informellen“ Sektor, also ohne offiziellen Arbeitsvertrag. Nach Angaben der Internationalen Arbeitsorganisation ILO sind mehr als 80 Prozent der Menschen in Afrika in dieser „Schattenwirtschaft“ beschäftigt: in der Landwirtschaft, als Kfz-Mechaniker oder Händler in Städten sowie in etlichen weiteren Branchen. Das gilt auch für Kenia: 83 Prozent

der Arbeitenden verdienen ihr Geld im informellen Sektor. Der Vorteil: Sie haben ein Einkommen. Das Angebot an „richtigen“ Jobs deckt den Bedarf bei weitem nicht ab. Jährlich kommen 800.000 junge Menschen neu auf den Arbeitsmarkt, die Zahl neuer Stellen liegt bei einem Bruchteil davon. Die Nachteile der informellen Jobs liegen auf der Hand: Die Beschäftigten haben kein Arbeitsrecht, keine geregelten Arbeitszeiten, Umsätze und Gewinne sind unsicher, es gibt kaum Sicherheiten, Rücklagen oder Geld für weiterführende Investitionen, keinen Anspruch auf staatliche Leistungen wie eine Altersversorgung.

Weniger Mahlzeiten Dabei gibt es auch im informellen Sektor abhängige Beschäftigungsverhältnisse – aber eben ohne verbrieft Rechte. Nach Angaben der ILO liegen in Kenia die Löhne im informellen Sektor deutlich unter dem gesetzlichen Mindestlohn.

Bei den offiziellen Arbeitsverträgen ist die Situation allerdings nicht viel besser. Nach Angaben des „Kenya Institute for Public Policy Research and Analysis“ (KIPPR) verdienen 77 Prozent der Arbeitnehmer weniger als das, was gesetzlich als Minimum vorgeschrieben ist – wobei schon der Mindestlohn nur die Hälfte der tatsächlichen Lebenshaltungskosten abdeckt. Das heißt: Ob offiziell oder inoffiziell beschäftigt, zum Leben reicht das monatliche Einkommen bei vielen Kenianerinnen und Kenianern nicht. Sie sparen dann zwangsläufig an der Zahl der täglichen Mahlzeiten, der Kleidung, der Qualität des Wohnraums, dem Gang zum Arzt.

Schwere Krisen Angesichts der Zahlen wird es besser verständlich, warum der kenianische Goldgräber Serama ein so hohes Risiko eingeht – obwohl er ursprünglich von einem „normalen“, gesicherten Leben geträumt hat. Er studierte Kriminologie und Strafrecht, machte seinen Abschluss. Anschließend fand er trotz langer Suche keinen Job. In Kenia sei es üblich, dass Bewerber Schmiergelder zahlen, um eine Stelle zu kriegen, erzählt er. Geld, das Serama nicht hatte. Um etwas zu verdienen, arbeitete er als Hilfslehrer an einem Gymnasium, für umgerechnet 25 Euro im Monat. Als Goldgräber verdient er im Durchschnitt monatlich 250 Euro – davon kann er seine Familie so einigermaßen ernähren.

Allerdings wird das auch für ihn immer schwieriger. Denn in Kenia hat sich die wirtschaftliche Lage in den vergangenen Monaten massiv verschlechtert. Zu den Gründen gehört eine Abfolge schwerer Krisen seit 2019: erst eine schwere Heuschreckepilg, dann die Corona-Pandemie, anschließend die schlimmste Dürre seit vier Jahrzehnten und schließlich der Krieg in der Ukraine, der global zu stark steigenden Getreide- und Treibstoffpreisen führte. Die Inflationsrate in Kenia ist entsprechend hoch, im März 2023 lag sie nach Zahlen der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung bei 8,59 Prozent. Der kenianische Schilling verliert gegen den US-Dollar und den Euro schnell an Wert, was die Importe empfindlich verteuert. Aufgrund der hohen Staatsverschuldung versucht Präsident Wil-

liam Ruto, die staatlichen Einnahmen durch immer neue Abgaben zu erhöhen und gleichzeitig die Ausgaben durch weniger Subventionen für Güter des täglichen Verbrauchs zu senken. Nun wissen viele Menschen kaum noch, wie sie über die Runden kommen sollen.

Job gegen Sex Das verschlechtert ihre Verhandlungsposition auch dort, wo sie offizielle Arbeitsverträge bei internationalen Unternehmen haben. Werden ihre Rechte verletzt oder ihre Verträge nicht eingehalten, nehmen viele Arbeiter das schweigend hin, weil sie fürchten, ihr Einkommen sonst zu verlieren. Rechercheure der britischen BBC brachten Beispiele auf kenianischen Teeplantagen ans Licht, die britischen Unternehmen gehören.

Die BBC sprach nach eigenen Angaben mit 70 Arbeiterinnen. Demnach zwingen Vorgesetzte Arbeiterinnen immer wieder zum Sex. Einige Frauen berichteten dem Sender auch von Drohungen mit ihrer Entlassung. Eine der Arbeiterinnen sagte der BBC: „Ich darf meinen Job nicht verlieren, denn ich habe Kinder.“ Eine andere berichtete von Erpressung im Bewerbungsgespräch: „Es ist einfach nur Folter: Er will mit dir schlafen,

erst dann bekommst du einen Job.“ Dass sie wirtschaftlich immer stärker unter Druck stehen, gilt auch für die Bevölkerung in vielen anderen Ländern des Kontinents, unabhängig davon, ob sie auf Plantagen, in Industriebetrieben oder im Dienstleistungssektor arbeiten. Der Anteil des formellen Sektors an der Wirtschaftsleistung ist unterschiedlich groß, am größten im Süden des Kontinents.

Arm und Reich Südafrika ist ein ressourcenreiches Schwellenland und der am weitesten entwickelte Industriestandort auf dem Kontinent. Das Land ist der größte Automobilbauer Afrikas, der Sektor schafft rund 112.000 Arbeitsplätze, darunter bei der Volkswagen Group South Africa (VWSA). Mit mehr als 3.500 Beschäftigten im Werk Kariega, einer Industriestadt rund 1.000 Kilometer südlich von Johannesburg, ist die VWSA ein wichtiger Arbeitgeber. Auch der industrielle Bergbau spielt in Südafrika eine tragende Rolle, Hunderttausende sind in dem Sektor beschäftigt. Die Chemie, vor allem die Petrochemie, ist ebenfalls von Bedeutung. Außerdem gibt es einen kleinen Maschinenbausektor. Mit dem vergleichsweise hohen Grad der In-

dustrialisierung spielt Südafrika auf dem Kontinent eine Sonderrolle. Allerdings hat sich auch in Südafrika die wirtschaftliche Lage der Bevölkerung in den vergangenen Monaten deutlich verschlechtert. Die Kluft zwischen Arm und Reich, die dort ohnehin ausgeprägt ist, hat sich weiter vergrößert. Das wirtschaftliche Schwergewicht des Kontinents befindet sich seit längerem in einer umfassenden politischen, sozialen und wirtschaftlichen Krise, verschärft durch die globalen Verwerfungen wie die Corona-Pandemie sowie die Folgen des Kriegs in der Ukraine.

STICHWORT

Einkommen in Kenia und Südafrika

> **Kenia** Monatliches Durchschnittseinkommen 2021: 6.879 Kenia Schilling (KES), umgerechnet rund 54 Euro.

> **Südafrika** Monatliches Durchschnittseinkommen 2022: 26.032 Südafrikanische Rand (ZAR), umgerechnet rund 1.435 Euro.

In Südafrika haben nach Schätzungen bis zu zwei Drittel der Arbeitskräfte einen Arbeitsvertrag – das dürfte die höchste Rate auf dem Kontinent sein, jedenfalls südlich der Sahara. Die Gewerkschaften haben eine vergleichsweise starke Stellung, es gibt ein Arbeitsrecht, das die grundlegenden Beschäftigungsbedingungen regelt, und einen Mindestlohn gibt es auch.

Die wirtschaftliche Realität ist für die Mehrheit trotzdem auch hier eine andere: Die Arbeitslosigkeit ist seit Jahren eine der höchsten der Welt, 2022 lag sie bei fast 33 Prozent. Unter Jugendlichen ist die Erwerbslosigkeit mit 64 Prozent besonders hoch, und jede zweite Frau findet keinen Job. Leiharbeit ist eine weit verbreitete Praxis, und vor allem viele Arbeitsmigranten verdienen ihr Geld unter besonders prekären Bedingungen – am Ende jedes Monats haben sie deutlich weniger als gesetzlich vorgeschrieben. Für viele ist der einzige Ausweg, in den Elendsvierteln der Städte zu wohnen, an Mahlzeiten zu sparen und im Krankheitsfall auf eine Behandlung zu verzichten.

Bettina Rühl | Die Autorin ist freie Afrika-Korrespondentin.

FÜNF FRAGEN ZUR: ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT MIT AFRIKA



Karamba Diaby (SPD) ist Mitglied im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie im Auswärtigen Ausschuss.

„Afrika ist ein Kontinent der Chancen.“

Herr Diaby, Afrika ist für seine natürlichen Ressourcen bekannt, aber auch für Armut und die verbreitete Ausbeutung von Menschen. Wie sehen Sie die Entwicklung des Kontinents aktuell?

Wir müssen erst einmal feststellen, dass wir über 54 verschiedene Länder reden, die sehr unterschiedlich sind. Südafrika oder Nigeria sind nicht mit Guinea-Bissau, Mali oder Niger zu vergleichen. Die Staaten entwickeln sich unterschiedlich. Früher hat man versucht, alle afrikanischen Länder über einen Kamm zu scheren. Das hat sich geändert. Wir sollten genau differenzieren, welche Potenziale jedes Land hat. Im Hinblick auf Energiekooperationen beispielsweise schauen wir nach Möglichkeiten der Zusammenarbeit im Bereich der erneuerbaren Energien. Das ist eine neue Wahrnehmung Afrikas, das ist die Zukunft.

Welches sind aus Ihrer Sicht die dominierenden Probleme in Afrika?

Das größte Problem ist die Instabilität mancher Länder, die eine nachhaltige Entwicklung behindert. Doch das gilt längst nicht für alle Länder. Schauen wir zum Beispiel auf Südafrika oder Senegal, Marokko, Ghana oder die Elfenbeinküste. Militärputsche oder kriegerische Auseinandersetzungen in manchen Regionen verhindern aber immer wieder eine stabile Entwicklung. Was die Bevölkerungsentwicklung angeht, kann man geteilter Meinung sein. In meiner Heimat Senegal sind 50 Prozent der Menschen unter 20 Jahre. Die „Afropessimisten“, wie ich sie nenne, kritisieren diese Entwicklung. Ich sehe dies positiv und ge-

be zu bedenken, dass wir in Mitteleuropa große Probleme mit einer alternden Bevölkerung haben und zu wenige junge Fachkräfte. Die Medaille hat also zwei Seiten. Allerdings müssen geeignete Bedingungen in den afrikanischen Ländern geschaffen werden, damit die jüngere Bevölkerung ihre Potenziale auch nutzen kann: Bildung, Arbeit, Teilhabe. Wenn die wirtschaftlichen und sozialen Voraussetzungen nicht stimmen, kann das ein Pulverfass sein.

Beruhet der Wohlstand in westlichen Industriestaaten auch auf der Ausbeutung Afrikas?

Ganz so würde ich das nicht formulieren. Aber es stimmt: Die Zusammenarbeit findet nicht immer auf Augenhöhe und gleichberechtigt statt. Das betrifft einerseits die Handelsbeziehungen, zum anderen die Wertschöpfungskette. Kakao oder Bananen werden nach Europa ausgeführt und dort endverarbeitet. Es wäre besser, wenn die Produktion in Afrika stattfinden würde, die Wertschöpfung also dort bliebe. Auch für erneuerbare Energien werden Rohstoffe aus Afrika benötigt, seltene Erden beispielsweise. Die afrikanischen Staaten wollen die Rohstoffe selbst weiterverarbeiten und von ihrem eigenen Reichtum profitieren. Die bisherige Abgrenzung geht auf Kosten Afrikas. Die afrikanischen Staaten sind inzwischen selbstbewusst und benennen das deutlich. Das gefällt mir.

Es wird offenbar noch immer Müll und Schrott aus Industriestaaten nach Afrika exportiert. Was sagen Sie dazu?

Das muss man kritisieren. Viele afrikanische Länder haben jedoch Regelungen gegen diese fragwürdigen Importe geschaffen, beispielsweise mit hohen Einfuhrzölen auf bestimmte Produkte. In Senegal dürfen Autos, die älter als acht Jahre sind, nicht importiert werden. Ein Problem ist der Plastikmüll, weil in Afrika die Recycling-Anlagen fehlen. In Ruanda gilt daher schon seit Jahren ein Verbot für Plastiktüten. Die Sensibilität für das Thema Müll und Schrott ist stark gewachsen.

Afrika ist also kein abgehängter Kontinent, wie manche Beobachter meinen?

Nein. Afrika ist ein Kontinent der Chancen. Einige afrikanische Staaten haben zum Beispiel bei der Digitalisierung beachtliche Erfolge zu verzeichnen. Sie sind uns damit mehrere Schritte voraus. Internationale Geldtransfers werden aus der Wüste in Mauretanien organisiert, ohne Bank, nur mit Handys. In Gabun ist unlängst eine App entwickelt worden, um Bücher zu digitalisieren. Es gibt viele positive Ansätze. Wenn wir unsere Partner ernst nehmen, können wir von ihnen lernen. Die wirtschaftliche Kooperation ist dann beiderseits von Interesse. Das ist die neue Philosophie in der Entwicklungszusammenarbeit mit Afrika.

Das Gespräch führte Claus Peter Kosfeld.

Karamba Diaby wurde 1961 in Marsassoum, Senegal, geboren. Er ist seit 2013 Bundestagsabgeordneter.

Wohlstand für alle' und 'Wohlstand durch Wettbewerb' gehören untrennbar zusammen; das erste Postulat

kennzeichnet das Ziel, das zweite den Weg, der zu diesem Ziel führt." Ludwig Erhard, der in Deutschland als der Vordenker der Sozialen Marktwirtschaft (siehe Text unten) gilt, hat 1957 mit diesen Worten einen klaren Zusammenhang zwischen dem Funktionieren des Marktes und dessen Regulierung hergestellt.

Die Wettbewerbsregulierung gilt als „scharfes Schwert“, das 1956 geschmiedet und nun, fast 70 Jahre später, in diesem Jahr mit der elften Novelle des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) weiter geschärft wurde. Man habe nun ein Wettbewerbsrecht „mit Klauen und Zähnen“, konstatierte Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Bündnis 90/Die Grünen), als der Bundestag über das Gesetz abgestimmt hatte. Für ihn ist die Novelle nicht weniger als die „größten Reform des Wettbewerbsrechts seit Ludwig Erhard“. Justizminister Marco Buschmann (FDP) sprach davon, dass das für die Überwachung zuständige Bundeskartellamt nun eine „Wettbewerbsbehörde mit Biss“ sei.

Reaktion auf den Krieg Doch warum gerade jetzt? Zum einen hatte die Ampelkoalition von SPD, Grünen und FDP die Novellierung des GWB bereits 2021 im Koalitionsvertrag vereinbart: „Wir werden das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) evaluieren und weiterentwickeln. Wir werden prüfen, wie das Bundeskartellamt gestärkt werden kann, um bei erheblichen, dauerhaften und wiederholten Verstößen gegen die Normen des wirtschaftlichen Verbraucherrechts analog zu Verstößen gegen das GWB Verstöße zu ermitteln und diese abzustellen.“

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hatte die Debatte um ein verschärftes Kartellrecht aber deutlich beschleunigt. Die aus dem Krieg resultierenden Folgen für die deutsche Wirtschaft und Bevölkerung, allen voran die massiv gestiegenen Preise für Energie, Heizöl und Treibstoff hatten die Regierung zum Handeln gezwungen.

Die daraufhin rasch eingeführte, umgangssprachlich als „Tankrabbat“ bezeichnete dreimonatige Senkung der Energiesteuer auf Kraftstoffe war ein Eingriff der Regierung in die Preisgestaltung, um die Verbraucherinnen und Verbraucher zu entlasten. Wirtschaftsfachleute kritisierten dies jedoch als Schritt, der wenig bringe: Es handele sich dabei um eine „Umverteilung von unten nach oben“, sagte beispielsweise Clemens Fuest, Chef des Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung (Ifo). „Zum Fenster herausgeschmissenes Geld“ nannte es der Ökonom Jens Südekum von der Universität Düsseldorf. Eine Prüfung des Mineralölmarktes wurde eingeleitet, den Konzernen konnte jedoch letztlich kein Kartellrechtsverstoß nachgewiesen werden.

Mehr Schutz für Verbraucher Doch der Wunsch nach stärkeren Kontrollmechanismen blieb. „Angesichts der aktuellen Krisen müssen wir die großen Stärken des Wettbewerbs konsequenter nutzen“, sagte Habeck. Wettbewerb sei dabei das beste Mittel, um Verbraucherinnen und Verbrauchern vor ungerechtfertigten Preissteigerungen zu schützen.

Bislang sah das GWB unter anderem das Verbot der Bildung von Kartellen, die Missbrauchsaufsicht und die Fusionskontrolle

Lob des Wettbewerbs

KARTELLRECHT Die Ampel sorgt mit Gesetznovelle für einen Paradigmenwechsel



Lautstark werben für das beste Angebot: Walter Giller als Marktschreier im Film „Rosen für den Staatsanwalt“ von Wolfgang Staudte (1959).

© picture-alliance/dpa

vor; das Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb unter anderem das Verbot unwahrer Werbung. So kann auf die Wettbewerbssituation Einfluss und damit faire Bedingungen geschaffen werden, die den Unternehmen und am Ende den Verbraucherinnen und Verbrauchern zu Gute kommen. Zu-

ständig für das Erarbeiten und die Kontrolle der Wettbewerbsbeschränkungen ist in Deutschland das Bundeskartellamt und auf europäischer Ebene die Europäische Kommission.

Mit der Novelle hat die Ampel nun dem Bundeskartellamt als Wächterin über den

Wettbewerb mehr Befugnisse eingeräumt. So wurde die Wirksamkeit sogenannter Sektoruntersuchungen im Kartellrecht erhöht. Mit diesen Untersuchungen werden die Strukturen und Wettbewerbsbedingungen in bestimmten Wirtschaftszweigen analysiert. Gibt es den Verdacht, dass der

Wettbewerb in einem ganzen Sektor, wie beispielsweise im oben genannten Kraftstoffmarkt, eingeschränkt ist, werden die Wettbewerbsbedingungen geprüft. Stellt die Behörde Verstöße fest, darf das Kartellamt selbst tätig werden und „verhaltensbezogene und strukturelle Abhilfemaßnahmen

anordnen“. Außerdem soll die Kartellbehörde wirtschaftliche Vorteile, die durch Kartellrechtsverstöße erlangt wurden, leichter abschöpfen können. Doch wo endet der Schutz des Marktes, der Unternehmen und der Verbraucher, und wo droht ein zu starker Eingriff des Staates? Wirtschaftsnahe Verbände sehen die neue Machtposition des Kartellamtes kritisch.

„Staatliche Marktgestaltung“ So fürchtet der Bundesverband der deutschen Industrie (BDI), dass der Wirtschaftsstandort Deutschland durch die GWB-Reform geschwächt werden könnte: Wenn Unternehmen das strenge Wettbewerbsrecht in hierzulande fürchteten, könnten „wichtige Investitionen in Innovationen und Marktwachstum unterbleiben“, so Iris Plöger, Mitglied der BDI-Hauptgeschäftsführung. Einen „Paradigmenwechsel hin zur staatlichen Marktgestaltung als letztes Mittel“ sieht Stephan Wernicke, Chefjustiziar der Deutschen Industrie und Handelskammer. Rechtmäßiges Handeln schütze Unternehmen nicht mehr vor staatlicher Intervention, sobald das Bundeskartellamt in seinem weiten Ermessen den Wettbewerb über einen längeren Zeitraum als gestört ansieht. Damit verlasse die Bundesregierung die bewährten Grundprinzipien des Europäischen Wettbewerbsrechts, so Wernicke.

Zu „Heulen und Zähneklappern“ führe die GWB-Novelle mit „Klauen und Zähnen“, konstatiert dann auch Rupprecht Podszun, Inhaber des Lehrstuhls für Bürgerliches Recht, deutsches und europäisches Wettbewerbsrecht an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. Die Gesetzesänderung mit den ausgebauten Rechten für das Bundeskartellamt sei ein Paradigmenwechsel; da stimmt Podszun mit dem DIHK-Experten Wernicke überein.

Wettbewerbsnachteile für deutsche Unternehmen, wie sie Plöger befürchtet, sieht der Wissenschaftler jedoch nicht: Falls das Kartellamt wirklich für mehr Wettbewerb Sorge, so führt Podszun in der Neuen Juristischen Wochenschrift aus, schade das den Unternehmen nicht: „Wer sich auf den Heimatmärkten behaupten muss, ist für internationale Geschäft.“ Unbestreitbar sei aber, dass die Macht des Kartellamtes wachse: „Gerade diese Behörde sollte ein Gespür dafür haben, dass Macht zum Missbrauch verführt“, so Podszun. Dass eine Überarbeitung des Wettbewerbsrechts notwendig wurde, sei unbestritten. In einer Anhörung des Bundestages zur Novelle hatte Podszun im Juni gesagt, dass es hierzulande eine „strukturelle Wettbewerbsarmut“ gebe, die sich über Jahre und Jahrzehnte verfestigt habe.

Klagen effektiver machen Einen Ausblick darauf, dass die 11. GWB-Novelle noch nicht das Ende der Pläne für eine Reform des Wettbewerbsrechts ist, gibt Sven Giegold, Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz: „In der zweiten Hälfte der Legislatur wollen wir die Agenda fortentwickeln, damit der Wettbewerb weiter gestärkt und gleichzeitig die Wirtschaft unterstützt und entlastet wird“, kündigt Giegold an.

So soll das Bundeskartellamt künftig auch bei der Durchsetzung des Verbraucherschutzes gestärkt und gerichtliche Verfahren zur Durchsetzung privater Kartellschadensersatzklagen effektiver gemacht werden. Derzeit wertet das Bundeswirtschaftsministerium die Ergebnisse einer Konsultation aus, bei der Organisationen, Unternehmen, Verbände und Bürgerinnen und Bürger Ideen zur Reform einbringen konnten. *Elena Müller*

Die Wiedererfindung der Wirtschaft

»RHEINISCHER KAPITALISMUS« Nach dem Zweiten Weltkrieg musste für Deutschland ein neues Wirtschaftsmodell her. Ludwig Erhard hatte da schon was vorbereitet

Die marktwirtschaftliche Ordnung der Bundesrepublik Deutschland ist keine Selbstverständlichkeit. Denn nach dem Zusammenbruch der Naziherrschaft strebte nicht nur die wiedererstandene SPD ein sozialistisches Wirtschaftssystem an, sondern auch die sich neu formierende CDU. Bei deren erstem „Reichstreffen“ im Dezember 1945 postulierten die Delegierten einstimmig einen „Sozialismus aus christlicher Verantwortung“. Nur mit Wirtschaftslenkung meinten sie die Not dieser Tage in den Griff bekommen zu können, und die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien schien geboten angesichts der Rolle, die das Großkapital bei Hitlers Machtergreifung gespielt hatte.

Als Konrad Adenauer nach einigem Zögern bei den Christdemokraten einstieg, bemühte er sich, solche aus seiner Sicht sozialromantischen Vorstellungen in Richtung einer pragmatischeren Wirtschaftspolitik umzulenken. Das wirtschafts- und sozialpolitische Programm, das der Zonenausschuss der CDU in der britischen Zone im Februar 1946 in Ahlen verabschiedete, trägt bereits deutlich seine Handschrift. Es setzt wesentlich stärker auf marktwirtschaftliche Kräfte und weniger auf dirigistische Maßnahmen.

Wirtschaftsordnung liberalisiert Am 1. Januar 1947 schlossen Briten und Amerikaner ihre Zonen zu einem Vereinigten Wirtschaftsgebiet, der „Bizone“ zusammen. Sie beriefen einen 52-köpfigen Wirtschaftsrat ein, in dem auf Grundlage der

zwischen 1945 und 1947 abgehaltenen Landtagswahlen CDU/CSU und SPD gleich viele Sitze hielten. Zur Empörung der Sozialdemokraten ging die Union eine Koalition mit den Liberalen und dem Zentrum ein, die alle zu besetzenden Direktorenposten unter sich verteilte. In dieser Konstellation wurden die Weichen für eine Liberalisierung der Wirtschaftsordnung gestellt.

Denn das System der Zwangsbewirtschaftung, in dem Bezugsscheine praktisch an die Stelle des Geldes getreten waren, erwies sich als offensichtlich ungeeignet, die dramatische Verschlechterung der Versorgungslage zu stoppen.

Auftritt Ludwig Erhard Im März 1948, als die Spaltung Deutschlands durch den Auszug des sowjetischen Vertreters aus dem alliierten Kontrollrat offenkundig geworden war, wurde Ludwig Erhard zum Wirtschaftsminister der Bizone berufen. Der in Nürnberg tätige Wirtschaftswissenschaftler hatte schon während des Zweiten Weltkriegs Studien über eine neue Wirtschaftsordnung nach dem Krieg ausgearbeitet, für die Erhards Kollege und späterer Staatssekretär Alfred Müller-Armack den Begriff „Soziale Marktwirtschaft“ prägte. Erhard kam also mit fertigen Plänen in den Wirtschaftsrat und er setzte diese – mit voller Rückendeckung durch die Amerikaner und Briten – in kurzer Zeit um. Schon am 21. Juni erfolgte die Währungsreform, an der sich auch die französische Zone beteiligte. Die alte Reichsmark wurde ersetzt

durch die Deutsche Mark. Jede Bürgerin und jeder Bürger erhielt einen Grundstock von 40 DM; ansonsten wurden die vorhandenen Geldbestände, Vermögen und Verbindlichkeiten im Wesentlichen im Verhältnis 1:10 abgewertet.

Kräfte nutzbar machen Viele Einwohner der Westzonen sahen sich dabei um einen Großteil ihres sauer ersparten gebracht – nicht selten zum zweiten Mal nach der Hyperinflation der Zwanziger Jahre. Umgekehrt sah mancher Spekulant seine Schulden auf wunderbare Weise dahinschwinden. Kein Wunder, dass die Sozialdemokraten lautstark gegen die Politik Erhards und der Union im Wirtschaftsrat zu Felde zogen. Aber auch in den eigenen Reihen hatte Erhard zunächst erhebliche Widerstände zu überwinden.

Doch letztlich konnte er auch den Sozialflügel der Union davon überzeugen, dass sein Konzept nichts mit freibeuterischem Kapitalismus zu tun hatte. Seine „Soziale Marktwirtschaft“ sollte vielmehr die Kräfte von Wettbewerb und Gewinnstreben für die Beseitigung der Not und die Schaffung von Wohlstand nutzbar machen, sie dabei aber unter Kontrolle halten. Die Bildung von Monopolen und Kartellen sollte durch staatliche Aufsicht verhindert werden, und die weniger Leistungsfähigen sollten durch eine gerechte Sozialpolitik geschützt werden. Auf dem zweiten Parteitag der CDU in der britischen Zone im August 1948 erhielt Erhard volle Unterstützung.

Nach dem noch knappen Sieg der Union bei der ersten Bundestagswahl 1949 wurde das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft Schritt für Schritt weiter umgesetzt.

Entscheidend für den Erfolg war dabei das Ringen und Zusammenwirken von Wirtschafts- und Sozialflügel der Union und ihrer Repräsentanten am Kabinettsstisch, Wirtschaftsminister Erhard und Arbeitsminister Anton Storch. Ein typisches Beispiel für diesen Ausgleich zwischen Sozial- und Wirtschaftspolitik ist die Einführung des Time-Lag bei der Rentenreform 1957 mit

der Umstellung von Kapitaldeckung auf Umlagefinanzierung. Die Wirtschaftspolitiker in der Koalition hatten die berechtigte Sorge, dass die Dynamisierung der Rente prozyklisch wirken würde: Steigen die Löhne, so steigen die Renten gleichermaßen. Dies erzeugt zusätzliche Nachfrage und birgt die Gefahr, dass die Konjunktur überhitzt und die Inflation steigt.

Umgekehrt würde auch eine wirtschaftliche Flaute mit niedrigen Lohnabschlüssen entsprechend verstärkt. Mit dem Time-Lag, der zeitlich verzögerten Renten Anpassung, kann die Dynamisierung stattdessen eine antizyklische, die Konjunkturausschläge dämpfende Wirkung entfalten. Solche Flexibilität im Ausharieren von Interessen ist ein Wesenszug der Sozialen Marktwirtschaft. In dem Maße, in dem die Wirtschaft wuchs, stiegen auch die Sozialleistungen oder wurden neue eingeführt, wie das Erziehungsgeld und die Pflegeversicherung. In wirtschaftlich schwierigen Zeiten hatten die Sozialpolitiker aber auch mal das Nachsehen.

Von Labour in London abgeschaut Später gab es auch unter sozialdemokratisch geführten Regierungen keinen Systembruch. Denn mit dem Godesberger Programm von 1959 hatte sich die SPD von der Arbeiterpartei zur Volkspartei gewandelt und mit dessen Leitsatz „Wettbewerb soweit wie möglich – Planung soweit wie nötig“ dem Konzept der Sozialen Marktwirtschaft angenähert. Die rot-grüne Regierung von Gerhard Schröder beschloss dann

SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

In der Sozialen Marktwirtschaft werden die Kräfte des Gewinnstrebens mobilisiert und für das Gemeinwohl nutzbar gemacht. Dazu korrigiert der Staat gesellschaftlich unerwünschte Auswirkungen eines freien Marktes, etwa durch Wettbewerbsregeln und Sozialgesetze. Das Grundgesetz macht kaum Vorgaben für das Wirtschaftssystem. Es gewährleistet grundsätzlich Eigentum und Erbrecht, lässt aber die Vergesellschaftung von Grund und Boden, Naturschätzen und Produktionsmitteln gegen Entschädigung zu. Die Soziale Marktwirtschaft entspringt daher nicht in der Verfassung, sondern beruht auf politischen Entscheidungen.

Peter Stützle

Geld für alle

DER STAAT ZAHLT Die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens wird seit Jahrzehnten debattiert. Dabei geht es nicht nur um einer gerechteren Welt, in der sich alle frei von materiellen Sorgen verwirklichen können. Es geht auch darum, den Kapitalismus menschlicher und damit attraktiver zu machen

Kapitalismus und Sozialismus sind Gegensätze. Aber weil beide – der pure marktwirtschaftliche Individualismus und der reine kollektivistische Ansatz – für sich genommen nicht so richtig funktionieren, vermischt man sie gerne. Der Kapitalismus kennt seine Wirtschaftskrisen, die ans Existenziale gehen können, und der Sozialismus ignoriert (vor allem, wenn er als Kommunismus daherkommt), dass die Menschen sich gerne individuell verwirklichen und den Erfolg dabei mit ihrem Einkommen verbinden. In Deutschland hat man sich für eine soziale Marktwirtschaft entschieden, in der die Wirtschaftssubjekte sich ausleben dürfen, in der es aber auch kollektive Vorsorge und Absicherung gibt. Selbst in den USA, wo man dem Kapitalismus am heftigsten huldigt, gibt es Pensionsfonds, Krankenversicherungen und Armenfürsorge. Chinas Kommunisten wiederum haben irgendwann gemerkt, dass mehr Marktwirtschaft ihr Reich in Schwung bringen könnte, erkennen nun allerdings auch, wie krisenbehaftet Kapitalismus selbst dann sein kann, wenn die herrschende Partei ihn veranstaltet.

Auf und Ab Ein seit Jahrzehnten fester Teil der Kapitalismus/Sozialismus-Debatte ist die Idee, die ökonomische Absicherung gegen das Auf und Ab in einer Marktwirtschaft mittels eines bedingungslosen Grundeinkommens für alle zu gestalten. Es gilt manchen als ausgesprochen sozialistisch, aber es gibt in der Debatte auch Vorschläge von Er-

kapitalisten wie dem Ökonomen Milton Friedman. So verteilen sich die Anhänger quer durch die politischen Lager. Das bedingungslose Grundeinkommen ist eine Geldleistung, die vom Staat an alle ausgezahlt wird, ohne dass es dafür irgendwelche Bedürftigkeitsprüfungen oder Gegenleistungen gibt. Es soll das Existenzminimum sichern, oder auch etwas mehr, und bisher übliche Sozialleistungen zur Vermeidung von Armut ersetzen. Renten- und Arbeitslosenversicherungen wären obsolet, Sozialhilfe oder Grundsicherung gäbe es nicht mehr. Die meisten Modelle gehen von einer Steuerfinanzierung aus. Der Kampf für das Modell ist allerdings mit harten Erkenntnissen verbunden. Der Verein „Mein Grundeinkommen“ zum Beispiel hat gerade erst eine Studie beim Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) er-



Milton Friedman plädierte 1962 für eine negative Einkommensteuer.

stellen lassen. Der Verein hatte sich ausgedacht, dass Erwachsene 1.200 und Kinder 600 Euro im Monat bekämen – eine vierköpfige Familie hätte also 3.600 Euro, anstelle eines eigenen Einkommens oder zusätzlich dazu.

Verkürzt gesagt ergab die DIW-Studie, dass das Modell im Jahr 1,1 Billionen Euro kosten würde – mit der Folge, dass das Steueraufkommen verdoppelt werden müsste. Geringverdienende hätten zwar etwas davon, Besserverdienende würden deutlich stärker herangezogen, wie sich die Sache in der breiten Mitte darstellt, hängt vom tatsächlichen Steuersystem ab. In jedem Fall wäre die Umverteilungswirkung erheblich. Angesichts der deutlichen Finanzierungsprobleme, die das aufwirft, spricht man bei dem Verein nun vom „utopischen Grundeinkommen“. Dabei ist es nicht allein die Sehnsucht nach Utopie, die Vorstellung von einer supergerechten Welt, in der sich alle frei von materiellen Sorgen individuell verwirklichen können, welche die Debatte am Leben erhält. Verfechtern der Idee geht es zum Beispiel auch darum, die Zwänge und Zumutungen einer kapitalistischen Arbeitswelt zu lockern und die damit verbundenen wirtschaftlichen Defizite zu verringern, letztlich also den Kapitalismus menschlicher und damit auch attraktiver zu gestalten. Einen solchen humanistischen Ansatz vertritt etwa der Unternehmer Götz Werner, Gründer der Drogeriekette „dm“, ein Anthroposoph: „Erst wenn ich leben kann, kann ich auch arbeiten.“ Unter wirtschaftsliberalen Ökonomen gibt es Sympathien für die Idee des Grundeinkommens, weil sie die gewachsene Verbin-

dung von Kapitalismus und Sozialismus, den modernen Sozialstaat mit seiner üppigen Bürokratie, für ineffizient halten. Hier kommt nun Milton Friedman ins Spiel, der 1962 eine negative Einkommensteuer vorschlug, eine Variante des bedingungslosen Grundeinkommens. Als Erfinderin gilt die britische Liberale Juliet Rhys-Williams, die in dem Modell die bessere Lösung der Armutvermeidung im Vergleich zu einem staatlich-bürokratischen Sozialversicherungssystem sah.

Arbeitsanreiz Vereinfacht gesagt schlug Friedman vor, dass oberhalb eines bestimmten Einkommens Steuern fällig werden, unterhalb der Schwelle das Finanzamt dagegen einen Zuschuss auszahlt, dessen Höhe ein Existenzminimum sichert. Es gäbe damit weder einen Versicherungszwang noch Bedürftigkeitsprüfungen. Der spätere Wirtschafts-Nobelpreisträger sah darin auch einen besseren Anreiz, Arbeit aufzunehmen. In Deutschland geht das „liberale Bürgergeld“, das die FDP im Programm hat, auf das Konzept der negativen Einkommensteuer zurück. In der CDU wurde eine Weile das „Solidarische Grundeinkommen“ diskutiert, das der frühere thüringische Ministerpräsident Dieter Althaus vorgelegt hatte – ohne weitere Folgen. Die Grünen sind gespalten, im Grundsatzprogramm findet sich das bedingungslose Grundeinkommen nur als allgemeine Zielvorstellung. Immerhin: Ihr Modell der Kindergrundsicherung geht in diese Richtung. Die Sozialdemokraten halten das bedingungslose Grundeinkommen für einen falschen Ansatz. Auch die AfD ist

dagegen. Allein die Linke hat die Forderung in ihr Parteiprogramm aufgenommen. In Berlin ist 2022 ein Volksbegehren für ein Grundeinkommen gescheitert, weil sich nicht genügend Unterstützer fanden. Interessant ist, dass das bedingungslose Grundeinkommen neuerdings in einer ganz besonderen Gruppe von Kapitalisten Gefallen findet – den Oligarchen der Digital- und Transformationswirtschaft nämlich, die sich gern fortschrittlich und/oder sozial verantwortlich geben. Als Anhänger in den USA gelten der quacksilbrige Elon Musk, Mark Zuckerberg, der die Welt mit Facebook beglückte, Google-Gründer Larry Page, der neue Apple-Guru Tim Cook, Bill Gates von Microsoft, Amazon-Chef Jeff Bezos und auch Sam Altman, die Leitfigur hinter OpenAI. Verwunderlich ist das nicht: Die Auswirkungen der weiteren Fortschritte in der Digitalisierung, insbesondere durch Künstliche Intelligenz, auf die Arbeitswelt sind nicht wirklich absehbar. Da mag es gut und günstig sein, mit dem progressiven Versprechen eines von einer bezahlten Arbeit entkoppelten Einkommens für alle mögliche negative Folgen schon vorab zu adressieren.

Der Faktor Arbeit Der Faktor Arbeit ist es auch, der bei Kritikern des bedingungslosen Grundeinkommens im Mittelpunkt steht. Je nach Höhe, so wird argumentiert, senke es

die Bereitschaft, überhaupt einer bezahlten Tätigkeit nachzugehen. Andererseits kann ein Grundeinkommen auch dazu beitragen, Niedriglohnjobs attraktiver zu machen – es würde dann wie eine Aufstockung wirken. Das Argument lässt sich aber auch umdrehen: Anbieter von schlecht bezahlten Tätigkeiten wären nicht gezwungen, höhere Löhne zu zahlen, um Arbeitskräfte zu bekommen. Wie auch bei bestehenden Sozialtransfers stellt sich die Frage, ob und wie weit ein Grundeinkommen Schwarzarbeit fördern könnte.

»Erst wenn ich leben kann, kann ich auch arbeiten.«

dm-Gründer Götz Werner

Experimente Durchgesetzt hat sich international bisher keine Variante des Grundeinkommens. Brasilien hat zwar 2004 das Recht auf ein Grundeinkommen in die Verfassung aufgenommen, tatsächlich aber gibt es nur staatliche Zuschüsse wie anderswo auch. Das von der Fünf-Sterne-Bewegung 2019 in Italien eingeführte Bürgergeld als Einstieg in ein

Grundeinkommen wird gerade wieder abgeschafft. In Finnland wurde ein Pilotprojekt mit einer Gruppe von 2.000 Arbeitslosen am Ende nicht ausgeweitet: Es ließ sich nicht nachweisen, dass das bedingungslose Grundeinkommen den Arbeitslosen mehr geholfen hatte als ein traditionelles „Aktivierungsmodell“

Albert Funk

Der Autor ist Korrespondent im Hauptstadtbüro des „Tagesspiegels“



Über Generationen hinweg findet die Idee eines Grundeinkommens Anhänger. 2020 demonstrierten in Berlin Befürworter des Projekts am Alexanderplatz.

© picture-alliance/dpa/Christoph Soeder

Megavermögen – Fluch oder Segen?

GESELLSCHAFT Experten fordern korrekte Besteuerung von Milliardären

Elon Musk ist der reichste Mensch der Welt. Nach einer Forbes-Erhebung betrug das Vermögen des Tesla-Chefs und Eigentümers der Plattform X (ehemals Twitter) Anfang Dezember 2023 rund 242,1 Milliarden US-Dollar. Bei den Frauen führte die Industriellen-Erbin und Autorin Françoise Bettencourt-Meyers mit einem Vermögen von rund 94,7 Milliarden US-Dollar. Die Familie verdiente ihr Geld in erster Linie mit der Kosmetikmarke L'Oréal. Grundsätzlich wird die Liste der reichsten Menschen der Welt geprägt vom Aufstieg der fünf größten Tech-Giganten: Amazon machte Jeff Bezos zeitweise zur reichsten Privatperson, lange Zeit führte auch der Gründer von Microsoft, Bill Gates, die Liste an. Auch Steve Ballmer, ebenfalls durch Microsoft zum Milliardär geworden, ist auf der Liste vertreten. Mit Larry Page und Sergey Brin gehören die Gründer von Google ebenso zu den reichsten Menschen der Welt wie Mark Zuckerberg als Gründer von Facebook. In aller Regel werden diese Reichen immer reicher. Auf der anderen Seite steigt die Zahl der von extremer Armut betroffenen Menschen weltweit wieder an. Vor diesem Hintergrund sagt Manuel Schmitt, Referent für soziale Ungleichheit bei Oxfam Deutschland: „Mega-, allen voran Milliardenvermögen, sind durch nichts zu rechtfertigen. Sie sind Symptom

eines Wirtschaftssystems, das maßlose Profite von Konzernen und ihren Eigentümern und Eigentümerinnen zumeist über den Schutz der Menschenrechte und des Planeten stellt.“ Die mit den Megavermögen einhergehende wirtschaftliche und politische Macht höhle zudem demokratische Prinzipien aus, sagt Schmitt.

»Verteilungsschieflage«

Wachsende soziale Ungleichheit tue einer Gesellschaft nicht gut, warnt auch Armutsforscher Christoph Butterwegge. Megavermögen auf der einen sowie Niedriglöhne, Mini-Renten und geringe Transferleistungen auf der anderen Seite seien für die jeweiligen Individuen wie für die Gesellschaft im höchsten Maß problematisch, so Butterwegge. Der Gesellschaft schade es in jedem Fall, wenn dem Sozialstaat die Mittel fehlten, um eine wachsende Zahl an Bedürftigen finanziell zu unterstützen. Der Wissenschaftler fordert die Beseitigung der „bestehenden Verteilungsschieflage“. Einen etwas anderen Blick wirft Thomas Druyen auf das Phänomen der Megavermö-

»Korrekt versteuert, können solche Vermögen zur sozialen Stabilität beitragen.«

Thomas Druyen, Soziologe

gen: „Wenn sie korrekt versteuert werden, sind sie ein großer Beitrag zur gesellschaftlichen Stabilität“, sagt der Direktor der Sigmund Freud Privatuniversität Wien. Die korrekte Besteuerung müsse allerdings für Superreiche und Großkonzerne auch sichergestellt werden. „Aus unserer Forschung wissen wir, dass in sehr vielen Fällen diese Megavermögen enorm zur wissenschaftlichen und transformativen Veränderung und Beschleunigung beitragen.“ Die unternehmerischen, oft gigantischen Aktivitäten sorgten für Millionen Arbeitsplätze.

Gestaltungswillen Auf der anderen Seite, so Druyen, impliziere eine solche Macht natürlich Einfluss und Gestaltungsoptionen. Insofern genossen einige wenige eine enorme und mit dem Rest der Menschheit nicht zu vergleichende Bewegungsfreiheit. „Wie sie damit umgehen, liegt am Charakter, an der Erziehung, an ihrer Kultur, an ihrer Sozialisation und an ihren psychischen Besonderheiten“, sagt Druyen: „Denn niemand kann bei diesem Spielraum normal bleiben.“

mis

Die Angst der Deutschen vor der Aktie

SICHERHEIT GEHT VOR Warum die Anlagepolitik hierzulande so konservativ ist

Die Deutschen und Aktien – das ist eine schwierige, von falschen Erwartungen, enttäuschter Liebe, Misstrauen und Sorge geprägte Beziehungskiste. Wenn also, wie zu Beginn des Jahres 2023, der Bundeswirtschaftsminister als Lösung für das Finanzierungsproblem des deutschen Rentensystems ankündigt, auf den Kapitalmarkt zu setzen und mit Aktien dafür sorgen zu wollen, dass die Beiträge nicht steigen oder Renten gekürzt werden müssen, dann löst das bei vielen Bürgern in Deutschland eher Besorgnis aus. Sie sehen darin nicht die Chance, etwas besser zu machen, sondern vor allem das Risiko, das mit Aktien und Renditeerwartungen verbunden ist: nämlich ein – im schlimmsten Fall totaler – Wertverlust

Risikoscheu Woher aber rührt diese im internationalen Vergleich auffällig hohe Aversion der Aktie gegenüber? Mancher erinnert in diesem Zusammenhang an die 1920er Jahre, an die Hyperinflation, als viele ihr Vermögen verloren. Das mag 100 Jahre später weit hergeholt sein. Richtig ist aber, das bestätigt sich zuverlässig in Umfragen, dass vielen die Anlage in Aktien zu riskant oder auch zu kompliziert ist. Wer nicht wagt, der nicht gewinnt – so lautet die bekannte Redensart. Der durchschnitt-

liche Deutsche wagt aber nicht so gerne, zumal in wirtschaftlich unsicheren Zeiten. Bei rund der Hälfte der Anlegerinnen und Anleger steht vielmehr das Thema Sicherheit bei der Geldanlage an erster Stelle. So setzt knapp jeder Zweite mit dem Sparbuch oder Sparkonto auf den vermeintlich

sicheren Weg, wie eine Forsa-Umfrage im Auftrag der Gothaer Versicherung Anfang des Jahres 2023 zeigte. Während in Amerika die Menschen über Aktien und Altersvorsorge auch in den Familien reden, schalten hierzulande viele ab, wenn es um Kurs-Gewinn-Verhältnis, Dividendenrendite und Thesaurierung geht. Das Platzen der New-Economy-Blase am Neuen Markt um die Jahrtausendwende, und mehr noch der Absturz der „Volksaktie“ Telekom, haben viele Kleinanleger in Deutschland verschreckt. Die Werbung des beliebten Schauspielers Manfred Krug für die T-Aktie lockte viele Deutsche an die Börse, ließ sie einmal ihre Skepsis vergessen – mit dem Ergebnis, dass sie Geld verloren. Krug hat sich später „aus tiefstem Herzen“ dafür entschuldigt. Damit war der Flirt der Deutschen mit dem Börsengeschehen beendet. Die Experten werden dennoch nicht müde, darauf hinzuweisen, dass Aktien zur Vermögensbildung beitragen und über einen langen Zeitraum kaum Verlustrisiken bergen. Das setzt aber voraus, dass man Geduld hat – und vor allem, dass man angelegtes Geld mindestens über Jahre hinweg nicht für andere Zwecke benötigt und wie zum Beispiel in der Energiekrise für Strom und Gas oder in Zeiten der Inflation für teurer werdende Lebensmittel braucht.

mis

BÖRSE

Der meist gesagte Satz an der Börse soll ja lauten: „Ach, hätt' ich doch“. Denn im Nachhinein weiß man stets besser, ob man eine Aktie oder ein anderes Wertpapier hätte verkaufen oder kaufen sollen. Das Scheitern liegt in falschen Erwartungen, der Erfolg in zutreffenden. Letztlich werden sie an der Börse gehandelt, die Erwartungen. Für die Volkswirtschaft sind Börsen so wichtig, weil sich Unternehmen hier mit Kapital versorgen können. Dort können sie Investoren finden und über Aktien oder Schuldverschreibungen (Anleihen) an Kapital kommen. Hier können beispielsweise Landwirte die Preise für Agrarprodukte absichern. Spekulanten sorgen für die nötige Liquidität. Die Börse als Ort des Risikos, für manchen schafft sie Sicherheit. bal

Wenn Armand Zorn durch seinen Wahlkreis Frankfurt I läuft, dann beschleichen ihn durchaus gemischte Gefühle. Einerseits, so sagt er, sei er „stolz, dass Frankfurt ein Zentrum der Finanzwirtschaft“ sei. In der Mainmetropole ragen nicht nur die Türme der großen deutschen Banken in den Himmel, sondern auch jene der Europäischen Zentralbank (EZB), der Hüterin über die Stabilität des Euro und der obersten Bankenaufsicht im Euroraum. Auch die EU-Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen EIOPA hat ihren Sitz in Frankfurt.

Andererseits, gibt Zorn zu, sei es wichtig, die Finanzwirtschaft im Blick zu behalten. Vorstöße wie die De-Regulierung des Verbriefungsmarktes zum Beispiel müssten intensiv geprüft werden. Zorn hat bei der Bundestagswahl 2021 für die SPD in Frankfurt das Direktmandat gewonnen. Im Bundestag ist er als Mitglied im Finanzausschuss auch dafür zuständig, das Finanzwesen zu kontrollieren.

Im anstehenden Europawahlkampf dürfte das Thema Banken eine Rolle spielen. Die EU-Kommission hat Regeln für ein gemeinsames europäisches Sicherungssystem für die Einlagen – wie Sparguthaben – der Europäer vorgeschlagen. Es soll als dritte Säule die Europäische Bankenunion vollenden. Doch schon an den ersten beiden Säulen, die aus Sicht des Europäischen Rates „voll funktionsfähig“ sind, gibt es Kritik, was die einheitliche Aufsicht und Abwicklung von Banken in der EU betrifft. Skepsis herrscht, ob die bestehende Regulierung ausreicht, die Banken sicher zu machen.

Herzkammer des Kapitalismus Das Bankensystem gilt als Herzkammer des kapitalistischen Systems. Dort entsteht das Geld, mit dem Unternehmen Innovationen vorantreiben. Banken sorgen für den reibungslosen Zahlungsverkehr. Für die exportstarke deutsche Industrie bilden die vom Finanzplatz Frankfurt aus agierenden internationalen Banken eine zentrale Säule bei der Finanzierung und Abwicklung des Auslandsgeschäfts. Umso wichtiger erscheint es, dass Deutschland ein stabiles Finanzsystem hat. Denn es gilt auch: Die Banken neigen dazu, hohe Risiken einzugehen, um hohe Gewinne einzufahren. Banker hoffen auf hohe Boni, Aktionäre auf Kursgewinne und Dividenden. Die Dynamik des Kapitalismus kann in Hyperaktivität umschlagen, die das Herz überfordert. Dann droht ein Infarkt wie in der Finanz- und Bankenkrise ab dem Jahr 2008. Damals haben Zentralbanken wie Steuerzahler Hunderte Milliarden Euro und Dollar als Nothilfen bereitgestellt. Dieses Thema treibt den Verein Bürgerbewegung Finanzwende um, den der ehemalige Grünen-Bundestagsabgeordnete Gerhard Schick gegründet hat. Insbesondere kritisiert der Verein, dass die Banken nach wie vor viel zu wenig Eigenkapital vorhalten müssen. „Eigenkapital ist der Risikopuffer von Unternehmen, je mehr davon vorhanden ist, desto sicherer kommen sie durch schwierige Zeiten“, erklärt Michael Peters vom Verein Bürgerbewegung Finanzwende und kritisiert: „Mit 4,5 bis fünf Prozent ist das Eigenkapital der Banken nach wie vor viel zu niedrig.“

Klar ist, dass ein normales Unternehmen, ein Maschinenbauer etwa, mit einer so geringen Eigenkapitalquote von kaum einer Bank einen Kredit bekommen würde. Die Banken stellen also deutlich höhere Anforderungen an ihre Kunden, als sie selbst erfüllen. Auch Normalbürger, die ein Häuschen oder eine Eigentumswohnung erwerben wollen, müssen deutlich mehr Eigenkapital mitbringen als eine durchschnittliche Großbank an Eigenkapital hält. Mit seiner

Wacht am Main

BANKENREGULIERUNG Ökonomen und Politik beurteilen die Risiken im Finanzsektor und die Notwendigkeit von mehr Eigenkapital unterschiedlich



Im Europawahlkampf könnte das Thema Banken eine Rolle spielen: Die EU-Kommission hat Regeln für die Sicherung von Einlagen vorgeschlagen.

© picture-alliance/greatif/Florian Gaul

Forderung steht Peters nicht alleine. Im 42. Ökonomenpanel des Ifo-Instituts und der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (FAZ), an dem 132 Professorinnen und Professoren teilnahmen, sprachen sich 72 Prozent für höhere Eigenkapitalquoten aus. Gleichwohl geben die Volkswirte teilweise Entwarnung, die Gefahr einer tiefen systemischen Krise, wie sie vor 15 Jahren ihren Anfang nahm, sehen sie derzeit nicht. Später müssen sich also keine Sorgen machen. Das sieht auch Michael Peters so: „Die Einlagen der Kunden bei den Banken sind sicher.“ Aber wie groß ist die Gefahr, dass der Steuerzahler auch künftig Banken retten muss, wie zuletzt in der Schweiz, wo der Staat Bürgschaften in Höhe von

100 Milliarden Euro bereitstellte, damit Credit Suisse nicht pleiteging, aus Sorge vor unabhärbaren Folgen für das Finanzsystem? „Wir haben gehandelt“, sagt SPD-Politiker Zorn. Der Parlamentarier verweist darauf, dass der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Europäische Zentralbank (EZB) die Banken des Euroraums regelmäßig intensiv in sogenannten Stressstests prüfen. „Die Stressstests zeigen, dass die Banken in Deutschland und im Euroraum stabil sind“, sagt Zorn. Genauso sieht das Markus Ferber. Seit 1994 hat der Finanzexperte der CSU einen Sitz im Europäischen Parlament, seit 2009 arbeitet er dort im Ausschuss für Wirtschaft und Währung, ist dort Sprecher der Euro-

päischen Volkspartei (EVP). Er kritisiert die Rechnung, die der Bürgerverein Finanzwende aufmacht. „Ich teile die Ansicht nicht, dass unsere Banken unterkapitalisiert sind“, sagt Ferber und erklärt: „Wir haben die Eigenkapitalausstattung der Banken in den zurückliegenden Jahren massiv erhöht.“ Ferber verweist darauf, dass das minimale Eigenkapital bei acht Prozent liege. „Wir dürfen uns für das richtige Maß nicht an der Bilanzsumme einer Bank orientieren, sondern an den internationalen Standards“, argumentiert er. Diese bemessen das Eigenkapital, das Banken vorhalten müssen, an den sogenannten risikogewichteten Vermögenswerten. Die Logik dahin-

ter: Wenn ein Posten in der Bilanz risikofrei ist, dann muss dafür auch kein Eigenkapital hinterlegt werden.

Was ist mit Staatsanleihen? Gibt es überhaupt risikofreie Posten? In der Logik der Regulierung gelten beispielsweise Staatsanleihen aus dem Euroraum als solche. Staaten können in der Welt der Bankenregulierung nicht pleitegehen. Deshalb müssen auch Banken kein Eigenkapital als Risikopuffer vorhalten, wenn sie Staatsanleihen besitzen. Wirtschaftswissenschaftler kritisieren das. In der Ifo-FAZ-Umfrage unterstützen 76 Prozent der teilnehmenden Ökonomen die Forderung, dass Banken künftig auch

verpflichtend Staatsanleihen mit Eigenkapital unterlegen müssen.

Ist das sinnvoll? CSU-Politiker Ferber verweist auf das Regelungsabkommen Basel III von 2010. „Die internationalen Standards sehen keine Unterlegung von Staatsanleihen mit Eigenkapital vor. Wir müssen aufpassen, dass wir uns als Europäer kein Eigentor bei der Regulierung schießen.“ Das Problem: Höhere Eigenkapitalquoten schränken den Spielraum der Banken ein, Kredite für eine wachsende Wirtschaft zu vergeben. Wenn andere Wirtschaftsräume nicht dieselben Anforderungen an ihre Banken stellen, könnte Europa in einen Wettbewerbsnachteil geraten. „Es gibt ein Spannungsverhältnis zwischen Sicherheit und der Notwendigkeit, sinnvolle gesellschaftliche Projekte zu finanzieren, die zum Beispiel wichtig sind für die Transformation unserer Wirtschaft hin zu Klimaneutralität und Digitalisierung“, erklärt der SPD-Finanzpolitiker Zorn und ergänzt: „Absolute Sicherheit gibt es nicht, aber ich halte auch nichts davon, ständig in Ender-Welt-Szenarien zu denken.“

Ein Ausweg aus dem Zwiespalt ist aus Sicht der Politik eine bessere Überwachung der Banken, damit diese keine zu riskanten Geschäfte eingehen. In dieser Frage hat sich in Europa seit der Finanzkrise viel verändert. Der einheitliche Aufsichtsmechanismus ist die erste von drei Säulen der Europäischen Bankenunion, die verhindern soll, dass eine Bankenkrise in einem Mitgliedsstaat auf die anderen ausstrahlt. Federführend ist die Europäische Zentralbank (EZB). Sie wacht über die großen, systemrelevanten Banken im Euroraum, 110 an der Zahl. Die nationalen Aufseher kümmern sich vor allem um die kleineren Banken.

Kritik vom Rechnungshof Funktioniert das System? Im Frühjahr 2023 kam Kritik von Europas Rechnungshof. „Die EZB muss mehr unternehmen, um eine höhere Sicherheit zu gewinnen, dass Kreditrisiken angemessen gesteuert und abgedeckt werden“, verlangten die Prüfer. Wie es um Säule II der Bankenunion steht, wird sich erst in einer Krise zeigen. Sie besteht aus dem einheitlichen Abwicklungsmechanismus. Europas Banken haben in den vergangenen acht Jahren mehr als 70 Milliarden Euro in einen Notfallfonds gezahlt, der in Krisenzeiten dazu dienen soll, Banken abzuwickeln, ohne dass Steuergeld benötigt wird, und ohne dass es zu einem Flächenbrand im Finanzsystem kommt.

„Mit den voll funktionsfähigen ersten beiden Säulen der Bankenunion lässt sich eine Situation wie in der Schweiz mit der Credit Suisse für die EU ausschließen“, sagt der EU-Parlamentarier Markus Ferber und ergänzt: „Bei uns in Europa müssen zuerst die Eigentümer haften. Die Credit Suisse hätten wir anders abgewickelt.“

Ist das Bankensystem in der Europäischen Union damit sicher? Zumindest einen bevorstehenden Kollaps des Finanzsystems fürchtet SPD-Politiker Armand Zorn nicht, wenn er an die Bankentürme seines Wahlkreises denkt.

Stephan Balling

Geld

Recheninheit, Tauschmittel und Wertaufbewahrung: die drei Funktionen des Geldes lernen schon Schüler. Doch woher kommt das Geld, an dem doch alles hängt, zu dem doch vermeintlich alles drängt? In den modernen Geldwirtschaften schöpfen zunächst Zentralbanken Geld als Zentralbankgeld. Der weitaus größere Teil wird aber als Giralgeld von den privaten Banken geschöpft. **bal**

Der Euro kommt als Zahlungsmittel auf das Smartphone

WÄHRUNG Geldscheine und Münzen werden digital. Bargeldzahlungen bleiben weiterhin möglich. Bedenken von Datenschützern

Der Euro bekommt ein digitales Geschwisterchen. Doch überall beliebt ist das Kind nicht. Während Evelien Witlox von der für die Schaffung des neuen Geldes verantwortlichen Europäischen Zentralbank (EZB) von einer „natürlichen Evolution des Geldes“ spricht, besteht für die europäische Datenschutzbehörde „das Risiko der Massenüberwachung“. Und Dieter Sauter von der Bundesdruckerei, die unter anderem Geldscheine herstellt, warnt: „In keinem Fall dürfen digitale Identitäten dazu dienen, Transaktionen zu kontrollieren und sie mit konkreten Personen zu verknüpfen.“

Bargeld seltener Unabhängig von diesen Warnungen läuft die Reise in die digitale Zahlungswelt – auch in Deutschland, das früher den Ruf hatte, eine Art Bargeld-Paradies zu sein. Beim Einkaufen, Tanken, in Restaurants und Hotels wurde und wird gern noch bar bezahlt, auch wenn die meisten Bürger Plastikkärtchen in der Tasche haben, mit denen sich die Rechnungen heute schon digital begleichen lassen. Seit einigen Jahren wächst jedoch der Anteil bargeldloser Zahlungen, und im Zuge der Corona-Pandemie begann der Siegeszug kontaktloser Zahlungen wie der NFC-Technik (Near Field Communication): Die

Karte wird an ein Lesegerät gehalten, und die Abbuchung vom Konto oder die Belastung der Kreditkarte wird veranlasst. Wurden 2017 noch 74,3 Prozent aller Zahlungsvorgänge in bar abgewickelt, so sank die Zahl bis 2021 nach Angaben der Bundesbank auf 57,8 Prozent. Dadurch wächst der Marktanteil von Kreditkartenanbietern wie Visa und Master sowie von Zahlungsdiensteanbietern wie Paypal und Applepay. Den größten Anteil haben Debitkarten von Banken wie die Girocard.

Die Zentralbanken spielten in der Vergangenheit bei der Digitalisierung des Zahlungsverkehrs keine Rolle, auch wenn die Diskussion um die Einführung von digitalen Zentralbankwährungen schon lange vor Corona begann. Bei den Vereinten Nationen existiert seit über zehn Jahren die „Better-than-Cash“-Allianz. Ihr gehören internationale Organisationen, Stiftungen und Regierungen an. Auch Deutschland ist mit von der Partie. Digitale Währungen können nach Ansicht dieser Allianz dafür sorgen, dass finanziell Ausgegrenzte am Zahlungsverkehr teilnehmen können. Immerhin sollen fünf Prozent der in der EU lebenden Menschen keinen Zugang zu Bankkonten haben. Digitales Geld wäre damit ein wichtiger Beitrag zur finanziellen Inklusion. Sicher ist es außerdem in

zweifacher Hinsicht: Diebstahl wie von Münzen und Scheinen ist nicht möglich, und die Zentralbank garantiert Ausfallsicherheit, da sie im Unterschied zu privaten Zahlungsdiensteanbietern wie seinerzeit Wirecard nicht pleite gehen kann. Fast alle Zentralbanken weltweit prüfen, ob sie eine digitale Zentralbankwährung (Central Bank Digital Currency, CBDC) einführen können. Einige Länder sind sogar schon so weit, darunter China, Nigeria und Jamaika. „Wir müssen unsere Währung auf die Zukunft vorbereiten“, sagt etwa Christine Lagarde, die Präsidentin der Europäischen Zentralbank.

Digitales Portemonnaie Diese Zukunft kennt bereits Burkhard Balz, Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbank: „So wie es im Moment aussieht, wird es eine Wallet geben, also ein digitales Portemonnaie. Das ist eine App auf dem Smartphone, in der die Bürgerinnen und Bürger ihre digitalen Euro aufbewahren können.“ Mit der Wallet könne etwa wie mit heutigen Karten über die NFC-Technik bezahlt werden. Mit Bitcoin und anderen Kryptowährungen aus der Blockchain hat der digitale Euro übrigens nichts zu tun. Er wird allein von der EZB herausgegeben und entspricht im Wert genau dem Bargeld-Euro. „Zentralbankgeld

bietet die höchste Form von Sicherheit“, wirbt Balz für das Projekt. Selbst ohne Internetverbindung und ohne Smartphone könnten die Menschen mit einer in Vorbereitung befindlichen Offline-Lösung des digitalen Euro bezahlen. Allerdings sollen Zahlungen mit Bargeld möglich bleiben. Bundesbank-Präsident Joachim Nagel versichert, von einer „cashless Society“, einer bargeldlosen Gesellschaft, sei man weit entfernt. Auch die Bundesregierung sieht

Bargeld als „zentrale Geldform unserer freiheitlichen Gesellschaft“ an. Daran bestand auch bei einer Debatte im Bundestag bei allen Fraktionen außer der AfD kein Zweifel. Die Unionsfraktion hatte in einem Antrag (20/9133) eine Beteiligung des Bundestages an der Euro-Digitalisierung gefordert. Die AfD hatte dagegen die Einführung in einem Antrag (20/9144) ganz abgelehnt und im Grundgesetz die Verankerung eines Rechts „zur uneingeschränkten Nutzung von Bargeld“ verlangt. Über die Anträge wird in den Ausschüssen weiter beraten.

In der EU laufen die Vorbereitungen derweil weiter. „Banknoten allein können Europas Wirtschaft nicht mehr unterstützen“, heißt es im EU-Plan zur Einführung des digitalen Euro, den die Kommission am 28. Juni 2023 vorgelegt hatte. War zunächst die Einführung für alle Zahlungen von Ladenkasse bis Internet mit einem allgemeinen Annahmewang geplant, so zeichnet sich jetzt ein stufenweises Vorgehen ab. Eine Einführung zunächst ohne Bezahlmöglichkeit im Einzelhandel sei technisch weniger komplex. In etwa vier bis fünf Jahren sollen Zahlungen im Internet ebenso möglich werden wie Zahlungen von Wallet zu Wallet („Person-to-Person“). Allerdings soll die Digitalwäh-

rung nicht in unbegrenzter Menge erhältlich sein. Wer digitale Euro in seine Wallet packen will, soll dies nur bis zu einer Größenordnung von etwa 3.000 Euro tun dürfen. Dies soll dem Schutz vor Geldwäsche dienen und im Falle von finanzieller Instabilität ein Ausbluten privater Banken durch Geldflucht zur EZB verhindern.

Die Kritik am digitalen Euro betrifft vor allem zwei Bereiche. Der eine ist der mangelnde Schutz der Privatsphäre und der andere eine eventuelle Möglichkeit der Programmierung. An einem Legitimationszwang für die Nutzung der Wallet wird kein Weg vorbeiführen – auch aus Gründen der Geldwäscheprävention. Die Zentralbanken jedoch würden die Identität der Nutzer nicht kennen, versichert Balz. Und die EU erklärt, eine Programmierbarkeit sei nicht vorgesehen. Programmierbarkeit würde bedeuten, dass etwa Zahlungen für Alkohol und Tabak oder für ungesunde Lebensmittel eingeschränkt oder ganz unterbunden werden könnten. Die zweite Kritik ist fundamentaler Natur. Danach löse der digitale Euro Probleme, die nicht existieren würden. Oder, um es mit dem Wirtschaftswissenschaftler Peter Bofinger zu sagen: Der digitale Euro ist „unattraktiv wie alkoholfreier Wein“. **Hans-Jürgen Leersch**



Der Euro rückt bald aufs Handy vor.

© picture-alliance/Gesler-Fotopress/Burhard Schübert (edittiert)

Herr Professor Bachmann, warum denken Sie als Ökonom ständig nur an Wachstum in einer endlichen Welt?

Das tue ich doch gar nicht. Kein seriöser Ökonom, keine seriöse Ökonomin denkt immer nur an Wirtschaftswachstum. Aufgabe der wissenschaftlichen Ökonomik ist es zunächst, wirtschaftliche Dinge zu beschreiben, Fakten zu sammeln, um sie dann mit Hilfe von Modellen zu erklären. Ein Faktum ist, dass bestimmte Länder in den vergangenen 200 Jahren massiv an materiellem Wohlstand gewonnen haben. Ökonomen und Ökonominen versuchen, den Grund für dieses menschengeschichtlich doch bemerkenswerte Phänomen zu erklären. Zugleich suchen wir nach den Gründen, warum diese Länder zuvor nicht in dieser Form gewachsen sind und weshalb Länder sehr unterschiedliche Wachstumsdynamiken zeigen.

Inwiefern sehen Sie Probleme im gestiegenen materiellen Wohlstand?

Mit dem Wachstum der Wirtschaft sind die Konsummöglichkeiten für die breite Bevölkerung deutlich gestiegen. Nach allem, was wir wissen, beurteilen die Menschen diesen Zuwachs an materiellem Konsum sehr positiv. Das Wachstum in den westlichen Industrieländern ging aber eben zum Teil auch auf Kosten anderer Länder, auf Kosten der Umwelt und teils auf Kosten von Verteilungsgerechtigkeit.



Rüdiger Bachmann ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der University of Notre Dame im US-Bundesstaat Indiana.

Können wir uns heute Wachstum noch leisten, wenn wir die Erderwärmung auf unter 1,5 Grad im Vergleich zum Beginn der Industrialisierung begrenzen wollen?

Das wissen wir noch nicht, denke ich. Was wir wissen, ist, dass wir den menschengemachten Klimawandel bekämpfen müssen. Wir müssen verhindern, dass Teile der Welt unbewohnbar werden. Die Klimawissenschaft ist da eindeutig. Die Wirtschaftswissenschaft hat Instrumente entwickelt, wie das erreicht werden kann, nämlich primär durch die Bepreisung von CO₂-Emissionen, also dem wichtigsten Klimagas, das durch die Verbrennung fossiler Rohstoffe wie Öl, Kohle und Gas entsteht. Je höher der Preis, desto stärker sinken die Emissionen und desto höhere Anreize gibt es für klimafreundliche Innovationen, bis wir zu einer Situation kommen, in der die Wirtschaft klimaneutral funktioniert. Ob die Wirtschaft unter diesen Bedingungen dann noch wachsen wird, werden wir dann sehen, daran sollte man aber nicht wie an einem Fetisch festhalten, genauso wenig wie an Degrowth als Ziel per se.

Die Publizistin Ulrike Herrmann sagt, dass unter dieser Bedingung die Wirtschaft nicht mehr wachsen kann,

»Ich sorge mich mehr um die Demokratie«

INTERVIEW Der Ökonom Rüdiger Bachmann meint, dem Kapitalismus ist eine schrumpfende Wirtschaft egal



Parlament in Gefahr: 2020 wollten Demonstranten mit Kaiserreich- und Russland-Fahnen das Herz der deutschen Demokratie stürmen.

© picture-alliance/NurPhoto/AchilleAbbood

und dass damit auch der Kapitalismus zu einem Ende käme. Sie plädiert deshalb für eine staatliche gelenkte Wirtschaft und nennt als Vorbild die Kriegswirtschaft Englands im Zweiten Weltkrieg.

Ulrike Herrmann unterliegt einem Irrtum. Ich kenne kein Modell des Kapitalismus, das voraussetzt, dass die Wirtschaft wächst, weder absolut noch pro Kopf. Wir werden übrigens unabhängig von der Frage der Klimaneutralität gegen Ende dieses Jahrhunderts sehr wahrscheinlich schrumpfende Wirtschaften erleben infolge des demografischen Wandels. Die Bevölkerungszahl Chinas wird sich nach Prognosen bis zum Jahr 2100 fast halbieren und dabei stark altern. Ich weiß nicht, ob dies durch ein entsprechend hohes Produktivitätswachstum kompensiert werden kann, so dass das Land absolut weiter wächst. Für Deutsch-

land hängt die Frage des Wachstums auch davon ab, welche Immigrationspolitik es verfolgt. Die Demografie ist mitentscheidend für das Wachstum der Wirtschaft. Für die Fortexistenz des kapitalistischen Wirtschaftssystems ist das aber irrelevant.

Es ist egal, ob die Wirtschaft wächst oder schrumpft?

Natürlich nicht. Aber es ist dem Kapitalismus egal. Der Kapitalismus ermöglicht Wachstum, aber als System benötigt er es nicht. Wachstum ist natürlich schön, weil es der Politik ermöglicht, gesellschaftliche Verteilungskonflikte zu befrieden. Das geht nicht so einfach, wenn eine Volkswirtschaft schrumpft. Die Frage lautet also eher, ob das politische System Nullwachstum durchhält. Ich mache mir mehr Sorgen um die Demokratie als um den Kapitalismus.

Wäre es nicht besser, wenn dann der Staat die Verteilung der Ressourcen übernimmt, wie Herrmann es vorschlägt?

Warum soll Sozialismus diesen Anpassungsprozess besser organisieren können? Was hilft es, wenn wir den Leuten die Freiheit nehmen? Ich sehe nicht, dass die staatlich gelenkten Systeme erfolgreicher darin waren, die nötigen Innovationen zu schaffen für den gesellschaftlichen Fortschritt. Das sehe ich übrigens auch nicht für China, das bisher vor allem dank eines wirtschaftlichen Aufholprozesses gegenüber dem Westen gewachsen ist, was ja auch keine Kleinigkeit ist. Ob es mit einer politisch unregierten Gesellschaft aber auch dauerhaft Innovationsführer sein kann, ist meines Erachtens noch nicht ausgemacht.

Haben Ökonomen nicht zu viel blindes Vertrauen in den Marktmechanismus?

Nein, meine Kollegen aus der Mikroökonomik analysieren sehr genau, wann Märkte nicht gut funktionieren und welche Re-

WACHSTUM

Entfaltung, Entwicklung, Reife(zeit) und Blüte nennt der Duden als Synonyme zum Begriff „Wachstum“. In Gablers Wirtschaftslexikon wird als Beispiel die „zahlenmäßige Zunahme von Populationen von Lebewesen“ genannt, etwa das Bevölkerungswachstum. Wirtschaftliches Wachstum kann demzufolge verstanden werden als die Steigerung der Produktion oder des erzielten Einkommens. Wichtigster Indikator zur Messung des Wirtschaftswachstums ist das Bruttoinlandsprodukt. **bal**

geln sie benötigen. Die Rolle des Staates in wird in diesem Jahrhundert wachsen.

Inwiefern?

Der Staat wird im Kampf gegen den Klimawandel einen Instrumentenmix benötigen aus Ordnungsrecht, also Geboten und Verboten, aus CO₂-Bepreisung und Subventionen. Als Ökonom bin ich der festen Überzeugung, dass es nur mit einem CO₂-Preis geht, der in Verbindung mit einem intelligenten Klimageld soziale Härten vermeidet. Neben dem Klimawandel und übrigens auch dem globalen Artensterben gibt es eine weitere große Bedrohung, nämlich den Anstieg des Autoritarismus weltweit. Dagegen muss sich die westliche Welt wappnen. Auch das bedeutet mehr Staat, zum Beispiel höhere Verteidigungsausgaben und Investitionen in Cybersecurity. Bisher haben das für die Europäer vor allem die Amerikaner übernommen. Aber diese Zeit geht zu Ende. Europa wird mehr in seine Sicherheit investieren müssen. Neben Ökologie und Sicherheit sehe ich einen dritten Bereich, in dem der Staat gefordert ist, und das ist, wie wir erlebt haben, die wachsende Gefahr von Pandemien.

Wo bleibt bei so viel Staat der Markt?

Wir bleiben selbstverständlich ein marktwirtschaftliches System, auch wenn der Staat an Bedeutung gewinnt. Und wir haben gerade in Deutschland noch viele Möglichkeiten, unser Wachstumspotenzial zu steigern. Wenn wir endlich stärker in Bildung investieren, vor allem in frühkindliche Bildung, wird sich das auch wirtschaftlich auszahlen. Bildung ist die Basis für Innovationen und Produktivitätswachstum. Wir benötigen endlich eine effiziente digitale Verwaltung. Das betrifft nicht zuletzt das Justizsystem. Auf europäischer Ebene ist ein vereinheitlichter Kapitalmarkt nötig, damit Unternehmen hier vergleichbar gute Finanzierungsmöglichkeiten haben wie in den USA. Und eine Föderalismusreform, die endlich die organisierte Verantwortungslosigkeit der Länder untereinander und gegenüber dem Bund abschafft, wäre auch nicht schlecht.

Woran erkennt man eigentlich einen guten Wirtschaftswissenschaftler?

Ich beurteile die Qualität von Wissenschaftlern zunächst einmal anhand ihres Forschungsoutputs, anhand ihrer einschlägigen Publikationen. Deswegen habe ich in der Coronakrise Christian Drosten vertraut. Er ist die wissenschaftliche Instanz auf dem Gebiet der Virologie von Coronaviren. Alexander Kekule dagegen hatte aus meiner Sicht als Virologe in Talkshows nichts verloren. Er hat kaum publiziert, verfügt kaum über wissenschaftliche Reputation. Bei der Volkswirtschaftslehre ist es da ganz ähnlich. Dann schaue ich mir an: Wo hat dieser Ökonom, diese Ökonomin studiert und promoviert? An welcher Fakultät forschen und lehren sie? Sind sie immer noch forschungsaktiv, oder liegt die letzte internationale Publikation schon Jahre zurück? Werden die Arbeiten des Kollegen, der Kollegin einschlägig zitiert? Nichts davon ist alleine ausschlaggebend, aber alles gehört zum Gesamtbild. Und zum Schluss natürlich: Was schreibt und sagt der betreffende Ökonom, die betreffende Ökonomin? Sind wirtschaftspolitische Forderungen nahezu deckungsgleich mit Parteiprogrammen oder Lobbygruppen? Dann bin ich sofort skeptisch. Bekommt man auch einmal unerwarteten Rat? Sind verschiedene Aussagen miteinander logisch konsistent und in Übereinstimmung mit den bekanntesten Fakten? Es erfordert etwas Mühe bei denjenigen, die sich Expertenrat von Ökonomen und Ökonominen holen, aber es lohnt sich.

Das Gespräch führte Stephan Balling.

Weniger ist mehr: Ein Streifzug durch die aktuelle Kapitalismuskritik

WACHSTUMSKEPSIS Jason Hickel, Niko Paech, Thomas Princen, Ulrike Herrmann und Kohei Saito sehen in mehr Effizienz nicht die Rettung für das Weltklima

Ist die Sehnsucht nach Veränderung groß, kommt Kritik bisweilen selbst im Kleid eines Refrains daher: „Eines Tages fällt dir auf, dass du 99 Prozent nicht brauchst“, singt Stefanie Kloß; weg mit dem „Kabinett aus Sinnlosigkeiten“, weg mit dem „Ergebnis von Kaufen und Kaufen“, weg mit den Dingen, die in Wahrheit niemand braucht. Mit ihrem Feldzug gegen sinnlosen Konsum stürmte die Band Silbermond vor wenigen Jahren die Charts. Derweil boomen im Fernsehen die Aussteiger-Porträts. Und in Buchläden lassen sich ganze Thematische füllen mit immer neuen Aufforderungen für eine schrumpfende Wirtschaft.

Für weniger Konsum Das jüngste Buch des britischen Anthropologen Jason Hickel mit dem Titel „Weniger ist Mehr“ ist ein Paradebeispiel für diese Disziplin. Wie schon in seinem Vorläuferwerk über die „Tyrannei des Wachstums“ will Hickel belegen, wie unser wachsender Wohlstand globale Ungleichheit gefördert und die Länder des Südens in die Verschuldung gestürzt hat. Der Grund dafür ist für Hickel die kapitalistische Logik des „höher, schneller, weiter“. Damit, so schreibt er, sei eine „nicht aufzuhaltende Maschine, die auf unendliche Expansion programmiert worden ist“, entstanden. Das System müsse bekämpft werden wie ein Virus, weil wir andernfalls unseren Planeten zerstören.

Der wohl bekannteste Vertreter der sogenannten Postwachstumsökonomie in Deutschland, Niko Paech, richtet sich in Büchern wie „Streitfrage Wachstum“ oder „All you need is less“ vor allem an das Individuum. Es ging uns allen besser mit etwas mehr Genügsamkeit, schreibt Paech. Genau wie der Vorreiter dieser Denkweise, der US-Politologe Thomas Princen, stellt auch Paech die Ordnungsprinzipien unseres Wirtschaftslebens infrage. Beide wollen vom „immer mehr“ zum „genug ist genug“. Anders gesagt: Sie wollen das Streben nach ökonomischer Effizienz ablösen durch sogenannte Suffizienz, also durch Zurückhaltung bei Produktion und Konsum.

Auch die taz-Journalistin Ulrike Herrmann ist überzeugt, dass der gegenwärtige Kapitalismus unweigerlich in eine Katastrophe führt und sich somit letztlich selbst zerstört, denn in einer ökologisch zerrüteten Welt fehlten auch die Grundlagen ökonomischen Handelns. In ihrem Bestseller-Buch „Das Ende des Kapitalismus“ fordert Herrmann planwirtschaftliche Vorgaben des Staates darüber, was, wie und vor allem wie viel in Zukunft überhaupt noch zu

produzieren sei. So wie die britische Regierung im Zweiten Weltkrieg gezwungenermaßen auf eine Kriegswirtschaft umstellen musste, sei nun im Klimanotstand ein geordneter wirtschaftlicher Rückzug nötig, um den völligen Zusammenbruch abzuwenden. Wir müssen, schreibt Herrmann, unseren Wohlstand planmäßig auf das Niveau von 1978 geschrumpfen. Die aktuelle Kapitalismuskritik unterscheidet sich stark in ihrer Radikalität des Vortrags. Im zentralen Angriffspunkt auf die ökonomische Gegenwart dagegen finden sie sich vereint: Es herrscht große Skepsis gegenüber der auf Produktivitätssteigerung, Effizienzgewinne und Wachstum ausgerichteten Wirtschaft, denn diese schädige auf Dauer die Natur.

Rebound-Effekt Tatsächlich ist es bisher nicht gelungen, weltweit ein „grünes Wachstum“ zu erzeugen, das sich abkoppelt vom Ressourcenverbrauch. Dazu trägt auch der sogenannte Rebound-Effekt bei: Umweltentlastungen durch höhere Effizienz werden aufgezehrt, wenn die eingesparten Ressourcen in zusätzliche Waren und Dienstleistungen fließen: Effizientere

Heizungen laden dazu ein, mehr zu heizen, sparsame Autos verleiten vielfach zu stärkeren Motoren, bessere Kühlschränke zum größeren Eisfach. Allerdings zahlen oft auch nicht jene für die schädlichen Umweltauswirkungen, die auf der Autobahn fahren oder Eiswürfel lutschen. Die Umweltkosten betreffen vielmehr häufig öffentliche Güter wie saubere Luft oder Trinkwasser – und werden damit von den Umweltverschmutzern sozialisiert. Das allerdings ist sicher kein Naturgesetz des Kapitalismus, sondern Ergebnis einer Ordnungspolitik, die zulässt, dass andere die Zeche zahlen. Auch in einem marktwirtschaftlichen System und ohne zentrale Planung wäre es immerhin denkbar, beispielsweise in einen CO₂-Preis die Folgekosten einzurechnen, so dass das Verursacherprinzip gilt und sich klimaschädliche Produktion auf Dauer nicht mehr rentiert. Kritiker halten diesem Argument oftmals entgegen, dass solche Preismechanismen für die akute Klimakrise zu langsam wirken. Die eine Kapitalismuskritikerin ruft nach dem Staat, andere appellieren an die Vernunft des Einzelnen. Niko Paech meint,

die Menschen tun sich selbst etwas Gutes, weniger zu wollen: „Wer sich elegant eines ausufernden Konsum- und Mobilitätsballastes entledigt, ist davor geschützt, im Hamsterrad der käuflichen Selbstverwirklichung orientierungslos zu werden.“

Erstaunlich pessimistisch sind die Kritiker in Bezug auf die Innovationskraft und Kreativität, die sich im marktwirtschaftlichen Prozess immer wieder entfalten konnte. Ulrike Herrmann etwa kann sich schlicht nicht vorstellen, wie technischer Fortschritt den Klimawandel noch aufhalten kann. Doch es stellt sich eine fundamentale moralische Frage: Wer sagt eigentlich, was genug ist, wie viel Wohlstand nötig, und wo die Verschwendung beginnt, die „dekadente Entgleisung“, wie Niko Paech es nennt?

So zeigt die populäre Kapitalismuskritik mehr Probleme auf, als sie zu lösen vermag – aber das sehen die Autoren vermutlich auch als ihre Hauptaufgabe an. Etwas anders ist es um das Werk des jungen japanischen Philosophen Kohei Saito bestellt, der lange in Berlin gelebt hat. Er hat mit dem Buch „Systemsturz“ ein Mani-

fest für einen globalen „Degrowth-Kommunismus“ verfasst. Sein erstes großes Buch hat ihn während der Pandemie bereits in seiner Heimat zum Star gemacht, nun ist es auf Deutsch erschienen – und auch hier eingeschlagen als ein neuer alternativer Gesellschaftsentwurf.

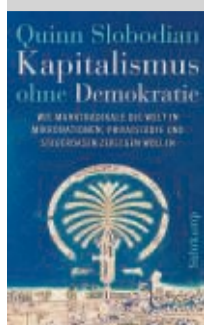
Vergesellschaftung? Saito will die Werke von Karl Marx modern interpretieren, sieht in ihm einen ökologischen Philosophen. Es sei notwendig, sagt Saito, die großen Ölkonzerne, Großbanken sowie die digitale Infrastruktur zu vergesellschaften, den vorherrschenden Egoismus zu überwinden und eine neue weltweite Solidarität zu üben: „Wir brauchen einen revolutionären Kommunismus“, schreibt er. Ganz so umstürzlerisch, wie der deutsche Titel vermuten lässt, ist das Buch aber doch nicht gemeint. Saito will eher die bestehende Ordnung nach und nach transformieren, zunächst durch Schritte wie kostenlose Bildung, kostenloses Internet oder kostenlosen Nahverkehr. Der englische Buchtitel „Slow down“ erscheine passender, sagt Saito kürzlich. Damit passt er auch wieder auf denselben Büchertisch wie Hickel, Paech oder Herrmann. **Olaf Wittrick**

Der Autor ist Gründer und Leiter der Finanz- und Wirtschaftsredaktion „wortwert“

Sie wollen das Streben nach Effizienz ablösen durch Zurückhaltung bei Produktion und Konsum

Die Kritiker haben die Empirie auf ihrer Seite: Grünes Wachstum ist bisher nicht erreicht

KURZ REZENSiert



Quinn Slobodian:
Kapitalismus ohne Demokratie.
 Wie Marktradikale die Welt in Mikronationen, Privatstädte und Steuer-oasen zerlegen wollen.
 Suhrkamp,
 Berlin 2023;
 427 S., 32,00 €

Wird es im Jahr 2150 auf unserem Planeten 1.000 Länder geben oder nur noch 20? Oder werden es nur noch ein oder zwei Staaten sein? Was, wenn das Schicksal der Menschheit von der Antwort auf diese Frage abhinge, fragt der kanadische Historiker und Ökonom Quinn Slobodian in „Kapitalismus ohne Demokratie“. International bekannt wurde Slobodian mit seinem Bestseller „Globalisten“. Darin skizzierte er die politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen der Menschheit nach dem Ende der Imperien und dem Aufkommen des Neoliberalismus. Im Einzelnen analysierte er die Versuche der „Globalisten“, sowohl das Kapital und die ökonomische Entwicklung als auch die demokratischen Willensbildungsprozesse mit Hilfe internationaler Organisationen der staatlichen Kontrolle zu entziehen. In seinem aktuellen, spannenden Buch erläutert Slobodian, welche legitimen Wege geschaffen wurden, um die Reichen noch reicher zu machen. Dazu hätten einige „willfährige Regierungen“ in den letzten 40 Jahren mit der Gründung von weltweit 5.400 Zonen mit „ungewöhnlichen Rechtsräumen“ und „eigentümlichen Zuständigkeitsbereichen“ beigetragen. Es handelt sich um Stadtstaaten, Freihandelszonen, Enklaven, Freihäfen, Technologieparks, Zollfreibezirke oder Innovationszentren. „Die Welt der Nationalstaaten ist übersät mit Zonen – und deren Einfluss auf die Politik der Gegenwart beginnen wir gerade erst zu verstehen“, betont Slobodian.

In solchen Zonen verstecken transnationale Konzerne ihre Einnahmen. Den Verlust an Steuereinnahmen in den USA durch die Flucht von Unternehmensgewinnen in solche Zonen beziffert Slobodian auf 70 Milliarden Dollar jährlich. Allein in Offshore-Steuerparadiesen würden 8,7 Billionen Dollar gehortet. Auf einigen Karibik-Inseln seien mehr Unternehmen als Einwohner registriert. Dort seien diese „Briefkastenfirmen vollkommen legal, ein alltäglicher Bestandteil des globalen Finanzsystems“.

manu |



Nils Goldschmidt, Stefan Kolev:
75 Jahre Soziale Marktwirtschaft in 7,5 Kapiteln.
 Herder,
 Freiburg 2023;
 80 S., 12,00 €

Kapitalismus pfui, Soziale Marktwirtschaft hui. So ließe sich der Blick vieler Deutscher auf ihre Wirtschaftsordnung in den vergangenen Jahrzehnten auf den Punkt bringen. Doch so ungetrüb ist das Verhältnis längst nicht mehr: Aus ihren Erfahrungen mit Studenten wissen die beiden Wirtschaftswissenschaftler Nils Goldschmidt und Stefan Kolev zu berichten, dass die Soziale Marktwirtschaft „bestenfalls noch als Windbeutel wahrgenommen“ werde: „inhaltilch hohl, mit viel Platz für Schaumschlagerei“. Mit ihrem schmalen Band „75 Jahre Soziale Marktwirtschaft in 7,5 Kapiteln“ liefern Goldschmidt und Kolev nicht nur eine gerade für Laien verständlich geschriebene und mitunter vergnüglich zu lesende Darstellung jener wirtschaftlichen und sozialen Ordnung, die eine „Wirtschaft für den Menschen“ zum Leitbild erhoben hat, sondern auch eine dezidierte Lobeshymne auf dieselbige. Dies lässt sich angesichts der Erfolgsgeschichte der Sozialen Marktwirtschaft seit 1948 zweifelsohne rechtfertigen. Zugleich verwundert es aber auch schon deshalb nicht, da die Autoren bekennende Apologeten der Materie sind: Goldschmidt ist Vorsitzender der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft in Tübingen und Kolev Leiter des Ludwig-Erhard-Forums für Wirtschaft und Gesellschaft in Berlin.

Ihre Geschichte präsentieren sie anhand acht ausgewählter Daten. Beginnend bei einem nicht näher definierbaren Dezember des Jahres 1946 als dem Nationalökonom und Kultursoziologen Alfred Müller-Armack der Begriff „Soziale Marktwirtschaft“ in den Sinn kam. „Sozial“ mit großen „S“ wohlgerichtet. Selbstredend ist auch der 20. Juni 1948 vertreten: In den drei Westzonen wird die D-Mark eingeführt und Ludwig Erhard lässt als Direktor für Wirtschaft des Vereinigten Wirtschaftsgebiets die Preis für zahlreiche Güter freigeben. Ebenso berücksichtigt werden die Verkündung der Agenda 2010, Angela Merkels „Wir schaffen das“- und Olaf Scholz' „Zeitenwende“-Rede.

aw |



Im 19. Jahrhundert beginnt das Zeitalter der Industrialisierung. Das Ölgemälde „Das Eisenwalzwerk“ von Adolph von Menzel.

© picture-alliance/akg-images

Vom Handel zur Industrie

WIRTSCHAFT Friedrich Lenger präsentiert eine Globalgeschichte des Kapitalismus

An historischen Fakten und Zusammenhängen mangelt es diesem Buch nicht. Friedrich Lenger hat mit „Der Preis der Welt“ ein Werk verfasst, das nur möglich ist, weil der Autor viele Jahre wissenschaftliche Detailarbeit geleistet hat. Lengers Thema ist die Darstellung globaler Ungerechtigkeiten und ökologischer Krisen, die er in Zusammenhang zur kapitalistischen Ordnung stellt. „Die Verschränkung zwischen der fortgeschrittenen ökonomischen Verflechtung der Welt und einer zur planetaren Bedrohung werdenden Naturverschmutzung geht mit globalen Asymmetrien einher, die von Kapitalinteressen hervorgerufen werden“, schreibt der Autor.

Dass diese Kapitalinteressen nicht erst seit gestern wirken, untermauert Lenger mit einer detaillierten Geschichte über die zurückliegenden 500 Jahre Weltgeschichte. Der Autor beschreibt umfassend globalpolitische und vor allem weltwirtschaftliche Entwicklungen seit dem Beginn der europäischen Expansion im 15. Jahrhundert. Zahlreiche historische Zusammenhänge werden faktenreich geschildert. Der Übergang von der portugiesischen Führungsrolle zur niederländischen auf den Weltmeer-

ren, die Rolle von Sklaven auf dem amerikanischen Kontinent, die globalen Handelsbeziehungen zwischen Europa Nordamerika, Lateinamerika und Asien werden auf den ersten 130 Seiten des knapp 600-seitigen Gesamtwerks beschrieben. Mit dem 19. Jahrhundert lässt Lenger diese Zeit des Handelskapitalismus enden. Was nun beginnt, nennt er Industriekapitalismus, bis er dann ab den 1970er Jahren von Finanzkapitalismus spricht. Lenger grenzt sich von Autoren wie Horst Gründer ab, der schon vor mehr als 20 Jahren mit „Eine Geschichte der Europäischen Expansion. Von Entdeckern und Eroberern zum Kolonialismus“ ein spannendes, gut lesbares populärwissenschaftliches Buch über grob jene Zeit vorgelegt hat, die Lenger als Handelskapitalismus beschreibt. Lenger kommt es offenkundig weniger auf eine spannende Erzählung an als auf eine politische Einordnung und einen Bezug zu den Krisen der Gegenwart. Gelingt dies mit dem Rückgriff auf den Begriff des Kapitalismus zur Erklärung welt-

geschichtlicher Phänomene? Es sei „ein Festhalten an diesem Begriff unbedingt sinnvoll“, schreibt Lenger in seiner theoretischen Einleitung, und stellt sich damit in eine Gegenposition zu Ökonomen und Wirtschaftshistorikern.

Der Wittener Wirtschaftsprofessor Dirk Sauerland jedenfalls schreibt in Gablers Wirtschaftslexikon: „Eine wissenschaftliche Betrachtung ist leichter möglich, wenn die wertenden Begriffe Kapitalismus und Sozialismus ersetzt werden durch wertfreie Bezeichnungen wie Marktwirtschaft und zentralgeleitete Wirtschaft.“ Auch kann bestritten werden, dass die Begriffe Wachstum, Entwicklung und Industrialisierung nicht taugen, Asymmetrien in der Weltwirtschaft zu beschreiben, wie Lenger in seiner Einleitung schreibt. Sicher, die europäischen Entdecker haben von Anfang an in allen Regionen der Welt furchtbare Gewaltverbrechen begangen. Lenger stellt die Motivlage überzeugend dar, ohne einzelne Individuen moralisch zu verurteilen, sondern indem er die institutionellen Voraussetzungen

und Wirkungszusammenhänge umfassend erklärt.

Aber reichen diese aus, um die Veränderungen insbesondere im 19. Jahrhundert darzustellen? Vielleicht ist es gerade an dieser Schwelle doch hilfreich, anstelle des ideologisch aufgeladenen Kapitalismusbegriffs jenen eher beschreibenden der Industrialisierung zu nutzen. Zwar schreibt auch Lenger über Produktivitätszuwächse in jener Epoche, die er als „Industriekapitalismus“ bezeichnet. Aber er vernachlässigt, dass die gigantische Einkommenslücke zwischen armen und reichen Ländern ein Ergebnis der Industrialisierung des 19. Jahrhunderts ist. Ein eindrucksvolles Beispiel, dass vor der industriellen Revolution nicht Ungleichheit das Armutsproblem der Menschheit war, sondern zu geringe Produktion und Produktivität, hat der 2020 verstorbene Wirtschaftshistoriker Toni Pierenkämper in seinem Werk „Wirtschaftsgeschichte. Die Entstehung der modernen Volkswirtschaft“ ausgeführt, in dem er die Frage stellt, welche Folgen es gehabt hätte, wenn man im 17. Jahrhundert den gesamten Besitz des britischen Adels unter allen Bewohnern der Insel gleich verteilt hätte. Pierenkämper's Antwort: „Man könnte mit einer gewissen Überakzentuierung vielleicht fest-

halten, dass vor der Umverteilung die größte Mehrheit der Bevölkerung Englands im Jahre 1688 arm gewesen sei, nach der Umverteilung aber alle Einwohner.“ Der Reichtum des Adels hätte also nicht ausgereicht, die Armen aus der Armut zu holen.

Verzicht auf Zauberformel Die Zauberformel zur Reichtumsgewinnung heiße also nicht Umverteilung, sondern Produktivitätssteigerung. „Aber diese Zauberformel war 1688 noch nicht entschlüsselt.“ Dass dies dann doch zuerst in England gelang, erscheint für das Verständnis der Wirtschaftsgeschichte fundamental – schade, dass Lenger das in seiner Globalgeschichte des Kapitalismus nicht ausführlicher thematisiert.

Stephan Balling |



Friedrich Lenger:
Der Preis der Welt. Eine Globalgeschichte des Kapitalismus

C.H. Beck,
 München 2023;
 669 S., 38,00 €

Lengers Thema ist die Darstellung globaler Ungerechtigkeiten und ökologischer Krisen.

Ein Teil der nationalen Identität

WIRTSCHAFT Jan-Otmar Hesse erklärt den Exportweltmeister Deutschland

Das „außenwirtschaftliche Gleichgewicht“ ist eines der vier wirtschaftspolitischen Ziele des Stabilitätsgesetzes von 1967. Gleichwohl ist die deutsche Leistungsbilanz seit gut 20 Jahren stets positiv, ein international kritisiertes Sachverhalt, den der Wirtschaftshistoriker Jan-Otmar Hesse in seinem Buch, dessen Titel wie Untertitel verbindet sich die „wirtschaftliche Sphäre mit der kollektiven nationalen Identität“, das Ökonomische sei dabei an die Stelle der nach den Weltkriegen verlorenen politischen und militärischen Macht getreten, schreibt Hesse. Die „strikte historische Prägung zur Exportorientierung“ lege eine „Exportobsession“ nahe. Nur ihre „historische Rekonstruktion“ helfe, „ihre unvermeidlichen Folgen in der deutschen Wirtschaftsgeschichte“, wie ihre „negativen weltwirtschaftlichen“, offenzulegen.

Gründe des Erfolgs Die Exporterfolge verdanken sich vor allem Produkten der Fertigwarenindustrie, der es, wie der Politik, stets gelungen sei, sich dem Weltmarkt anzupassen. Hierin liege, wie Hesse betont, deren Stärke, es sei nicht die „industrielle

Kontinuität“, „nicht die ‚deutsche Wertarbeit‘ oder gar ein besonderes nationales Arbeitsethos, nicht Erfindungsreichtum oder die über Jahrzehnte kultivierte besondere Organisation der Produktion“. Seine historische Rekonstruktion der deutschen Exportobsession hat Hesse in fünf Kapiteln angelegt. Das erste Kapitel bietet einen historisch-kritischen Abriss der Theorie der internationalen Wirtschaft, das zweite einen Überblick über die globale Verflechtung der deutschen Wirtschaft in den vergangenen 150 Jahren. Die Vorgeschichte der Exporterfolge behandelt Hesse im Kapitel über den Neomeerkantilismus des Kaiserreichs und die nationalsozialistische Autarkiepolitik sowie im Kapitel über Exportförderung und Außenwirtschaft im

Wirtschaftswunder. Das fünfte Kapitel thematisiert „Währungskrise und Globalisierungsschock. Die deutsche Exportstärke wird konserviert“. Die Exportorientierung sieht Hesse durch fünf „Kernelemente“ gekennzeichnet: Die Verbindung der Exportindustrie mit dem Schicksal des Landes, die institutionelle Verankerung des Systems der Exportförderung, die Einkommensumverteilung und die Verknüpfung von wirtschaftlichen Produktionsprozessen mit einem nationalstaatlichen Territorium. Hesses gut lesbare, mit vielen Grafiken und Tabellen versehene Arbeit belegt die Bedeutung dieser Faktoren, die auch dienlich sind, die chinesischen und amerikanischen Exporterfolge, aber auch das einschlägige Versagen anderer Volkswirtschaften zu erklären. Ob es aber „durchaus die Möglichkeit“ gibt, „zu einer vernünftigen weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung überzugehen, die nicht durch politische Macht und nationalstaatliches Interesse korruptiert wird“, dürfte empirisch gesehen recht fragwürdig sein. Selbst die Wirtschaftsbeziehungen innerhalb der EU werden diesem Ideal nicht gerecht. An der deutschen Exportorientierung allein, zumal sie sich auch als Reaktion verstehen ließe, liegt es nicht.

Alois K. Soller |



Jan-Otmar Hesse:
Exportweltmeister. Geschichte einer deutschen Obsession.

Suhrkamp,
 Berlin 2023;
 446 S., 28,00 €

Anzeige

Nicht ohne anwaltliche Beratung



PUAG – Parlamentarisches Untersuchungsausschussgesetz

Herausgegeben von
 RAin Prof. Dr. Juliane Hilf,
 RAin Dr. Simone Kämpfer und
 RA Dr. Max Schwerdtfeger
 2024, 432 S., geb., 149,- €
 ISBN 978-3-8487-8606-0

Der neue NomosKommentar zum Parlamentarischen Untersuchungsausschussgesetz (PUAG) hat die Sicht des/der Berater:in für den/die Mandant:in im Fokus. Die verfassungs- und verfahrensrechtlichen Grenzen der Untersuchung mit Blick auf Private werden auf typische Konstellationen aus der Verfahrenspraxis mandantenorientiert angewandt. Kommentiert werden: PUAG, Verfassungsrecht (z.B. Art. 44 GG), Parlamentsrecht (z.B. GO-BT und GSO-BT), Strafprozessrecht (insb. StPO und GVG) sowie relevante Landesuntersuchungsausschussgesetze.

Portofreie Buch-Bestellungen unter [nomos-shop.de](https://www.nomos-shop.de)
 Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer



VOR 30 JAHREN...

Beschuss von Blauhelmen

29.12.1993: Gezielter Angriff auf Bundeswehrosoldaten in Somalia Um 7.05 Uhr Ortszeit überholte ein weißer Kleinlastwagen ein gepanzertes Geländefahrzeug der Bundeswehr, das sich auf einer Routinefahrt in der somalischen Hauptstadt Mogadischu befand, und bremste die



Deutsche Blauhelme sind von 1993 bis 1994 mit einer UN-Mission in Somalia.

deutschen Blauhelmsoldaten aus. Aus dem Transporter sprangen etwa vier Personen und beschossen mit Schnellfeuerwaffen sofort das Bundeswehrfahrzeug. An dem Fahrzeug wurden neun Einschüsse festgestellt – die Panzerung hatte jedoch standgehalten, die deutschen Soldaten waren unverletzt.

Der Vorfall am 29. Dezember 1993 war der erste gezielte Angriff auf deutsche Blauhelme bei ihrem UN-Einsatz in dem vom Bürgerkrieg zerrütteten Land. Die Bundeswehr konzentrierte sich vor allem auf humanitäre Hilfe. Regierungssprecher Dieter Vogel betonte sogleich, dass die Bundeswehr in Somalia grundsätzlich in „befriedetem Gebiet“ operiere. Zwischenfälle seien zwar nicht ausgeschlossen, allerdings sei die Lage im deutschen Lager in Belet Uen nicht zu vergleichen mit der Situation in der mehr als 300 Kilometer entfernten Hauptstadt.

Die Reaktion der Opposition war dennoch heftig: Walter Kolbow, verteidigungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, forderte etwa einen unverzüglichen Abzug der Bundeswehr, bevor „der erste Tote zu beklagen“ sei. Schon vor dem Einsatz gab es Streit. Während die schwarz-gelbe Regierung für die erstmalige Entsendung bewaffneter deutscher Truppen in einen UN-Einsatz außerhalb des Nato-Gebiets war, war die SPD vor das Verfassungsgericht gezogen. Sie war der Meinung, ein solcher „Out-of-Area“-Einsatz sei nicht durch das Grundgesetz gedeckt. Im März 1994 zog die Bundeswehr wie geplant aus Somalia ab. *Benjamin Stahl* ||

PERSONALIA

>Dieter Steinecke
Bundestagsabgeordneter 2007-2009, SPD

Dieter Steinecke wird am 16. Januar 70 Jahre alt. Der Lehrer aus Uelsen/Grafenschaft Bentheim trat 1981 der SPD bei und war von 1992 bis 2009 Vorsitzender des dortigen Kreisverbands. Von 2003 bis 2007 gehörte Steinecke dem Niedersächsischen Landtag an. Im Bundestag wirkte er im Familienausschuss mit.

>Ingeborg Tamm
Bundestagsabgeordnete 1990, CDU

Am 17. Januar begeht Ingeborg Tamm ihren 85. Geburtstag. Die Krankenschwester aus Hagenow/Kreis Ludwigslust-Parchim war von 1975 bis 1995 Mitglied des CDU-Kreisvorstands Hagenow. 1990 gehörte Tamm der ersten frei gewählten Volkskammer der DDR an.

>Paul Schäfer
Bundestagsabgeordneter 2005-2013, Die Linke

Paul Schäfer wird am 18. Januar 75 Jahre alt. Der Diplom-Soziologe aus Köln gehörte von 1975 bis 1988 der DKP, von 1993 bis 1999 der SPD und seit 2000 der PDS bzw. der „Linken“ an. Von 2003 bis 2007 war er PDS-Landessprecher in NRW und von 2004 bis 2006 Mitglied des Parteivorstands. Schäfer arbeitete im Verteidigungsausschuss mit. *bmh* ||

Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik?

Schreiben Sie uns:

Das Parlament
Platz der Republik 1
11011 Berlin

redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am Samstag, dem 20. Januar 2024.



Wolfgang Schäuble hat viele politische Wegmarken mitgestaltet, Lösungen aufgezeigt und Entscheidungen getroffen: als junger Abgeordneter (Bild oben) in den 1970er Jahren, mit seiner Rede für Berlin als Sitz von Regierung und Parlament 1991 (rechts) und als Präsident des Bundestages (links).



© picture-alliance/Geisler-Fotopress/Frederic Kern/dpa/Michael Jung

Der Vordenker

NACHRUF Wolfgang Schäuble ist im Alter von 81 Jahren gestorben

Es ist wenigen Spitzenpolitikern vorbehalten, in ihrer Laufbahn zahlreiche bedeutende Ämter zu übernehmen und wichtige Ereignisse und Entscheidungen maßgeblich mit zu prägen. Wolfgang Schäuble (CDU) war so ein Mann, der nicht nur höchste Staatsämter innehatte, sondern auch ein halbes Jahrhundert Parlamentsgeschichte gestaltete. In der Geschichte der Bundesrepublik blickt kaum ein anderer Politiker auf eine vergleichbar lange und bedeutungsvolle Karriere zurück. Schäuble war Kanzleramtsminister, Innen- sowie Finanzminister, Partei- und Fraktionschef, seit 1972 ohne Unterbrechung Bundestagsabgeordneter und von 2017 bis 2021 Bundestagspräsident. Am Abend des zweiten Weihnachtsfeiertages ist er mit 81 Jahren im Kreise seiner Familie in seiner Heimat Offenburg gestorben.

Wie er sagte, zum Innenminister. Lange von der Koalition vor sich hergeschobene Reformvorhaben, darunter die Novellierung des Ausländerrechts und die Einbringung eines Datenschutzgesetzes, nahm Schäuble rasch in Angriff und schloss sie in der laufenden Legislaturperiode ab. Und trotzdem schien 1989 Kohls politisches Ende nahe. Schäuble blieb an dessen Seite und unterstützte ihn gegen Versuche, ihn zu stürzen.

Großer Augenblick Die wohl größte Herausforderung wartete nach dem Zusammenbruch der DDR auf Schäuble. In wenigen Monaten handelte er den Einigungsvertrag aus. Mit Theo Waigel (CSU), der die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion auf den Weg brachte, gehörte Schäuble zu den Gestaltern der Wiedervereinigung. Die Unterzeichnung des Abkommens im August 1990 zählte er zu den großen Augenblicken seiner Karriere.

Schäuble bewährte sich in allen Ämtern souverän.

Tadelloser Ruf Schäuble wurde am 18. September 1942 in Freiburg im Breisgau geboren, studierte Recht und Wirtschaft und trat 1965 der CDU bei. Er bewährte sich in der Folge in allen Ämtern souverän und überzeugte durch seine Führungsqualitäten. Auch seinen Ruf, widerstreitende Meinungen unter einen Hut zu bringen, erwarb er früh. In allem verkörperte er den selten gewordenen Typus eines Staatsmannes, der jeder Aufgabe gerecht wird und daher für alle Spitzenämter in Frage kommt. Fachkompetenz, eine rasche Auffassungsgabe und Mut zum Widerspruch waren es aber nicht allein, die seine Karriere beförderten. Sein verbindlicher, aber allemal menschlicher Gelassenheit orchestrierter Umgangsstil ließ seine Unnachgiebigkeit nie so abrupt erscheinen, wie sie in der Sache vielleicht gemeint war. In der Beliebtheitskala bundesdeutscher Politiker rangierte er stets weit oben. Die Wähler vertrauten seiner Befähigung, aber auch seinem kreativen Weitblick.

Wertvoller Berater Seit November 1984 Chef des Kanzleramtes, war Schäuble der kompetenteste Kopf unter Kanzler Helmut Kohls Ministern und die solide Stütze in dessen Machtzentrum. Als „Moderator“ und „Krisenmanager“ in dem zu Beginn der Ära Kohl „störanfälligen“ Kanzleramt zählte Schäuble zu den wenigen Kabinettsmitgliedern, deren Kompetenz nicht in Frage gestellt wurde, auch nicht von der Opposition. Im April 1989 berief Kohl seinen „engsten und wertvollsten Berater“,

keine in Deutschland auf und äußerte sich vermehrt über grundsätzliche Fragen zur Zukunft von Staat und Gesellschaft. Nach Kohls Niederlage bei der Bundestagswahl 1998 übernahm Schäuble den CDU-Vorsitz und trat damit ein schweres Erbe an. Zur CDU-Generalsekretärin berief er die bisherige Umweltministerin Angela Merkel. Nach Bekanntwerden der Parteipendenzaffäre stürzte die CDU in ihre bisher schwerste Krise. In Bedrängnis geriet auch Schäuble, nachdem bekannt geworden war, dass er 1994 die Burspende eines Waffenhändlers erhalten hatte. Unterdessen setzte sich Mer-



Bundesinnenminister Schäuble (links) und DDR-Staatssekretär Günther Krause bei der Unterzeichnung des Einigungsvertrages Ende August 1990 © picture-alliance/dpa/Wolfgang Kumm

kelts Merkel 2009 trat er an die Spitze des Finanzministeriums. Seine Amtszeit bis 2017 war vor allem von den Folgen der dramatischen europäischen Staatsschuldenskrise geprägt. Dass es ihm gelang, die deutsche Haushaltslage zu konsolidieren und auf Neuverschuldung zu verzichten – übrigens erstmals seit 1969 – ging im europäischen „Finanztheater“ unter. Im Oktober 2017 übernahm Schäuble sein letztes bedeutendes Amt, protokollarisch das ranghöchste: Er wurde Bundestagspräsident. Einen Tag vor seinem 75. Geburtstag konnte Schäuble 2017 zugleich ein seltenes Jubiläum begehen. An diesem Tag blickte er auf die längste ununterbrochene Mitgliedschaft in einem deutschen Nationalparlament zurück.

»Unser Land verliert eine außergewöhnliche Persönlichkeit.«

Bärbel Bas (SPD), Bundestagspräsidentin

Karriereknick Während Merkel zur Hoffnungsträgerin der Union avancierte, trat Schäuble Mitte Februar 2000 vom Partei- und Fraktionsvorsitz zurück. Der Karriereknick ließ ihn vorübergehend in die zweite Reihe treten. Sein Ansehen, 2004 als Nachfolger von Johannes Rau Bundestagspräsident zu werden, scheiterte an Merksels Widerstand. Ihr Verhältnis wurde in der Folge als sachlich beschrieben. Mit Merksels Wahl zur Bundeskanzlerin 2005 nahm Schäubles „zweite“ Karriere ihren Fortgang. Er übernahm wiederum das Innenressort und setzte vor allem in der Bekämpfung des Terrorismus wichtige Akzente. Nach der Bildung des zweiten Kabi-

netts Merkel 2009 trat er an die Spitze des Finanzministeriums. Seine Amtszeit bis 2017 war vor allem von den Folgen der dramatischen europäischen Staatsschuldenskrise geprägt. Dass es ihm gelang, die deutsche Haushaltslage zu konsolidieren und auf Neuverschuldung zu verzichten – übrigens erstmals seit 1969 – ging im europäischen „Finanztheater“ unter. Im Oktober 2017 übernahm Schäuble sein letztes bedeutendes Amt, protokollarisch das ranghöchste: Er wurde Bundestagspräsident. Einen Tag vor seinem 75. Geburtstag konnte Schäuble 2017 zugleich ein seltenes Jubiläum begehen. An diesem Tag blickte er auf die längste ununterbrochene Mitgliedschaft in einem deutschen Nationalparlament zurück.

Würdigung Wegbegleiter würdigten Schäuble als Ausnahmepolitiker. Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD) schrieb in einem Kondolenzbrief an Schäubles Witwe Ingeborg: „Mit Wolfgang Schäuble verliert unser Land eine außergewöhnliche Persönlichkeit. Ihr Mann war ein Ausnahmepolitiker, leidenschaftlicher Parlamentarier und großer Europäer.“ Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier schrieb: „Mit Wolfgang Schäuble haben wir einen großartigen Menschen und leidenschaftlichen Politiker verloren, der Historisches für unser Land erreicht hat.“ Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) würdigte den „prägenden Christdemokraten“.

CDU-Chef Friedrich Merz erklärte: „Wir alle vereinen uns in größtem Respekt vor der Lebensleistung eines großen Deutschen, eines Patrioten und vor allem eines großen Europäers.“ Und Angela Merkel teilte mit: „Deutschland verliert mit ihm eine überragende Persönlichkeit mit politischer und programmatischer Weitsicht. Wolfgang Schäubles Stimme werden wir in Deutschland vermissen, sein Rat wird mir persönlich fehlen.“ *Bernd Haunfelder/dpa* ||

PERSONALIA

>Bernd Siebert
Bundestagsabgeordneter 1994-2009, 2010-2017, 2020-2021, CDU

Am 16. Dezember starb Bernd Siebert im Alter von 74 Jahren. Der selbstständige Kaufmann aus Gudensberg/Schwalm-Eder-Kreis schloss sich 1969 der CDU an, war von 1988 bis 2018 Kreisvorsitzender sowie von 1997 bis 2021 CDU-Bezirksvorsitzender in Kurhessen-Waldeck. Seit 1972 war er Kreistagsabgeordneter und von 1991 bis 1994 hessischer Landtagsabgeordneter. Siebert, von 2003 bis 2009 Mitglied des Vorstands seiner Bundestagsfraktion und von 2005 bis 2009 deren verteidigungspolitischer Sprecher, engagierte sich stets im Verteidigungsausschuss.

>Hermann Rind
Bundestagsabgeordneter 1987-1994, FDP

Am 5. Januar begeht Hermann Rind seinen 85. Geburtstag. Der Steuerberater aus Schonungen-Marktsteinach/Kreis Schweinfurt schloss sich 1965 der FDP an, war von 1979 bis 1995 stellvertretender bayerischer Landesvorsitzender und gehörte von 1986 bis 1990 dem FDP-Bundesvorstand an. Rind, von 1990 bis 1994 stellvertretender Fraktionsvorsitzender, engagierte sich im Bundestag im Finanzausschuss und war von 1994 bis 1995 dessen Vorsitzender. Bis 2016 war Rind Mitglied im Finanzausschuss der Friedrich-Naumann-Stiftung.

>Peter Wichtel
Bundestagsabgeordneter 2009-2017, CDU

Peter Wichtel wird am 5. Januar 75 Jahre alt. Der kaufmännische Angestellte aus Obertshausen/Kreis Offenbach, CDU-Mitglied seit 1977, war von 1991 bis 2010 stellvertretender Vorsitzender des CDA-Landesverbands Hessen und von 2000 bis 2008 Mitglied des hessischen CDU-Landesvorstands. Wichtel wirkte im Bundestag im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur sowie im Innenausschuss mit.

>Ursula Männle
Bundestagsabgeordnete 1979-1980, 1983-1994, CSU

Am 7. Januar begeht Ursula Männle ihren 80. Geburtstag. Die Politikwissenschaftlerin aus Tutzing/Kreis Starnberg trat 1964 der CSU bei und war von 1987 bis 2007 Mitglied des Parteipräsidiums. Von 1994 bis 1998 amtierte sie als Staatsministerin für Bundesangelegenheiten und gehörte von 2000 bis 2013 dem Bayerischen Landtag an. Im Bundestag wirkte Ursula Männle im Familien-, im Bildungs- sowie im Haushaltsausschuss mit und war von 1991 bis 1994 Vorsitzende des Sonderausschusses „Schutz des ungeborenen Lebens“. Von 2014 bis 2019 war sie Vorsitzende der Hanns-Seidel-Stiftung.

>Christian Friedrich Schultze
Bundestagsabgeordneter 1990, SPD

Christian Friedrich Schultze wird am 9. Januar 80 Jahre alt. Der Rechtsanwalt aus Pilsnitz/Kreis Bautzen trat 1989 der SDP/SPD der DDR bei. 1990 war er Mitglied der ersten frei gewählten Volkskammer der DDR. Im Bundestag agierte Schultze bis Dezember 1990 als parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion.

>Norbert Geis
Bundestagsabgeordneter 1987-2013, CSU

Am 13. Januar vollendet Norbert Geis sein 85. Lebensjahr. Der Rechtsanwalt aus Aschaffenburg schloss sich 1967 der CSU an und war von 1972 bis 2007 dortiger Kreisvorsitzender seiner Partei. Von 1972 bis 2014 gehörte er dem Aschaffener Kreisrat und von 1981 bis 1986 dem Bayerischen Landtag an. Der Direktkandidat des Wahlkreises Aschaffenburg engagierte sich im Bundestag überwiegend im Rechtsausschuss. Von 1990 bis 2002 war er rechtspolitischer Sprecher seiner Fraktion.

>Klaus Brandner
Bundestagsabgeordneter 1998-2013, SPD

Klaus Brandner wird am 13. Januar 75 Jahre alt. Der Gewerkschaftsbevollmächtigte aus Verl/Kreis Gütersloh trat 1969 der SPD bei. Brandner wirkte im Bundestag im Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung sowie im Haushaltsausschuss mit. Von 2001 bis 2007 sowie von 2009 bis 2013 gehörte er dem Fraktionsvorstand an. Von 2007 bis 2009 amtierte Brandner als parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Soziales.

>Wolfgang Ilte
Bundestagsabgeordneter 1994-1998, SPD

Am 16. Januar wird Wolfgang Ilte 75 Jahre alt. Der Diplom-Ingenieur aus Hohen Neuendorf/Kreis Oberhavel schloss sich 1989 der SDP/SPD der DDR an. Dort war er Kreis- und später Unterbezirksvorsitzender. Von 1990 bis 1994 war Ilte Mitglied des Bundesparteirats. Ilte wirkte im Finanzausschuss mit. *bmh* ||

leicht
erklärt!

Kapitalismus

Was ist das?



Im folgenden Text erklären wir den Fach-Begriff: Kapitalismus.

Folgende Fragen werden zum Beispiel beantwortet:

- Was ist Kapitalismus?
- Was gehört alles zum Kapitalismus?
- Was sind Vorteile und Nachteile?

Was ist Kapitalismus?

Der Kapitalismus ist eine bestimmte Art und Weise, wie ein Land und seine Wirtschaft funktionieren.

Das Wort „Wirtschaft“ ist ein Fach-Begriff.

Damit meint man alles, was mit der Herstellung und dem Verkauf von Waren und Dienst-Leistungen zu tun hat.

Zur Wirtschaft gehören also sehr viele Dinge.

Zum Beispiel wie viele Firmen es in einem Land gibt.

Und wie erfolgreich sie sind.

Wie viele Arbeits-Plätze es gibt.

Wie viel Geld die Menschen verdienen.



Wenn man über Kapitalismus spricht, ist eine Sache wichtig:

Was genau Kapitalismus ist, kann niemand sagen.

Verschiedene Fach-Leute erklären ihn auf unterschiedliche Weise.

Und vor allem: Alle Länder mit Kapitalismus machen ihn ein bisschen anders.

Der Kapitalismus in Deutschland funktioniert zum Beispiel anders als der Kapitalismus in den USA.

Im Folgenden werden deswegen einige wichtige Dinge beschrieben, die zum Kapitalismus gehören.

Privat-Eigentum

Im Kapitalismus gehören Maschinen, Fabriken und Geld einzelnen Personen, Gruppen oder Firmen.

Diese nutzen sie, um Waren herzustellen oder Dienst-Leistungen anzubieten.

Dabei können sie selbst entscheiden, was sie mit ihrem Eigentum machen.



Eine Firma kann zum Beispiel entscheiden, welche Waren sie herstellt.
Und welchen Preis sie dafür verlangt.
Und jeder Mensch kann entscheiden, was er von seinem Geld kauft.

Angebot und Nachfrage



Der Handel wird im Kapitalismus von Angebot und Nachfrage bestimmt.

Wenn die Kunden viel von einer bestimmten Ware wollen, dann nennt man das eine hohe Nachfrage.

Ist die Nachfrage hoch, stellen die Firmen mehr von der Ware her. Sie erhöhen das Angebot.

Wenn die Nachfrage sinkt, dann verkleinern sie das Angebot.

Auch die Preise von Waren und Dienst-Leistungen werden über Angebot und Nachfrage geregelt.

Ist die Nachfrage hoch, dann kann man oft höhere Preise verlangen. Ist die Nachfrage niedrig, sinken die Preise.

Arbeit-Nehmer



Eine wichtige Gruppe im Kapitalismus sind die Arbeit-Nehmer.

Denn sie stellen Waren her oder erledigen Dienste.

Die Firmen-Besitzer haben die Fabriken, die Maschinen und das Geld. Die Arbeit-Nehmer haben ihre Arbeits-Kraft und ihr Wissen.

Diese Fähigkeiten verkaufen sie sozusagen an die Firmen.

Dafür erhalten sie dann einen Lohn.

Auch für Arbeit-Nehmer gilt die Regel von Angebot und Nachfrage.

Gibt es viele Arbeit-Nehmer für eine Aufgabe, können sie weniger Geld dafür verlangen.

Gibt es nur wenige Arbeit-Nehmer, müssen die Firmen ihnen mehr bieten.



Kunden

Im Kapitalismus wollen Firmen Waren und Dienst-Leistungen verkaufen.

Deswegen sind auch die Kunden eine wichtige Gruppe.

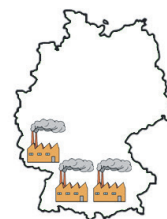
Fast alle Menschen sind Kunden. Jeder, der etwas kauft, gehört dazu.

Damit Kunden kaufen können, brauchen sie Geld.

Im Kapitalismus haben also alle ein Interesse daran, dass die Menschen Geld zum Ausgeben haben.

Das Geld verdienen die meisten Menschen als Arbeit-Nehmer.

Wettbewerb



Im Kapitalismus gibt es oft verschiedene Firmen, die dieselbe Ware anbieten.

Zum Beispiel gibt es viele verschiedene Auto-Hersteller.

Firmen mit ähnlichem Angebot stehen im Wettbewerb zueinander.

Sie wollen Waren und Dienste an dieselben Kunden verkaufen.

Durch diesen Wettbewerb müssen die Firmen ihr Angebot immer weiter verbessern.

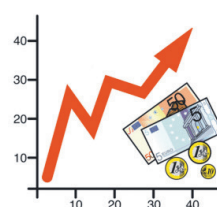
Oder sie müssen ihre Preise senken.

Außerdem müssen sie immer neue Waren und Dienst-Leistungen erfinden.

Wettbewerb herrscht auch zwischen den Arbeit-Nehmern.

Sie versuchen, die besten Arbeits-Stellen zu bekommen.

Wachstum und Gewinn

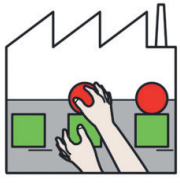


Eine wichtige Idee im Kapitalismus ist, dass man immer mehr von allem will.

Firmen wollen zum Beispiel immer mehr Geld verdienen.

Dazu wollen sie immer mehr Waren und Dienst-Leistungen verkaufen.

Dafür haben sie verschiedene Möglichkeiten.



Firmen können zum Beispiel mehr herstellen.

Wenn zum Beispiel eine Fabrik gut läuft, dann kann man noch eine weitere bauen.

Eine weitere Möglichkeit ist, Waren schneller und günstiger herzustellen.

Das kann man zum Beispiel machen, indem man immer mehr Arbeit von Maschinen erledigen lässt.

Oder indem man schaut, wie man bestimmte Arbeits-Schritte schneller erledigen kann.

Gewerkschaften



Gewerkschaften sind Gruppen, die sich für die Interessen der Arbeit-Nehmer einsetzen.

Sie verhandeln zum Beispiel mit Firmen über höhere Löhne.

Für verschiedene Berufe gibt es verschiedene Gewerkschaften.

Es gibt zum Beispiel Gewerkschaften für Lehrer, für Arbeiter in Fabriken oder für Künstler.

Gewerkschaften sorgen dafür, dass es Arbeit-Nehmern besser geht.

Der Staat

Im Kapitalismus regeln also verschiedene Gruppen den Handel.

Zum Beispiel:

- Firmen
- Arbeit-Nehmer
- Kunden
- Gewerkschaften

Eine wichtige Frage ist dabei immer: Welche Rolle spielt der Staat?

Oder anderes gefragt: In welcher Weise nehmen die Regierung und andere Politiker Einfluss auf den Handel?

Der Staat hat dabei verschiedene Möglichkeiten.



Er kann Gesetze machen, um Firmen bestimmte Pflichten zu geben. Oder um Arbeit-Nehmer und Kunden zu schützen.

Er kann auch selbst Waren oder Dienst-Leistungen anbieten.

Grundsätzlich kann man sagen: Je mehr sich der Staat einmischt, desto weniger spricht man von Kapitalismus.

Kapitalismus in Deutschland

In vielen Ländern auf der Welt gibt es eine Misch-Form vom Kapitalismus.

Das bedeutet: Grundsätzlich gibt es den Kapitalismus.

Aber der Staat nimmt an bestimmten Stellen Einfluss darauf.

So ist es auch in Deutschland.

Bei uns macht der Staat Gesetze, die in den Handel mit Waren und Dienst-Leistungen eingreifen.

Zum Beispiel:

- Es gibt Gesetze, die Arbeit-Nehmer schützen.
Zum Beispiel Gesetze zu Arbeits-Zeiten, Löhnen oder Sicherheit am Arbeits-Platz.
- Es gibt Gesetze, die Kunden schützen.
Zum Beispiel müssen Waren sicher sein.
Und man kann Waren umtauschen, wenn sie kaputt sind.
- Es gibt Gesetze, die das Privat-Eigentum schützen.
Zum Beispiel darf man niemandem sein Eigentum einfach wegnehmen.

In Deutschland versucht der Staat also, alle zu schützen, die beim Kapitalismus mitmachen.

Vor allem die Schwachen sollen geschützt werden.

So dass niemand zu mächtig wird.

Diese Form vom Kapitalismus nennt man mit einem Fach-Wort: Soziale Markt-Wirtschaft.



Meinungen zum Kapitalismus

Der Kapitalismus betrifft das Leben von vielen Menschen auf der Welt.

Deswegen wird auch viel darüber gestritten.

Kritik am Kapitalismus lautet zum Beispiel:

- Der Kapitalismus ist ungerecht.

Wenige Menschen gehören die Firmen und das meiste Geld.

Dadurch haben sie viel Macht.

Arbeit-Nehmer sind von diesen Menschen abhängig.

Deswegen können die Firmen ihre Arbeit-Nehmer ausbeuten.

- Kapitalismus ist schlecht für die Umwelt.

Denn beim Kapitalismus geht es darum, möglichst viele Waren herzustellen.

Und das zu einem möglichst geringen Preis.

Dabei wird der Umwelt geschadet.

Denn für die Herstellung von Waren braucht man immer Materialien aus der Natur.

Oder es entstehen dabei Schad-Stoffe.

Gute Meinungen über den Kapitalismus sind zum Beispiel:

- Durch den Wettbewerb sorgt der Kapitalismus für immer bessere Waren und Dienst-Leistungen. Das ist gut für die Kunden.

- Durch das Wachstum entsteht immer mehr Wohlstand für die Menschen.



Menschen verdienen immer mehr. Und sie haben immer mehr Zugang zu guten Waren und Dienst-Leistungen.

Dadurch geht es allen besser.

Viele Meinungen liegen auch zwischen diesen beiden Überlegungen.

Sie sagen:

Kapitalismus macht viele gute Dinge. Aber er hat auch viele schlechte Seiten.

Und es ist die Aufgabe vom Staat, diese schlechten Seiten durch Gesetze und andere Regeln zu beseitigen.

Kurz zusammengefasst

Der Kapitalismus ist eine bestimmte Art und Weise, wie eine Wirtschaft funktioniert.

Zum Kapitalismus gehört zum Beispiel:

- Privat-Eigentum
- Angebot und Nachfrage
- Wettbewerb zwischen Firmen
- Wettbewerb zwischen Arbeit-Nehmern
- Kunden

Kapitalismus hat verschiedene Vorteile und Nachteile.

In vielen Ländern mit Kapitalismus wird versucht, die Nachteile durch Gesetze und Regeln auszugleichen.

So ist es auch in Deutschland.

Weitere Informationen in Leichter Sprache gibt es unter: www.bundestag.de/leichte_sprache



Impressum

Dieser Text wurde geschrieben vom

NachrichtenWerk

der Bürgerstiftung antonius : gemeinsam Mensch

An St. Kathrin 4, 36041 Fulda, www.antonius.de

Kontakt: Bastian Ludwig, info@nachrichtenwerk.de



Redaktion:
Annika Klüh, Bastian Ludwig

Titelbild: © picture alliance / Markus Mainka / Markus Mainka. Piktogramme: Picto-Selector. © Sclera (www.sclera.be), © Paxtoncrafts Charitable Trust (www.straight-street.com), © Sergio Palao (www.palao.es) im Namen der Regierung von Aragon (www.arasaac.org), © Pictogenda (www.pictogenda.nl), © Pictofrance (www.pictofrance.fr), © UN OCHA (www.unocha.org), © Ich und Ko (www.ukpukvve.nl). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative-Commons-Lizenz (www.creativecommons.org). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, Nr. 1-3/2024

Die nächste Ausgabe erscheint am 20. Januar 2024.